

DOKU DOKUMENTATION

03-05/04/2017

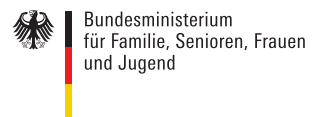
6. BUNDESFACHKONGRESS INTERKULTUR

BRAUNSCHWEIG

DIE FÖRDERER



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

DIE VERANSTALTER

Bundesweiter
Ratschlag
Kulturelle Vielfalt



LAND IN SICHT –
INTERKULTURELLE VISIONEN
FÜR HEUTE UND MORGEN

DOKUMENTATION • 6. BUNDESFACHKONGRESS INTERKULTUR • BRAUNSCHWEIG 03-05/04/2017

DOKU DOKUMENTATION

03-05/04/2017

6. BUNDESFACHKONGRESS INTERKULTUR

BRAUNSCHWEIG

LAND IN SICHT .
INTERKULTURELLE VISIONEN FÜR HEUTE UND MORGEN

INHALT

4	VORWORT Tina Jerman Exile Kulturkoordination Essen
6	EINLEITUNG Rolf Graser Bundesweiter Ratschlag für kulturelle Vielfalt
8	GRUSSWORT Joachim Klement Generalintendant Staatstheater Braunschweig
10	GRUSSWORT Gabriele Heinen-Kljajić Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur a. D.
12	GRUSSWORT Caren Marks Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
14	DIE ENTDECKER ODER DIE ENTDECKTEN. WAS KAM ZUERST? EINE LITERARISCHE ANTWORT FÜR MENSCHEN OHNE MIGRATIONSHINTERGRUND Sharon Dodua Otoo
18	HEIMAT IN FLÜCHTIGEN ZEITEN – 10 THESEN Heribert Prantl Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter des Ressorts Innenpolitik

Online verfügbar

- zu Fachforum 1 •
Oliver Hidalgo, „Populismus, Rassismus, Extremismus – eine Gefahr für die Demokratie in Europa?“ PPP
- zu Fachforum 3 •
Adnan Softic (PPP/Pdf)
Rainer Ohliger, „Der politische und historische Ort der Migration“ (Pdf)
- zu Fachforum 4 •
Daniela Krause, „Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände“ PPP
Thomas Müller, Projektvorstellungen „Communication for Integration“ und „Stimme für Vielfalt“
- zu Fachforum 6 •
Sabine Schirra „WIR! Ein transkulturelles Jugendprojekt“ (PPP)

20

24

26

28

29

31

32

35

38

41

44

46

47

53

59

59

64

FACHFORUM 1

„EUROPA – EINHEIT IN VIELFALT – DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT ZWISCHEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN INITIATIVEN UND IDENTITÄREN TENDENZEN“ | Christian Miess

FACHFORUM 2

„VON WURZELN UND FLÜGELN – INTERKULTURELLE KUNST UND KULTURARBEIT IM EUROPÄISCHEN LÄNDLICHEN RAUM“ | Gabriela Schmitt

„TRAFO-MODELLE FÜR KULTUR IM WANDEL“ | Harriet Völker

FACHFORUM 3

„BLICK ZURÜCK NACH VORN – FÜR EINE NEUE ERINNERUNGSKULTUR IM MIGRATIONSDISKURS“ | Franz Kröger

„GRENZEN DER JÜDISCHEN ERINNERUNGSKULTUR“ | Monty Aviel Zeev Ott

„DAS PROGRAMM MIGRATION UND ERINNERUNGSKULTUR“ | Annemarie Hühne

FACHFORUM 4

„ABLEHNUNG UND VORURTEILE ÜBERWINDEN – HANDLUNGSANSÄTZE IN EINER VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFT“ | Jürgen Markwirth

INTERVIEW | Jürgen Markwirth im Gespräch mit Cacau

FACHFORUM 5

„GEMEINSAM GESELLSCHAFT GESTALTEN – MEHRFACH-IDENTITÄTEN IN EINER DIVERSEN SOLIDARGEMEINSCHAFT“ | Breschkai Ferhad/Rolf Graser

„WIE GEHT EINWANDERUNGSLAND? DEUTSCH-SEIN UND SUPERDIVERSITÄT IN DER MEHRHEITLICH MINDERHEITEN-GESELLSCHAFT“ | Jens Schneider

FACHFORUM 6

„KANN MAN WIRKUNG MESSEN? EVALUATION ALS STRATEGIE UND INSTRUMENT FÜR DIE GESTALTUNG KULTURELLER VIELFALT“ | Sabine Schirra

„EVALUATION IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT – EIN FACETTENREICHES LERNINSTRUMENT“ | Monika Bayr

„WARUM ZIELE IN DER KULTUR“ | Dieter Haselbach

ABSCHLUSS

„WILLST DU DEIN LAND VERÄNDERN... – HERAUSFORDERUNG FÜR EINE MODERNE EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT“ | Lamya Kaddor

BERICHT ZUM INTERCULTURAL SLAM | Laura-Helen Rüge

BERICHT THEATERSPORT BERLIN | Laura-Helen Rüge

AKTEUR*INNEN UND REFERENT*INNEN

VORWORT

Tina Jerman und Gabriela Schmitt

Der 6. Bundesfachkongress Interkultur, der unter dem Motto „Land in Sicht. Interkulturelle Visionen für heute und morgen“ vom 3. bis 5. April 2017 in Braunschweig stattfand, steht in der Reihe der, vom Bundesweiten Ratschlag Kulturelle Vielfalt, alle zwei Jahre veranstalteten Kongresse und Fachtagungen. Der Ratschlag Kulturelle Vielfalt, ein Bündnis interkulturell aktiver Initiativen und Institutionen, besteht seit 2004 und verfolgt das Ziel, den migrationsbedingten Wandel in Deutschland öffentlich und reflektierend zu begleiten und mit seinen Chancen und Potenzialen zu gestalten.

Ziel der Bundesfachkongresse ist es, die unterschiedlichen Diskurse im Bereich kulturelle Vielfalt zusammenzuführen und Fragen nach den Perspektiven unserer diversen Gesellschaft zu stellen. Theoretische und praktische Fragestellungen werden in Keynotes, Fachforen und Diskussionsrunden behandelt. Künstlerische Beiträge ergänzen die Kongressinhalte und beleuchten die vielfältigen Themenstellungen mit ästhetischen Mitteln.

Die wesentlichen Ergebnisse des 6. Bundesfachkongresses sind nun in dieser Dokumentation in chronologischer Reihenfolge zusammengefasst und können darüber hinaus auch unter www.bundesfachkongress-interkultur-2017.de eingesehen werden. Wir freuen uns, diese Dokumentation den 400 Teilnehmer*innen des Kongresses als Erinnerungsstütze und allen weiteren Interessierten als Fundgrube für fachliche Anregungen zur Verfügung stellen zu können.

Der 6. Bundesfachkongress spiegelt die aktuellen nationalen und internationalen Diskurse zum Thema

Interkultur: Die thematische Programmgestaltung und das begleitende Kulturprogramm entstanden in enger Zusammenarbeit mit vielen Akteur*innen, dem Staatstheater Braunschweig und zahlreichen Kulturinstitutionen vor Ort und ebenso mit der Zivilgesellschaft, vertreten beispielhaft durch das dortige Haus der Kulturen. So konnte auch ein besonderer aktueller Schwerpunkt im Flächenland Niedersachsen, die inter-kulturelle Versorgung im ländlichen Raum, und die konkrete, potentialorientierte Umsetzung interkultureller Strategien und Konzepte zur Diskussion gestellt und so die jeweiligen lokalen Fragestellungen eingebunden werden.

Angeichts der großen Zahl von Geflüchteten, die im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen waren, standen mit den beiden Beiträgen der Autorin Sharon Otoo „Die Entdecker oder die Entdeckten – Was kam zuerst?“ und des Journalisten Heribert Prantl „Heimat in flüchtigen Zeiten“ gleich zwei grundlegende, bewegende Themen im Raum: die Frage nach den bis heute spürbaren Folgen des Kolonialismus und die Frage sowie der Versuch einer Bilanz, wie unsere Gesellschaft, die Institutionen und die vielen zivilen Initiativen mit dem Menschenrecht auf Asyl umgehen.

Die Themen der Fachforen deckten ein breites Spektrum ab: Wie umgehen mit einem Europa der gegensätzlichen Richtungen in Umgang mit Vielfalt? Wie kann die inter-kulturelle Versorgung im ländlichen Raum aussehen? Wie gestaltet sich Erinnerungskultur in einem vielfältiger werdenden Land? Wie arbeiten Vorurteile und Rassismen und wie können wir dagegen angehen? Wie sieht die Gestaltung von Vielfalt im

Alltag von Kommunen und den lokalen Akteuren aus? Und, um Veränderungsprozesse und Wirkungen dieser Arbeit zu bewerten: Wie lassen sich die Ergebnisse messen und belegen?

In dem unterhaltsamen Format des Intercultural Slam präsentierten sich am Ende des zweiten Tages eine Reihe von Projekten und Initiativen, die belegen, dass gerade künstlerische Interventionen ein großes Potential haben, auf Missstände aufmerksam oder tatsächlich Vielfalt erlebbar zu machen.

Mit ihrem Impuls-Beitrag „Willst Du Dein Land verändern – Herausforderung für eine moderne Einwanderungsgesellschaft“ ging die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor am dritten Tag auf die konkreten Bedarfe und Anforderungen an ein multi-kulturelles und multi-religiöses Zusammenleben in Deutschland ein.

Alle Teilnehmer*innen des Kongresses „Land in Sicht“ waren im Anschluss dazu eingeladen, sich im „Club der Visionäre“ einzufinden und gemeinsam darüber nachzudenken und zu spinnen, wie die Zukunft eines „bunten“ Deutschland aussehen könnte. Viele von ihnen, darunter zahlreiche Aktivist*innen vor Ort, aber auch Vertreter*innen von Kommunen und Kultureinrichtungen, professionelle Sprecher von politischen oder Interessensverbänden, konnten hier spontan, präzise und streitbar ihre Visionen, die sie aus ihrer eigenen gesellschaftlichen Arbeit entwickelt haben, vorbringen: Der Kongress hatte hier, unterstützt vom Berliner Improvisationstheater Theatersport, das Wort.

Der gesamte 6. Bundesfachkongress wurde begleitet von einem vielseitigen, interkulturellen Rahmenprogramm, mit zahlreichen Konzerten, Darbietungen und Exkur-

sionen, präsentiert sowohl vom Staatstheater Braunschweig, auch von vielen Kultureinrichtungen der Stadt und Künstler*innen aus der Region. Das letzte Wort aber hatte die Kabarettistin Idil Baydar, bekannt geworden u.a. mit ihrer Kunstfigur Jilet Ayse, mit einem ironischem „Kehraus“ ein kleines Feuerwerk mit Szenen aus dem interkulturellen Alltag präsentierte.

Mit „Land in Sicht“ haben wir bewusst ein optimistisches Motto des Kongresses gewählt. Wir wollten Raum für Visionen schaffen und Visionen Raum geben, allerdings wurde zumeist von den Realitäten her diskutiert.

Aber der Wunsch nach Visionen und neuen gesellschaftlichen Rahmungen ist, wie wir gehört haben, groß. Wir als Ratschlag Kulturelle Vielfalt möchten diese Dialoge und Diskurse in unserer Arbeit vertiefen. Neben der Vorbereitung des nächsten Bundesfachkongresses werden wir die nun jährlichen Ratschlag-Treffen um das Format der Denkwerkstatt – eines Think Tanks – erweitern. Für mehr Informationen laden wir zu einem Besuch unserer neuen Website www.ratschlag-kulturelle-vielfalt.de ein.

Aber jetzt heißt es „Dankeschön“ zu sagen, für tatkräftige, fröhliche und unermüdliche Unterstützung bei der Umsetzung des 6. Bundesfachkongress Interkulturdurch das Team des Haus der Kulturen Braunschweig, Christiana Antonelli, Wiebke Graupner, Georg Halupcok und den zahlreichen Mitdenker*innen und Unterstützer*innen.

Tina Jerman
Gabriela Schmitt

Sprecherrat des Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt

In dieser Dokumentation wird der im April 2017 erreichte Diskussionsstand wiedergegeben, die Positionen einzelner Autorinnen und Autoren können sich in der Zwischenzeit verändert haben.

ERÖFFNUNGSREDE

Rolf Graser

Mit dem diesjährigen Motto „Land in Sicht“ haben wir bewusst einen optimistischen Titel für den diesjährigen Kongress gewählt. Für alle, die von Afrika nach Europa fliehen, ist es nicht nur lebensrettend, sondern auch Inbegriff einer großen Hoffnung, wenn endlich Europa, also „Land“ in Sicht ist. Aber auch für uns, die wir eigentlich gesättigt in Europa, in diesem „Land der Verheißung“ leben, ist Perspektivlosigkeit, in jeglicher Hinsicht, lähmend.

Ein optimistischer Titel in einer Zeit, die eigentlich eher den Pessimisten Recht zu geben scheint. Doch, ohne Rechtspopulismus, Ausgrenzung und all die hasserfüllten und vom Gift des Rassismus getränkten Auseinandersetzungen hier und auf der ganzen Welt auch nur eine Sekunde verharmlosen zu wollen, dieser zunehmend um sich greifende Pessimismus ist auch ein mediales Produkt, forciert von denen, die ein friedliches und solidarisches Miteinander nicht „schaffen“ wollen und uns allen suggerieren, dass dies auch nicht zu schaffen sei.

Dabei sind kulturelle Vielfalt und Mehrfach-Identitäten längst Realität, was nicht zuletzt deutlich wurde, als die große Anzahl von Geflüchteten, vor allem aus arabischen Ländern, zu uns kam. Von vielen wurde dies als unüberwindbarer Kulturschock hochstilisiert. Aber Deutschland, und da gehören *alle, ausnahmslos alle* Menschen dazu, die hier leben, dieses neue und bunte Deutschland ist heute wesentlich vielfältiger und besser auf die Neuankömmlinge vorbereitet, als z.B. zu Zeiten des sogenannten Gastarbeiter-Zuzugs; denn damals war Deutschland tatsächlich noch sehr homogen „ursprungsdeutsch“. Damals gab es z.B. weit weniger Menschen, die ordentlich Spagetti kochen konnten, als es heute Deutsche mit perfekten Arabisch-Kenntnissen gibt.

Diversität ist jetzt schon bundesdeutsche Realität und: Diversität hat ein *Potential* und eine *Dynamik*, die letztlich stärker ist als all die vergangenen Zeiten angehörenden *Abgrenzungsideologien*, zumindest solange unsere Demokratie lebt, noch lebendig und prä-

sent ist, samt der sie immer wieder erneuernde Zivilgesellschaft, ein Teil davon ist heute hier in Braunschweig versammelt. Es sind hier bei diesem Kongress vor allem die Praktiker, die interkulturell Aktiven versammelt. Und wenn wir von Optimismus reden, dann ist dies der „Optimismus des Handelns“, zum dem aber auch, engstens miteinander verhakht, der „Pessimismus des Wissens“ gehört. Denn natürlich dürfen wir all die Gefahren für Diversität und Demokratie nicht negieren. Aber unsere Aktivitäten, unsere Arbeit muss vom Optimismus gespeist sein.

Natürlich müssen wir uns all diesen, unsäglichen Diskussionen stellen, in denen Selbstverständnisse und Selbstverständlichkeiten wieder in Frage gestellt werden. Aber: wir dürfen auch nicht in reinen *Abwehrdebatten* verharren. Wir können nichts bekämpfen, ohne gleichzeitig eigene glaubwürdige Alternativen vorweisen zu können. Wir müssen gerade in den aktuellen Debatten den Blick wieder mehr nach vorne richten und eigene starke interkulturelle Visionen entwickeln, Visionen, die nicht nur das „Morgen“ beschreiben, sondern stets auch einen Bezug zum „Heute“ haben und: es gilt, *Wege* aufzeigen, wie *Visionen zu Realitäten* werden können, diversitätsorientiert und antirassistisch.

Kunst und Kultur nehmen hierbei eine Schlüsselfunktion ein, nicht zuletzt da sie an menschlichen Fähigkeiten und Stärken ansetzen und nicht die Defizite betonen. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger*innen jenseits von Herkunft, Geschlecht und sozialer Lage ist ein weiterer zentraler Pfeiler unserer Arbeit, aber wohl eher die Beschreibung einer Vision als der Realität. Denn nicht jeder, der verbal für Gleichberechtigung eintritt, ist auch bereit, hierfür Macht, Einfluss und eigene Gestaltungsspielräume abzugeben. Dass sich die kulturell vielfältige Realität weder in Ausschüssen und Gremien, noch auf der Leitungsebene widerspiegelt, hat auch mit diesem Nicht-Abgeben-Wollen von Macht zu tun. Das Machtgefüge, dessen Bestandteil man selbst ist, muss stets selbstkritisch reflektiert und angegangen werden. Hierauf hat übrigens auch

Mekonnen Mesghena als Kongressbeobachter beim letzten Bundesfachkongresses in Mannheim eindrücklich hingewiesen.

Wer den Menschen und seine Würde in das Zentrum des Diskurses stellt, muss auch die soziale Frage stellen. Das Auseinanderklaffen von Arm und Reich hat weltweit, aber auch in Deutschland eine noch nie dagewesene Dimension erreicht. Niemand kommt mehr daran vorbei, sich damit zu beschäftigen. Die soziale Frage muss deshalb zum festen Bestandteil einer jeden Diversitätspolitik werden. Noch tut sich hier viel zu wenig, vielleicht auch deshalb, weil ein Großteil derjenigen, die hier aktiv werden könnten, selbst das Privileg genießt, sich auf der Sonnenseite des Lebens zu tummeln. Um interkulturelle Visionen für heute und morgen zu entwickeln, ist das Zusammenführen all dieser Handlungsfelder erforderlich: Kulturpolitik, Integrationspolitik, Antidiskriminierungsarbeit, alle Nuancen interkulturellen Schaffens, und natürlich die Sozialpolitik und die Sozialarbeit, all das muss zusammengeführt und zusammen gedacht werden. Und genau deshalb gibt es auch den Bundesfachkongress Interkultur und den Ratschlag kulturelle Vielfalt: Das Zusammenführen all dieser verschiedenen gesellschaftspolitischen Diskurse war schon von Anfang an, bereits beim ersten Kongress, den wir 2006 in Stuttgart organisierten, das Ziel und die Stärke des Kongresses. Hier sollen sich alle treffen und austauschen: die Kulturarbeiter*innen mit den Integrationspolitiker*innen, die Sozialarbeiter*innen mit den Antidiskriminierungsstellen, die Migrantorganisationen mit Repräsentant*innen staatlich geförderter Hochkultur.

Lassen Sie uns also gemeinsam, und damit meine ich wirklich alle Teilnehmer*innen, Impulse setzen und Handlungsempfehlungen entwickeln. Tauschen Sie sich aus in den nächsten drei Tagen, vernetzen Sie sich, damit wir, trotz allem Wissen über die Probleme dieser Welt, als optimistisch Handelnde feststellen können: „Land in Sicht!“

Rolf Graser

Sprecherrat des Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt

GRUSSWORT

Joachim Klement

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir freuen uns sehr, dass Sie heute bei uns zu Gast sind. Seien Sie herzlich willkommen zur Eröffnung des 6. Bundesfachkongresses Interkultur: „Land in Sicht – Interkulturelle Visionen für heute und morgen“ ist das Thema. Er findet in diesem Jahr parallel zur 6. Themenwoche Interkultur am Staatstheater Braunschweig statt. Seit 2012 gibt es dieses besondere Format am Staatstheater, einem Haus, an dem täglich Menschen aus 28 Nationen zusammen arbeiten. Was mit einem verlängerten Wochenende begann, um die interkulturellen Aktivitäten des Hauses zu bündeln und mit Gastspielen und Gesprächen zu ergänzen, hat sich durch die Kooperation mit vielen Partnern, internationalen, regionalen und besonders lokalen, zu einem Festival im Wochenumfang entwickelt. Axel Preuß, hier langjähriger Chefdramaturg und heute Schauspielregisseur am Staatstheater Karlsruhe, hat wesentlich zum Erfolg beigetragen. Ihm ist auch die Initiative für die Ausrichtung des Bundesfachkongresses in Braunschweig zu verdanken. Als wir 2012 anfangen, befanden wir uns in der meist politisch funktionalisierten Debatte über Parallelgesellschaften und gescheiterte Intergration bis hin zur Beschwörung vom Untergang des Abendlandes. Die schlichte Frage stand im Raum, was das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen eigentlich bedeutet? Wie offen oder abweisend ist die sogenannte Mehrheitsgesellschaft? Wie verändert Einwanderung eine Gesellschaft oder fordert sie heraus?

Fünf Jahre später sind die Fragen dringlicher geworden. Viele Menschen fliehen vor Perspektivlosigkeit, Armut und Krieg und suchen Zuflucht in Europa. Die Zuwanderung erfüllt viele Menschen mit Sorge. Populistische Parteien in Deutschland und Europa schlagen daraus Kapital und propagieren die Ausgrenzung von allem Abweichenden und Fremden. Aus Vielfalt wird Einfalt

und häufig genug: Hass. „Über den Hass“ ist der Titel eines Buches der Publizistin und Philosophin Carolin Emcke, die 2016 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde.

Sie schreibt: „Vielleicht ist es die wichtigste Geste gegen den Hass: sich nicht vereinzeln zu lassen. Sich nicht in die Stille, ins Private, ins Geschützte des eigenen Refugiums oder Milieus drängen zu lassen. Vielleicht ist die wichtigste Begegnung die aus sich heraus. Auf die Anderen zu. Um mit ihnen gemeinsam wieder die sozialen und öffentlichen Räume zu öffnen.“

Was bedeutet Interkultur heute? Wie lebt man Vielfalt? Was braucht es für kulturelle Teilhabe? Und welche Aufgaben stellen sich für die Zukunft in einer vielleicht komplexer werdenden Gesellschaft? Diese Fragen stehen im Zentrum Ihrer Arbeit aber auch des vielfältigen Themenwochen-Programms.

Dazu gehören unter anderem: Die Premiere von »Nadia«, ein Stück über eine junge europäische IS-Sympathisantin, das Bestandteil einer internationalen Kooperation der ETC mit Theatern aus Amsterdam, Oslo, Parma, Liege und Berlin ist.

Das mit Hilfe des Bundesfachkongress Interkultur ermöglichte Gastspiel der großartigen ukrainischen Frauen-Band Dakh Daughters heute Abend hier im Großen Haus, – sie kommen gerade von einem Gastspiel aus Hellerau. Oder: Ein Grenzen überwindendes Konzert mit Mitgliedern des Staatsorchesters, dem »Welcome Board Ensemble« des Musiklandes Niedersachsens und weiteren Gästen.

Das Theater ist einer der wichtigsten, frei gestaltbaren Räume unserer Demokratie, ein Labor sozialer Fantasie. Jenseits von Ideologie kann hier die Debatte um die Frage, wie wir leben wollen, vorbehaltlos geführt werden. Theater besteht aus Differenzierung, weil es nur so der Wahrheit zu ihrem Recht verhelfen kann, und es stellt Entwürfe vor – Lebensentwürfe. Vor allem

aber bestärkt es uns in der Hoffnung, dass wir die Verhältnisse lenken, nicht umgekehrt. Ich hoffe, dass es uns mit den Partnerinnen und Partnern und den unterschiedlichen Netzwerken auch in diesem Jahr wieder gelingt, möglichst viele Menschen aus verschiedensten Kulturkreisen, Milieus und Generationen für das Theater, die Kunst, den kulturellen Austausch und vor allem aber den jeweils Anderen zu begeistern.

Ein herzlicher Dank gilt dem Bundesweiten Ratschlag Kulturelle Vielfalt, dem Forum der Kulturen Stuttgart und dem Haus der Kulturen Braunschweig als Veranstalter, – und er gilt den Förderern: Dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur, der Stadt Braunschweig, der Stiftung Niedersachsen, der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ich wünsche Ihnen und uns einen spannenden Auftakt, erfolgreiche und informative Begegnungen, anregende Foren, viele neue Eindrücke und dem Bundesfachkongress damit gutes Gelingen.

Haben Sie eine gute Zeit bei uns und in Braunschweig. Vielen Dank.

Joachim Klement

Intendant Staatstheater Braunschweig
bis Spielzeit 2016/2017

GRUSSWORT

Gabriele Heinen-Kljajić

Herzlich willkommen zum 6. Bundesfachkongress Interkultur hier in Braunschweig. Wir freuen uns, mit Ihnen gemeinsam über das Thema Interkultur diskutieren zu können, denn der Ansatz der Interkultur spielt in Niedersachsen eine große Rolle.

Was verbirgt sich hinter dem Ansatz der Interkultur? Erst mal beschreibt er eine demografische Realität. Deutschland ist in den vergangenen Jahrzehnten, insbesondere in den letzten Jahren, immer bunter und internationaler geworden. Allein in Braunschweig leben fast 60.000 Menschen aus über 150 Nationen. Inzwischen hat jede fünfte Person, die in Deutschland lebt, einen sogenannten „Migrationshintergrund“. In Westdeutschland gilt das für jede vierte Person, bei den Kindern unter fünf Jahren bereits für gut ein Drittel. Das alles ist aus der Perspektive der Menschheitsgeschichte ziemlich gewöhnlich, denn unsere Geschichte war immer schon eine Geschichte der Migration. Dass Armut und Krieg die treibenden Kräfte solcher Migration sind, ist übrigens auch nicht neu.

Ein Blick in die Geschichte macht ebenfalls deutlich: Dort, wo es zu einem Austausch auf Augenhöhe kommt, entwickelt die Migration immer positive Kräfte. Dort wo Kulturen sich gegenseitig durchdringen, schaffen sie permanent Neues. „Partizipation“, „Diversität“, „Interkultur“ oder „Transkultur“ sollten deshalb selbstverständliche Leitlinien jeder Kulturpolitik zu jeder Zeit sein. Diese positiven Effekte der gegenseitigen Durchdringung sind so stark, dass sie selbst unter schwierigen Bedingungen Wirkung entfalten.

Bei allen Defiziten und allen Fehlern, die wir als Aufnahmegesellschaft in Sachen Teilhabe und Chancengleichheit gemacht haben - und immer noch machen: Einwanderung hat unser Land bereichert, sie hat unsere Gesellschaft verändert, und sie hat sie weltoffener gemacht. Nicht zuletzt die breit getragene zivilgesellschaftliche Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen zeigt, dass unsere Gesellschaft Einwanderung endlich als Herausforderung annimmt, auch weil sie darin eine Chance sieht. Diese Chance mag sich auch volkswirt-

schaftlich ableiten lassen: Aufgrund der demografischen Entwicklung brauchen wir Zuwanderung. Der Fachkräftemangel braucht Zuwanderung. Aber die gesellschaftlich-zivilisatorisch positiven Effekte von Migration wirken viel tiefer. Denn Kulturen entwickeln sich immer nur dann weiter, wenn sie Impulse von außen erhalten und wenn sie sich austauschen. Und weil das immer schon so war, gibt es auch keine klaren kulturellen Grenzen oder Zuordnungen.

Kulturen sind immer hochgradig miteinander verflochten und nie statisch, sondern immer in Bewegung. Die Idee einer Leitkultur ist deshalb nicht nur ein politischer Irrweg, sondern auch völlige Illusion. Kunst und Kultur, die Kulturpolitik und die Kultureinrichtungen haben eine ungemein wichtige Bedeutung: Denn Kunst und Kultur können diesem Austausch, dieser gegenseitigen Befruchtung, einen Ermöglichungsort anbieten. „Interkultur“, „Transkultur“, „Cross Culture“, all diese Begriffe beschreiben eben diesen Austausch, diese Durchmischung und diese gegenseitige Befruchtung. Diese neuen Ansätze sind auch die Antwort auf eine in Deutschland, und nicht nur hier, über Jahrzehnte falsch verstandene Vorstellung einer Integrationspolitik, die das Anpassen, das „Assimilieren“ zum Ziel hatte und die die Integrationsleistung ausschließlich bei den Zugewanderten, nicht aber bei der Aufnahmegesellschaft gesehen hat. Kunst und Kultur haben dabei in der Vergangenheit keine Ausnahme gemacht. Im Gegenteil: Gerade unsere Kultureinrichtungen, allen voran die großen Einrichtungen wie Theater und Museen, stehen symbolhaft für das Versagen kultureller Teilhabe. Und in Sachen Öffnung der Häuser für breitere Schichten, auch für Migrantinnen und Migranten, gibt es noch viel zu tun. Denn in der Praxis wird kulturelle Teilhabe immer noch allzu häufig als Kulturvermittlung im Sinne eines vertraut Machens mit dem bestehenden, tradierten Kulturbetrieb und seinen Angeboten verstanden. Partizipation ist aber kein Instrument, die Vormachtstellung der Kultur der Aufnahmegesellschaft gegen eingewanderte Kulturen abzu-

sichern. Es geht nicht darum, Kulturgewohnheiten zu ändern oder einen Kanon zu vermitteln, es geht nicht um eine Gebrauchsanweisung für den deutschen Kulturbetrieb. Es geht darum, Wünsche und Erwartungen der Migrantinnen und Migranten wahrzunehmen und auszuhandeln, wie diese Erwartungen erfüllt werden können. Und es geht darum, sie mit ihren Erfahrungen und Lebenswelten vorkommen zu lassen. Denn junge Menschen, die hier aufgewachsen sind und sich für den IS rekrutieren lassen, Menschen mit türkischen Wurzeln, die seit Jahrzehnten hier leben und trotzdem glauben, dass Herr Erdogan ihre Interessen besser vertritt, als Frau Merkel, Herr Schulz oder Herr Steinmeier, zeigen was passiert, wenn man das nicht tut.

Wir versuchen hier in Niedersachsen aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Alleine für die in Niedersachsen gestrandeten Flüchtlinge stellen wir in meinem Haus in den kommenden Jahren jährlich über 50 Millionen Euro zur Verfügung: Für Sprachkurse, für Grundbildungskurse und den zweiten Bildungsweg, und eben für den Bereich Kultur. Und wir unterscheiden beim Zugang zu unseren Maßnahmen übrigens nicht nach Herkunftsland oder Aufenthaltsstatus. In der Kultur fördern wir Projekte zur Integration für Flüchtlinge. Wir finanzieren dreimonatige Praktika, einjährige Stipendien, ein FSJ Kultur für Flüchtlinge und wir fördern Ausbildungs- und Arbeitsplätze, denn Kultur ist auch ein großer Arbeitgeber. Wir sind jedenfalls der Überzeugung, dass es die Aufgabe von Landesgeförderten Kulturinstitutionen ist, interkulturell zu denken, zu handeln und zu arbeiten; und wir sind der Überzeugung, dass sich gerade Kunst und Kultur in besonderem Maße als Aushandlungsort eignen, zur Beantwortung der Frage, wie wir miteinander leben wollen. Schließlich ist es das Wesen der Künste, andere Perspektiven einzunehmen und dem vermeintlich Fremden Raum zu geben.

Ich wünsche diesem Kongress, dass er Antworten findet auf die Fragen: Wie finden die Bedürfnisse der Migrant*innen, ihre Biographien, ihre Lebenswelt

Eingang in die Angebote von Kunst und Kultur? Und welche Rahmenbedingungen müssen wir schaffen, um das Kreativitätspotenzial der Zuwanderung und der sozialen Öffnung unserer Kultureinrichtungen wirklich auszuschöpfen? Wir haben bei all den regionalen Foren, die wir als Ministerium im letzten Jahr in unterschiedlichen Städten ausgerichtet haben, eines gelernt: Der Ansatz der Interkultur funktioniert, wenn Aufnahmegesellschaft und Migrant*innen miteinander, statt übereinander reden und wenn wir erkennen, dass beim Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen nicht nur Divergenzen, sondern immer auch Anschlussmöglichkeiten bestehen.

● **Gabriele Heinen-Kljajić**

Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur
bis November 2017

GRUSSWORT

Caren Marks

Sehr geehrte Damen und Herren,

I. Ich freue mich, heute hier in Braunschweig zu sein, einer Stadt, in der Interkulturalität gelebt wird, gestern und heute. Ein Beleg dafür ist der Interkulturelle Stadtplan der Stadt. 1971 wurde in Braunschweig der städtische Arbeitskreis für die Probleme ausländischer Arbeiter gegründet. Er war von Anfang an zu 50 Prozent mit Migrant*innen besetzt. 10 Jahre später richtete der „Förderkreis für ausländische Arbeitnehmer“ eine „Einschulungshilfe für ausländische Kinder“ ein. Dort wurden die Kinder auf den Schulbesuch vorbereitet und lernten die deutsche Sprache. Aus der Einschulungshilfe entwickelte sich ein Nachbarschaftsladen, den es bis heute gibt.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen. Aber sie zeigen: Vor Ort wurde schon früher viel für die Integration und den interkulturellen Dialog geleistet. Diesen Gestaltungswillen und diese Einsatzbereitschaft brauchen wir auch heute. Wir haben eine breit aufgestellte Zivilgesellschaft, Menschen, die sich für andere stark machen.

Sie, die zu diesem Kongress heute nach Braunschweig gekommen sind, sind der beste Beweis. Sie setzen sich für den interkulturellen Dialog ein. Sie stehen für ein vielfältiges, weltoffenes Miteinander in unserem Land, in Ihrer Nachbarschaft, im Freundeskreis, im Ehrenamt, auf der Arbeit. Schön, dass Sie gekommen sind.

II. Auch wenn das Thema Flucht in den Medien derzeit nicht mehr so präsent ist: Es kommen noch immer Menschen zu uns. Jeden Monat, jede Woche, jeden Tag. Ohne die vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten wäre es uns in den letzten beiden Jahren nicht so gut gelungen, die Menschen, die zu uns geflüchtet sind, zu versorgen und unterzubringen, mittlerweile sind wir gut aufgestellt. Die Erstversorgung funktioniert und die Notunterkünfte leeren sich. Auf den ersten Schritt, die Ersthilfe und Versorgung, muss aber der zweite Schritt folgen: die Integration. Wir wissen: die Integration von Menschen, die mehrheitlich aus anderen Kul-

turkreisen kommen, ist kein Selbstläufer. Damit dieser Schritt gelingt, brauchen wir Integrations- und Sprachkurse, Angebote zur Nachqualifizierung, Arbeits- und Ausbildungsplätze. Und wir müssen den Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben wollen, offen sagen, was wir als Gesellschaft von ihnen erwarten: Die Achtung unserer Gesetze, die Akzeptanz zentraler Werte wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Aber das alleine macht noch keine erfolgreiche Integration. Vieles fängt im Kleinen an, im Dialog, wenn Menschen auf andere Menschen zugehen, ihnen die Hand reichen und ihnen auf Augenhöhe begegnen. Indem man sich im Familien- oder Kulturzentrum mit den Kindern begegnet, gemeinsam kocht, musiziert oder über die Fußballergebnisse diskutiert.

Vor Ort entscheidet sich, ob wir ein gutes Miteinander zwischen Neuzugewanderten und hier lebenden Menschen schaffen. Die meisten wünschen sich genau das. Niemand verlässt seine Heimat aus freien Stücken. So wie die 19-Jährige Doaa aus Syrien. Zuhause war sie eine gute Schülerin und wollte studieren. Bis sie mit ihren Eltern vor dem Bürgerkrieg nach Ägypten fliehen musste. Dort lebten sie am Rande der Gesellschaft. Eine Zukunft, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gab es für sie nicht. Aber genau das wollte sie für sich und ihre Familie: eine Zukunft. Also kratzte sie alles Geld zusammen, was sie hatte und machte sich auf den Weg nach Europa. Auf der Flucht wäre sie beinahe gestorben, als ihr Boot im Mittelmeer unterging. Sie konnte sich selbst und ein kleines Mädchen retten, das ihr von deren Mutter übergeben wurde. Die Mutter verließen die Kräfte – sie konnte nicht mehr weiter schwimmen und ertrank. Doaa will jetzt ihren Weg bei uns in Europa weitergehen.

Sie will sich integrieren, die Sprache lernen und studieren. Sie will die Chance, die sich ihr bietet, nutzen. Wir sind in der Verantwortung, sie und die vielen anderen Geflüchteten dabei zu unterstützen.

III. Und wir haben die Verantwortung, sie zu schützen, weil die Werte, deren Anerkennung wir von zu uns

Geflüchteten und Neuzugewanderten verlangen, leider auch für manche aus unserer Mitte keine Selbstverständlichkeit mehr sind.

Weil das Vertrauen in unsere Demokratie sinkt und sie angegriffen wird. Einige von Ihnen haben das womöglich schon erlebt. Übergriffe auf Minderheiten, Geflüchtete und Engagierte nehmen zu, ob auf der Straße, im Sportverein oder im Einkaufsladen. Dem müssen wir uns klar und entschieden entgegenstellen. Wir müssen uns fragen: In was für einem Land wollen wir leben? Ich will in einem weltoffenen Land leben, in dem alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten sind, in dem sie miteinander solidarisch sind. In dem kulturelle Vielfalt gelebt und geschätzt wird. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass diejenigen Zulauf bekommen, denen genau das ein Dorn im Auge ist und die unsere offene Gesellschaft bekämpfen.

IV. Kulturelle Vielfalt geht nicht ohne interkulturellen Dialog. Mit unserem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wollen wir diesen Dialog stärken. „Demokratie leben!“ unterstützt Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen, auf allen Ebenen: im Bund, auf der Ebene der Länder und Kommunen. Vor Ort fördern wir lokale Partnerschaften für Demokratie. Gut 260 gibt es bundesweit bereits, auch hier in Braunschweig. Gerade diese lokalen Partnerschaften zeigen eindrucksvoll, wie vielfältig der Einsatz für unsere Demokratie ist und wie wichtig. Mir gefällt zum Beispiel die Initiative Welcome Dinner. Braunschweigerinnen und Braunschweiger öffnen ihr Zuhause und laden neuzugewanderte Menschen zum Essen ein. Jeder, der gerne kocht und Platz an seinem Tisch frei hat, kann mitmachen. Auch junge Menschen bringen sich ein. Der Jugendring Braunschweig hat im letzten Jahr zusammen mit anderen Verbänden aus der Zivilgesellschaft und mit geflüchteten Jugendlichen im Jugendschutzhaus Neustadtmühle ein Kulturfest veranstaltet. Musik und internationale Gerichte, die viele Jugendliche selbst gekocht hatten, bildeten den

Rahmen für einen lockeren Austausch. Und auf der Demokratie-Konferenz, die vor zwei Wochen im Braunschweiger Rathaus stattfand, sind mit Sicherheit neue Ideen für Projekte geboren worden, die bald unsere Demokratie stärken werden.

Diese Beispiele zeigen in ihrer Vielfalt, worum es geht: Wir müssen Demokratie leben! Vor Ort, ganz konkret. Diese Botschaft werden wir in den kommenden Wochen unter dem Motto „Wer, wenn nicht wir?“ in die Fläche tragen: mit Plakaten, auf Litfaßsäulen, in der Online-Kommunikation, denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist nicht einfach da. Demokratie ist eine Mitmachveranstaltung. Sie lebt davon, dass Menschen sie jeden Tag mit Leben füllen, für sie aufstehen und sich einbringen, um unser Land vielfältiger, toleranter und gerechter zu machen.

V. Das ist auch ein Ziel dieses Kongresses. Menschen aus den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen wie der kulturellen Bildung, der Jugendarbeit, aus Bürgerbüros, Integrationsbeiräten, Kulturvereinen, Stadtteilbüros, Bürgerinitiativen und Verbänden, sind hier heute mit dabei. Sie finden hier einen guten Rahmen, um sich auszutauschen und gegenseitig von den Erfahrungen und Kompetenzen, die Sie alle in Ihren Arbeitsbereichen gesammelt haben, zu profitieren. Und um Ihre Erfahrungen und Ihr Know-How zusammenzuführen. Ich freue mich auf Ihre Ergebnisse.

In der Dokumentation des letzten Kongresses habe ich Folgendes gelesen: *„Wollen wir aber gemeinsam wachsen und vorankommen, können wir nicht ständig einen Bogen um die verminten Felder machen, sondern müssen die Minenfelder räumen.“* Darum geht es heute, morgen und übermorgen. Lassen Sie uns in den Dialog treten. Über die Aufgaben, die vor uns liegen, und über die richtigen Lösungen.

Ich wünsche Ihnen einen interessanten, vielfältigen Austausch, gute Impulse und facettenreiche Kulturbeiträge.

Vielen Dank!

Caren Marks, MdB

MdB Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

DIE ENTDECKER ODER DIE ENTDECKTEN: WAS KAM ZUERST? EINE LITERARISCHE ANTWORT FÜR MENSCHEN OHNE MIGRATIONSHINTERGRUND

Eine Kurzgeschichte von Sharon Dodua Otoo

Yaa hatte sich verkleidet. Heute wollte sie losziehen, um die Antwort auf eine große Frage zu suchen. Eine Frage, der sie wohl nur im Raumanzug nachgehen konnte.

„Raumanzug – ernsthaft?“ Karin verdrehte die Augen. „Ich muss mich schützen,“ antwortete Yaa, als würde die Aussage ohne weitere Erklärung Sinn ergeben. „Ich fahre auf eine Entdeckungsreise!“ Sie platzte fast vor Stolz. Denn, je mehr Yaa in den Tagen zuvor darüber nachgedacht hatte, desto besser hatte ihr die Idee von der künstlerischen Intervention gefallen. Als Karin endlich verstand, dass ihre Frau mit dem Anzug auf die Straße gehen wollte, schreckte sie hoch.

„Bitte nicht,“ meinte sie. „Oder zumindest nicht hier. Nicht in Braunschweig.“ Es war noch nicht genug Zeit vergangen, seit Yaas letzter Intervention. Karin wurde von den Eltern an der Schule, wo sie Kunst unterrichtete, gelegentlich immer noch darauf angesprochen.

Doch Yaa war gedanklich schon ganz woanders. Sie hatte eine ziemlich genaue Vorstellung davon, wie das Ganze ablaufen sollte. Yaa würde das Gebiet, das sie bald in Beschlag nehmen würde, nach sich selbst benennen. Sie fand das kein bisschen egozentristisch. Cecil Rhodes hatte es seinerzeit schließlich vorge-macht. Der Name Yaadesia würde aber nicht gehen. „Klingt eher wie ein Freizeitpark,“ gab sie zu. „Oder wie eine chronische Krankheit,“ grummelte Karin. Immer wenn sie ihren Unterricht vorbereiten musste, fing sie früher oder später an, über Gesundheitsprobleme zu reden.

„Die Vereinigte Staaten von Yaa klingt etwas hochgegriffen in meinen Ohren.“ „Definitiv,“ nickte Karin, ohne von ihren Unterlagen hochzuschauen.

„Yaaland!“ rief Yaa nach einigen Minuten. „Reimt sich mit Saarland – das gefällt mir!“ Karin schloss die Augen und hielt kurz inne. Von allen Ideen Yaas war dies eindeutig die Absurdeste. „Warum machst du das?“ Karin wusste nämlich jetzt schon, dass sie am Montag Ärger bei der Arbeit bekommen würde. Herr Torberg wollte sich als neuer Schulleiter gegenüber den Eltern beweisen. Er nahm darum deren Sorgen besonders ernst. Die

Eltern redeten darum mit ihm besonders gern.

„Menschen wie ich, werden immer nur entdeckt,“ antwortete Yaa. „Ich möchte auch mal entdecken. Wollen wir das nicht letztendlich alle?“

Karin legte ihren Stift zur Seite, lehnte sich zurück in ihrem Stuhl und fixierte Yaa. „Das ist dein Anliegen?“ stammelte sie. „Du weißt, es ist inzwischen 2017?“ „Darum geht es aber immer noch,“ antwortete Yaa. „Ihr Linken, ihr streitet euch immer über Genderthe-men, oder Rassismus oder Klassismus. Identität und Privilegien und so. In Wahrheit gibt es eigentlich nur zwei Gruppen in dieser Welt: die Entdecker und die Entdeckten.“ „Ich habe keinen blassen Schimmer, wo-von du redest ...“

Karins linkes Auge fing an zu zucken. Yaa merkte das aber nicht und redete einfach pausenlos weiter. „Nehmen wir als Beispiel diese völlig verzerrte und unnötige Obsession mit dem Thema Migration.“ „Obsession?“ „Klar!“ Yaa stand auf und fing an, im Zimmer auf und ab zu gehen. Was nur mäßig gut klappte, weil sie mit dem Raumanzug nicht überall zwischen den Möbeln durchkam.

„Du weißt doch, es geht selten um Migration im eigentlichen Sinne, sondern meist nur um die Migrati-on ganz bestimmter Menschen aus ganz bestimmten Gebieten – denen es vermeintlich angesehen werden kann, dass sie nicht deutsch sind ...“

Yaa hatte natürlich recht, Karin wusste aber aus bit-terer Erfahrung auch, dass es jetzt besser wäre, still zu bleiben. „Obwohl alle wissen, dass es seit Jahrhun-derten Einwanderung überall auf der Welt gibt, der Diskurs darüber wird hier immer noch geführt, als wäre sie etwas Neues.“

Yaa setzte sich wieder hin und schaute Karin direkt an. „Warum haben wir nie das Wort „Entdecker-Kri-se“ gehört? Erklär‘ mir das bitte mal!“ Karin schwieg weiterhin. Was eine gute Entscheidung war, weil Yaa sich sowieso nur abreagieren wollte. „Doch die ent-scheidende Frage ist nicht mal das,“ Yaas Stimme klang allmählich etwas sanfter. „Die wirklich entscheidende Frage ist: Welche Gruppe kam zuerst?“

„Welche Gruppe?“ fragte Karin nach einigen Sekun-den. „Ich rede von den Entdeckern und den Entdeckten – was kam zuerst? Das ist die Frage, die ich den Leuten stellen möchte.“ „In Niedersachsen?“ erwiderte Karin. „Das wird sowas von in die Hose gehen ...“ während sie verstummte, schüttelte sie den Kopf.

„Wollen wir mal sehen,“ antwortete Yaa – und packte ihre selbstgebastelte Fahne in ihren Rucksack ein. Na-türlich wusste Yaa, dass es draußen vor ihrer Haustür fortgeschrittene Zivilisationen gab. Ethnien, die in gut funktionierenden politischen Systemen organi-siert waren und Zugang zu Handel und Medizin und Wissenschaften und sogar W-Lan hatten. Sie wusste auch, dass es ganze Bevölkerungen gab, die sich liebten oder sich bekriegten je nach Fußballspiel-Ergebnis. Es gab auch Bildung, Kunst und Kultur – richtig schöne Sachen. Dennoch, obwohl es „inzwischen 2017“ war, hatten die hiesigen Eingeborenen es noch immer nicht geschafft, einen menschenwürdigen Umgang mit Mi-gration – oder gesellschaftlicher Vielfalt überhaupt – hinzubekommen. Das fand Yaa bedauerlich und wollte deswegen ihren eigenen kleinen Beitrag dazu leisten, diesen Missstand zu ändern.

„Starte dort, wo du stehst. Benutze das, was du hast. Tu das, was du kannst,“ proklamierte sie – und zog los. Gerne wäre sie in dem Moment eigenständig und wür-devoll durch die Wohnungstür hinausgegangen, doch die war viel zu schmal und deswegen war Yaa auf Ka-rins Hilfe angewiesen. Karin verdrehte die Augen noch einmal, begleitete sie schließlich doch von der Woh-nung bis zum Treppenhaus, und dann half Karin ihr auch durch die Flügeltüren im Erdgeschoss, damit Yaa zum Hinterhof gelangen konnte. Yaa merkte nicht, wie schlecht gelaunt Karin war – dafür war der Himmel zu offen, die Sonne zu freudig, die Stimmung insgesamt viel zu leicht. Es war ein wunderschöner Tag, um auf Entdeckungsreise zu gehen.

Yaa stieg in ihr Raumschiff ein. Oder eigentlich auf. Wenn wir wirklich genau sein wollen, stieg sie auf ihr Fahrrad und zog das Raumschiff über den Anzug an.

„Du hast ein Raumschiff gebastelt?“ Karin war ent-

setzt. Das Lachen der Kinder ihrer Klasse klang jetzt schon in ihren Ohren. Sie würden sich Montag in der er-sten Stunde über ihre seltsame Lebensgefährtin noch mehr lustig machen, als sie es ohnehin schon taten. Um von den Kolleg*innen ganz zu schweigen. „Frau sieht sich,“ winkte Yaa zum Abschied und fuhr los. Vom Raumschiff aus hatte Yaa die nötige Distanz, um bestimmte Phänomene genauer erforschen zu kön-nen. Sie würde erst den richtigen Ort aussuchen, dann die Fahne hissen, und anschließend die Reaktionen der Vorbeigehenden beobachten. Natürlich würde sie auch versuchen, mit den Eingeborenen Yaalands ins Gespräch zu kommen. Es war allerdings gut möglich, dass die Aktion vielen von denen nicht gefallen würde. Bei der letzten Intervention hatte Yaa sogar eine Anzei-ge erhalten, wegen Ruhestörung. Obwohl sie nicht als Erste geschrien hatte. Es war keine gute Idee gewesen, mit dem Polizisten in Streit zu geraten. Sie saß wirklich einige Stunden lang danach in der Zelle, bis Karin sie nach der Schule abholen konnte. Diesmal würde Yaa einfach ruhig bleiben. Nicht mehr als unnötig provo-zieren. Sie hielt kurz an, schrieb ihre Gedanken in ihr Schwarz-Rot-Gold-Notizbuch auf, und fuhr weiter. „Bis zum Ende des Tages habe ich meine Antwort,“ lachte sie.

Während sie weiterfuhr, meinte Yaa den Ort, den sie suchte, am Horizont erkennen zu können. Land in Sicht! Oder, wie Yaa kurzerhand daraus machte, „Deutsch-land in Sicht“. An jenem fernen Ort, dem Yaa natürlich jetzt entgegensteuerte, gab es noch Ungerechtigkeit und Konflikte – sogar leider noch Diskriminierung. Das spürte sie einfach.

Jedoch waren die Menschen, die an jenem Ort lebten, in der Lage, konstruktiv und empathisch miteinander umzugehen. Wenn eine Person Unrecht tat, blieb der Fokus auf der Wirkung ihrer Handlung und nicht auf der Intention. Es gab leider immer noch ungleichen Zu-gang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und zur Bildung. Jedoch wurde auf allen Ebenen jener Orga-nisationen Beteiligung von Menschen aus unterreprä-sentierten Gruppen ermöglicht. Es wurde anerkannt,

dass Prozesse der Veränderung langatmig sein können. Individuen wurden ermutigt, kritikfähig zu werden, um handlungsfähig zu bleiben. Die Grundstimmung der Bevölkerung, optimistisch; die Orientierung der Politik, menschlich. Und als Yaa die Humboldtstr. entlang fuhr, fiel ihr ein, dass „Yaastraße“ auch etwas hatte. Nach einiger Zeit sprach sie eine Person an. Na ja, sie räusperte sich eher. Es war ziemlich anstrengend, die ganze Zeit im Raumanzug plus Raumschiff zu fahren. Yaa war dankbar, dass sie mal stehen bleiben konnte. „Guten Tag,“ sagte Yaa. „Ich möchte Ihnen ein Paar Fragen über diese Gegend stellen. Haben Sie kurz Zeit?“ „Ich bin aber nicht aus Nordstadt,“ antwortete die Person. Das war nicht unfreundlich gemeint, war aber schon etwas fantasielos. Yaa überlegte wie die Entdecker damals in einer ähnlichen Situation reagiert hätten, und konterte: „Für meine Zwecke ist das ein unerhebliches Detail.“ Und somit wurde die Person zur Ureinwohnerin. Ihre Frisur „typisch“, ihre Kleidung „authentisch“, ihre Aussprache „repräsentativ.“ Die Sonne schien der Person direkt in die Augen, Yaa bemerkte das aber nicht. Wahrscheinlich weil sie noch immer ihren Helm auf hatte, und die Blendung nicht selbst mitbekam. „Die Menschen hier schauen etwas grimmig,“ notierte sie jedoch später in ihr Logbuch. „Vorsicht ist geboten.“ „Meine erste Frage: Wie komme ich am besten dorthin?“ Yaa zeigte zum Ort am Horizont. In Yaas Wahrnehmung schimmerte und glänzte er, als bestünde er aus Diamanten. Die Person schielte, gab aber nach wenigen Momenten zu, „Ich sehe nichts. Was ist da?“ Es stimmte, dass der Ort weit entfernt lag. Sehr weit entfernt. Dennoch war er erreichbar und absolut erkennbar. Warum konnte die Frau ihn nicht sehen? „Das ist der Ort, den ich entdecken möchte,“ antwortete Yaa schließlich. Sie rechnete damit, dass die Person entweder loslachen würde, oder spätestens jetzt sich von ihr abwenden würde. Aber offenbar konnte eine Person, die kein Problem hatte, mit einer im Raumschiffanzug angezogenen Frau zu sprechen, auch mit

solchen eher seltsamen Vorhaben locker umgehen. „Warum aber soweit weg? Es gibt doch genug hier zu entdecken.“ „Das was ich suche, gibt es hier nicht.“ „Das glaube ich nicht. Was suchen Sie denn?“ Yaa sah die Person genauer an. Sie hatte nämlich nicht damit gerechnet, dass diese Person auch Fragen stellen würde. Einheimische hatten in der Regel ruhig zu sein und Forschung über sich ergehen zu lassen. Kolumbus hätte sich sicherlich mit sowas nicht herumschlagen müssen. Yaa überlegte, wie sie mit dieser unerwarteten Situation umgehen sollte. Sie überlegte, ob sie erwähnen sollte, dass sie letzte Woche eher zufällig den Fernseher angemacht hatte, und sah, wie ein Mann, vom Beruf her Pilot, vom Tod seiner Kleinfamilie berichtete. Seine Frau, seine dreijährige Tochter und sein einjähriger Sohn waren alle am Tag zuvor im Mittelmeer ertrunken. Er hatte erzählt, dass er das Wort „Familienzusammenführung“ auswendig konnte; er kannte das Wort „erfolgreich“ nicht. Und Yaa wunderte sich über die vielen verschiedenen Menschen, denen dieser Mann bestimmt begegnet war. Menschen, die alle ihren kleinen Beitrag zum Tod der Familie geleistet haben, in dem sie im falschen Moment „nein“ gesagt hatten. Yaa hatte die Stimme des Mannes nicht hören können, denn seine Worte wurden mit Hilfe einer Dolmetscherin übertragen. Aber die Augen. Yaa konnte seine Augen nicht vergessen. Voll und tief und blau wie ein Ozean. Die Idee für die Intervention ist ihr in derselben Nacht gekommen. „Ich suche einen Ort, an dem Menschen keine Angst haben,“ antwortete Yaa, wohlwissend, dass sie durch die Begegnung mit dieser Person vielleicht doch schon angekommen war. „Starte dort, wo du stehst,“ antwortete die Person. Und Yaa bekam große Augen – woher kannte sie diesen Spruch? „Komm,“ nickte die Person, „Ich begleite dich ein bisschen.“ Und sie liefen zusammen los. Einige Stunden später radelte Yaa nach Hause, ihr Kopfschmerz mit den ganzen neuen Informationen. Im Hinterhof nahm sie bedächtig ihr Raumschiff und den Raumanzug auseinander

und sortierte die Plastik und Papierstücke in die verschiedenen Container. Die künstlerische Intervention war vorbei, Karin würde sich freuen. Yaa schloss ihr Fahrrad ab und war dankbar, dass es den ganzen Rückweg nach Hause nicht geregnet hatte. Vielleicht ist es ihr nur so vorgekommen, aber Yaa meinte, erkannt zu haben, dass der Himmel sich verdunkelt hatte, nachdem die Person, mit der sie gesprochen hatte, ebenfalls nach Hause aufgebrochen war. „Hallo Käpt’n!“ rief Karin, als Yaa die Wohnungstür aufschloß. „Ich habe fest damit gerechnet, dass du mich irgendwann anrufst, und mich bittest, dich von irgendwo abzuholen.“ Karin lachte, als Yaa das Wohnzimmer betrat. Yaa lächelte nachdenklich zurück. „Alles ok?“ Yaa setzte sich hin und nickte. „Doch,“ sagte sie. „Alles blendend. Allein, ich bin nicht dazu gekommen, der Bevölkerung meine eigentliche Frage zu stellen.“ Karin hatte inzwischen die Unterrichtsvorbereitungen fertig und war jetzt am Malen. Klassische Musik lief im Radio. Das Zimmer roch nach Ölfarben, Terpentin und Kaffee. Sie arbeitete einfach und vertraute darauf, dass Yaa weiter erzählen würde, wenn sie soweit war. Yaa betrachtete Karins Bild und beruhigte sich. Karin war in vielen Aspekten nicht wie Yaa. Yaas Eltern und Großeltern kamen alle aus Braunschweig und haben immer nur dort gelebt. Karins Mutter hingegen, war zwar in Berlin aufgewachsen, aber in Oslo geboren. Und Karins Vater, der in Frankfurt geboren war, hat eigentlich fast sein ganzes Leben in New York gelebt. Karin malte abstrakte Bilder, immer wieder Variationen mit den Farben schwarz, rot und gelb. „Also,“ sagte Karin, irgendwann nachdem einige Minuten vergangen waren. „Die Frage hast du nicht beantwortet.“ „Welche Frage?“ „Die Entdecker-Frage.“ „Hatte ich doch gesagt, dass ich keine Antwort hatte.“ „Aber du warst gerade echt lange unterwegs. Gab es nicht mal Ansätze von Ideen?“ Karin machte eine Pause und schob sich die Haare aus dem Gesicht. „Zum Beispiel, ich habe gedacht, vielleicht bist du Entdecker ... du bist ja schließlich losgezogen, um deine Heimat

neu zu erkunden. Aber dann dachte ich – nee, du bist natürlich Entdeckte, weil – wie du gesagt hast – egal was du machst, deine Geschichte und deine Kultur stets als etwas völlig Neues präsentiert wird. Oder nicht? Dann dachte ich aber, Menschen die entdeckt werden, sind doch auch Entdecker – sie haben es nur zuerst gemacht. Also was kam denn deiner Meinung nach zuerst?“ „Ach,“ sagte Yaa. „Dadurch, dass ich weiblich bin, fühle ich mich sowieso nicht von den Kategorien angesprochen.“ „Da hast du auch wieder recht,“ stimmte Karin zu. „Aber,“ sagte Yaa nach einigen Momenten der Stille, „ich weiß wie die Einheimischen Yaalands heißen würden, sollte ich jemals eine Kolonie gründen.“ „Wie würden sie heißen?“

„Yaasager!“

● Sharon Dodua Otoo
Autorin

ERÖFFNUNG

THESEN ZUM VORTRAG

Heimat in flüchtigen Zeiten.

Von Heribert Prantl

1. „Wir schaffen das“: Eindreiviertel Jahre nach Merkels 14 Buchstaben ist die Gesellschaft zerrissen, sie ist partiell schwer verängstigt. Eine Politik der 15 Buchstaben wäre jetzt notwendig: "Entängstigt euch!" Das funktioniert nur auf der Basis einer Leitkultur, die auf den Werten des Grundgesetzes aufbaut. Und das funktioniert nur dann, wenn sich die Menschen beheimatet und geschützt fühlen. Dann haben sie Kraft, selbst Schutz zu geben. Jeder zehnte Deutsche engagiert sich ehrenamtlich, zumindest gelegentlich, für Flüchtlinge. Immer noch und trotz alledem. Das ist außergewöhnlich; das ist spektakulär. Das kommt im politischen Alltag viel zu kurz; der politische Alltag ist zu sehr fixiert auf AfD und Co.

2. Der Raum ist kleiner geworden, in dem Mitgefühl und Hilfsbereitschaft zum Zuge kommen. Wenn Flüchtlinge öffentlich immer öfter der Kategorie potenzieller Verbrecher und Terroristen zugeordnet werden, wird aus dem Willen zur Hilfe Widerwille; die Verantwortung wird abgeschüttelt. Es zählt nicht mehr der Einzelfall, sondern die Generalprävention. Das ist ein Klima für Abschiebung und Desintegration.

3. „Jeder ist seines Glückes Schmied“, hieß es früher. Ist das wirklich noch so? Jeder ist seines Glückes Schmied? Jeder? Überall? Ich fürchte, die alten Lebensweisheiten sind verbraucht, weil es das Fundament nicht mehr gibt, auf dem sie gewachsen sind. Junge Menschen, die in soziale Randlagen geworfen sind; junge Menschen, die allein sind in fremder Umgebung, in fremder Sprache, in fremder Kultur; junge Menschen, die sich in einer völlig neuen Umgebung zurechtfinden müssen; sie können nichts schmieden, solange sie keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben.

4. Bisher ist es in Europa so: Von Norden nach Süden reist man – in Ferien, zur Erholung, zum Ausspannen, zum Genießen. Von Süden nach Norden migriert man – zum Arbeiten, um existieren zu können. So lange das

so einseitig, so gegenläufig ist, ist Europa keine runde Sache. Die Migration in Europa sollte keine Not-Migration sein, keine, die man wagt, weil man dazu gezwungen ist, wenn man einigermaßen überleben will. Die Migration innerhalb von Europa sollte eine Lust-Migration sein: also eine, die man nicht macht, um existieren zu können, sondern eine, die man macht, um sich zu qualifizieren, um seine Lebenschancen zu mehren. und auch deshalb, weil man sich nicht nur als Grieche, als Italiener, als Pole oder Rumäne fühlt, sondern auch als Europäer – weil einem Europa zur zweiten Heimat geworden ist oder wird.

5. Hauptaufgabe der Sozialisation in einem Einwanderungsland Deutschland wird es sein müssen, Heterogenität als Normalität nicht nur zu ertragen, sondern zu akzeptieren und zu respektieren. Es geht nicht nur um Toleranz, es geht um Respekt voreinander.

6. Migration darf nicht zu andauernder Entwurzelung führen, nicht zur Heimatlosigkeit. Das Bedürfnis nach Beheimatung, nach Sesshaftigkeit, nach Kontinuität darf nicht vergessen werden. Anders gesagt: Europa sollte kein Kontinent von Flachwurzlern werden. Flexibilität und Mobilität sind nicht Selbstzweck. Green cards und Blue cards können wichtig sein; der Abbau von bürokratischen Hürden, die die Migration erschweren, ist wichtig. Die unkomplizierte Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen ist auch wichtig. Aber: Lebens"lauf" sollte nicht zum Synonym für ein neues Nomadentum werden. Der Mensch braucht Heimat auch in flüchtigen Zeiten. Das ist der Sinn und das Ziel von Integration

Prof. Dr. Dr. h.c. Heribert Prantl

ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter des Ressorts Innenpolitik

NUNG



FACHFORUM 1

Europa – Einheit in Vielfalt.
Die europäische Gemeinschaft zwischen zivilgesellschaftlichen
Initiativen und identitären Tendenzen.

PAT*INNEN:
Dr. Dorothea Kolland und Christian Miess, Netzwerk Koordinator bei Citizens For Europe.

REFERENT*INNEN/AKTEUR*INNEN:
Stefan Horn, Stadtkunstverein urban dialogues, Berlin, Jean Hurstel, Gründer und Präsident der europäischen Vereinigung „Banlieues d’Europe“, Réka Lörincz, Geschäftsführerin und Projektleiterin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY), Prof. Dr. Burkhard Küstermann, Professor an der Universität Cottbus und Vertreter der „European Community Foundation Initiative“, Mohammed Jouni, Aktivist und Sozialarbeiter, Christine Schmid, leitende Superintendentin des Kirchenkreises Lüneburg, Ursel Biester, Autorin, Gründerin und Coach, Dr. Oliver Hidalgo, Universität Regensburg.

THEMENSTELLUNG DES FACHFORUMS

Die im internationalen Vergleich wohlhabende Europäische Gemeinschaft tut sich schwer mit der Herausforderung, sich den weltweiten Migrationsbewegungen zu stellen. Insbesondere die Geflüchteten aus den Kriegs- und Armutsregionen der südlichen und südöstlichen Hemisphären erscheinen einigen Staaten als eine Bedrohung ihres nationalen Selbstverständnisses, ihrer Grundwerte, ihres wirtschaftlichen Status: Öffnen oder Schließen der Grenzen, Exkludieren oder Integrieren sind die Optionen. Aber wird damit die EU damit nicht selbst ihres Kerns der „europäischen Werte“ verlustig? Die 28 Staaten der EU ringen um eine gemeinsame Haltung in Politik und Zivilgesellschaft: In allen europäischen Ländern brechen sowohl innerhalb, als auch zwischen Gruppen engagierter Bürger Konflikte auf. Setzen sich identitäre und nationalstaatlich orientierte Positionen der Bestandserhaltung durch? Oder trägt eine gemeinsame solidarische Grundhaltung, basierend auf einem inkludierenden Demokratieverständnis, auch eine Bereitschaft des Teilens und des Veränderns?

Das Forum „Migration – eine Herausforderung für Europa“ nähert sich insbesondere von der Seite der Zivilgesellschaft diesem Fragenfeld an. Aus der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen der verschiedenen Länder heraus haben wir uns den Differenzen, aber auch den sich annähernden Handlungsansätzen zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, Positionen und Aktionen innerhalb der einzelnen Länder, insbesondere aber der Interaktionen und des gegenseitigen Unterstützens über Landesgrenzen weg genähert.

Ziel war es, anhand der vielen europäischen bürger-schaftlichen Initiativen im Bereich Flüchtlingsarbeit und Willkommenskultur, einer neuen gemeinsamen Gegenbewegung zur offiziellen EU-Politik, vor allem aber gegen rassistische, identitäre Umtriebe nachzu-spüren.

PROGRAMM UND ZIEL DES FACHFORUMS

Aufgrund der Breite des Themenspektrums im Fachfo-rum 1 war es sinnvoll, eine Grundstruktur zu entwer-fen, in der alle Teilnehmenden ihr Wissen einbringen und erweitern konnten. Für das Fachforum wurden dazu erstmals verschiedene Methoden kombiniert. Zwar standen interaktive und partizipative Elemente im Vordergrund, allerdings wurde ebenso darauf ge-achtet, möglichen Erwartungen der Teilnehmenden zu entsprechen, die Erfahrungen mit den vergangenen Bundesfachkongressen hatten. Das Forum war geprägt von offenen Gesprächssituationen, die zielführende und zugleich umfassende Diskussionen zwischen den Gästen und Publikum ermöglichten. Die Methoden (Open Spaces, Fishbowl und participative inquiry u.a.) strukturierten die Diskurse und schlugen eine Brücke zwischen gezielten thematischen Inputs von einge-ladenen Gästen und dem Expertenwissen des Publi-kums. Durch den strukturierten Dialog auf Augenhöhe entstand über den Tag eine vertrauensvolle Atmosphä-re, die deliberative Diskurse ermöglichte und zu einer entspannten Arbeitsphase in den Workshops führte.

Die Intention: Lernen!
Wir haben uns mit dem Fachforum zum Ziel gesetzt, al-len Teilnehmenden Lust zu machen, sich einzubringen. Am Ende des Fachforums wussten sie, wo sie sich mit ihren Ideen und Projekten verorten können, um nach dem Kongress weiter zu machen.

Calling question
Die Kernfrage für den Tag lautete: Wo finde ich mit meinen Ideen/Interessen/Projekten meinen Platz und Leute, die in die gleiche Richtung gehen? Das Fachfo-rum wurde so zu einer Lernerfahrung, die es ermöglichte eigene Ideen weiter zu entwickeln und umzusetzen. Um diese Frage zu beantworten und eine Atmosphäre zu erzeugen, in der das Wissen im Raum optimal ge-nutzt werden konnte, wurde eine detaillierte Agenda entworfen, die man hier einsehen kann:

AGENDA

Was	Wie lange	Warum	Fragen / Stichpunkte	
Willkommen	15 min	Auftakt setzen, beginnen	Wie kam es zu dem Forum? Warum dieses Thema und warum so?	
Einführung „partizipative Formate“ und Agenda	15 min	Vorstellung davon vermitteln, was die Menschen erwartet, sie einladen, sich einzulassen	Co-Verantwortung für den Inhalt und was wir alle aus dieser Session mit- nehmen, am Ende steht ein Ergebnis! Verantwortung, Vertrauen, Lernen	
Geographischer Spaziergang	30 min	Kennenlernen, Eis brechen	Wie viele Kilometer sind Sie gereist um hierher zu kommen? Wie viele Länder innerhalb Europas haben Sie bereist?	
3er Stories	3x15 min	Inspiration von 3 erfolgreichen Projekten	Mohammad Jouni, Stefan Horn und Christian Miess erzählen ihre Geschich- ten als Dialog/Gruppenkonversation	
Vortrag: Einführung	60 min	Wissen bekommen	Dr. Oliver Hidalgo, Thema: Europa und Rechtspopulismus	
Einführung Open-Space und Ankündigungen	15 min	Das Format Open Space verstehen, Workshop- Themen vorstellen	Prinzipien des Open Space, alle Gäste bieten einen Workshop an, Teilnehmende ebenfalls gerne	
2 Runden Open Space	2x45 min	Workshops	Inhalte werden von Gästen und Teilnehmern gestaltet	
Ergebnisse teilen in großer Runde	30 min	Erfahren, was in anderen Gruppen geschehen ist	Jeder Workshop stellt anhand des Ergebnis-Vordrucks seine Ergebnisse und Einsichten vor (8-10 Gruppen)	
Reflektion	25 min	Lernen vertiefen	Welche Einsichten/Fragen/Gedanken tauchen auf, wenn Sie dies alles hören? Was lernen Sie Neues? Auf welche Art und Weise stehen diese Dinge in Bezug zu unserem Oberthema/der Intention?	
Kurzinterview mit Jean Hurstel	5 min	Reflektion		
Abschluss	15 min	Persönlich Resümee ziehen, animieren zum aktiv werden, Kontakte austauschen	Was nehmen Sie mit? Was werden Sie als nächstes tun? Auf Post-It's schreiben, Karte ans Pinboard heften und Name und email drauf schreiben (wenn Wunsch besteht, in Kontakt zu bleiben)	

FORUM 1

ABLAUF DES FACHFORUMS

Die Methoden-Mix war eine Grundsatzentscheidung, die sich in den Ergebnissen widerspiegelt. Zu diesem Konzept gehört es z.B., die Gäste bewusst nicht „Referent*innen“ zu nennen. Alle Personen im Raum waren Expert*innen für ihre Arbeitsbereiche und sollten durch das Setting die Möglichkeit bekommen, ihr Wissen in der großen Gruppe zugänglich zu machen. Dennoch hatten die Gäste eine strukturierende Aufgabe. Sie waren Vertreter*innen von Netzwerken, die jeweils europäische Ziele und Arbeitsformen haben. Sie waren so ausgewählt, dass sie sehr breite Themenbereiche, oder auch mehrere gleichzeitig vertreten. Publikum und Gäste haben den Ablauf des Forums aufgrund der existenten Interessenslagen mitbestimmt. Die Moderatorin Ursel Biester lenkte die Gruppe durch diesen Parcours. Kern der Veranstaltung waren die Workshops die im Format „Open Space“ abgehalten wurden. Die Ergebnisse wurden mit Arbeitsprotokollen festgehalten, und sie beinhalten konkrete Ansprechpartner*innen sowie Stichpunkte der Diskussionen.

ERGEBNISSE DES FACHFORUMS

Workshop 1: Grenzüberschreitende Kulturarbeit. Vorstellung von Kunst und Kunstarbeit in den Vororten von Paris

Einsichten: Oft in Verbindung: Migration & Armut. Von Problemen zu Potenzial kommen! Prozess: Neues Kunstverständnis → Individuelle Bildungsprozesse → Problem des Begriffs „Interkultur“ → Transkulturelle Identitäten vs. nationalstaatliche Wirklichkeit; Individuelle Bildungsprozesse: Selbstbewusstsein, Professionalisierung und Offenheit für Entwicklungen
Kontakt: Jean Hurstel | [HYPERLINK "mailto:hurstelj@yahoo.fr"](mailto:hurstelj@yahoo.fr) | hurstelj@yahoo.fr

Workshop 2: Europa und kommunale Netzwerke – Top down vs. Grassroots

Einsichten: Frühe europäische Netzwerke ineffektiv/unbedacht; konkrete Anwendungen auf Arbeitsebene sind besser; nichts ohne menschliche Kontakte; Professionalisierung als Dilemma; Zwischeninstanzen stärken, Welche europäischen Netzwerke sind heute noch relevant? Mehr über das Thema: Stadtnetzwerke, traditionelle Städtepartnerschaften, Eurocities, Intercultural Cities, Rainbow process (Pie), Städtepartnerschaften durchaus auch an der Basis, Schüleraustausch, Vereine, „Weintrinker“ und Völkerverständigung
Nächste Schritte: Mut, Dinge liegen zu lassen. Verbindlichkeiten schaffen, Grassroots-Vernetzung: Unkomplizierte Verbindung Top-Down greift Bottom-up auf.

Zwischeninstanzen zwischen Grassroots und Europa bauen.

Kontakt: Christian Miess | [HYPERLINK "mailto:miess@citizensforeurope.eu"](mailto:miess@citizensforeurope.eu) | miess@citizensforeurope.eu

Workshop 3: Rassismus und Nationalismus in der (Migranten-) Gesellschaft entgegenwirken. Community übergreifende Rassismen und Anfeindungen

Einsichten: Wir brauchen einen Begriff von Rassismus, worauf wir uns einigen können. Sozialneid, Abstiegsängste: Verteilung von Ressourcen und Macht und die Rolle der Sprache und der Medien, nicht nur der deutschen. Mehr über das Thema: Wo fängt Rassismus an? Wer darf über Rassismus reden?

Nächste Schritte: weiter diskutieren, Rassismus sichtbar machen

Workshop 4: Interreligiöse / interkulturelle Dialoge. Was können sie leisten, welche Formate funktionieren? Wie kann das Thema Türkei behandeln? Sprechen wir interkulturell als Türken – Deutsche oder Muslime – Christen?

Einsichten: Sprachen anerkennen, Geschichte anerkennen, für Toleranz eintreten

Mehr über das Thema: Im Gespräch bleiben, Gespräche erschließen

Kontakt: Christine Schmid | [HYPERLINK "mailto:Christine.Schmid@evlka.de"](mailto:Christine.Schmid@evlka.de) | Christine.Schmid@evlka.de

Workshop 5: Symbolische Wahlen 2017

Einsichten: kritische Masse noch nicht erreicht, Mehrsprachigkeit wichtig

Mehr über das Thema: Wahlen und Staatsbürgerschaft werden schon lange in den Communities, Gewerkschaften, Parteien und debattiert

Kontakt: Christian Miess | [HYPERLINK "mailto:miess@citizensforeurope.eu"](mailto:miess@citizensforeurope.eu) | miess@citizensforeurope.eu

Workshop 6: Wie organisiert sich Zivilgesellschaft lokal, national und europäisch?

Einsichten: Communities haben unterschiedliche Engagementformen: Genau hinschauen und fragen! Vernetzung braucht persönliche Kontakte und einen Mehrwert. Europäische Vernetzung immer feinfühlig verfolgen. Bürgerstiftungen sind in der Arbeit, können aber europäisch vernetzt lernen, der Unterschied zwischen Stiftungen und Bürgerstiftungen wurde klar.

Mehr über das Thema: Study visits: Good practice an anderen Orten kennenlernen (s. Buergerstiftungen.org). Sich lokal interkulturell aufstellen: Weltgesellschaft
Kontaktperson Burkhard Küstermann: [HYPERLINK "mailto:Burkhard.kuestermann@stiftungen.org"](mailto:Burkhard.kuestermann@stiftungen.org) | Burkhard.kuestermann@stiftungen.org



FACHFORUM 2

Von „Wurzeln und Flügeln“ – Interkulturelle Kunst und Kulturarbeit im ländlichen (europäischen) Raum

PAT*INNEN:

Gabriela Schmitt, Bildungsreferentin bei Arbeit und Leben/VHS NRW.

REFERENT*INNEN/AKTEUR*INNEN:

Prof. Dr. Claudia Neu, Lehrstuhl Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel, Michael Chauvistré, Regisseur, Kameramann, Drehbuchautor, Beate Kegler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kulturpolitik der Stiftung Universität Hildesheim, Dr. Christine Range, Geschäftsführerin Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (LKJ) Sachsen e. V., Harriet Völker, Referentin "TRAFO-Modelle für Kultur im Wandel", Samo Darian, Programmleiter "TRAFO-Modelle für Kultur im Wandel", Franziska Weber, Künstlerische Produktionsleitung im Programm "TRAFO - Modelle für Kultur im Wandel, Jeffrey Döring, Julio-Yves Waffo, Auszubildender, Tibor Schäfer, sevengardens, Christine Hoffmann, landkunstleben e. V. im östlichen Brandenburg, Ursula Pehlke, Freie Regisseurin und Tanz-Theater-Schaffende, Emanuela Danielewicz, Fotografin.

Kulturpolitik ist in Deutschland wie in Europa in erster Linie eine Kulturpolitik der Städte und städtisch geprägter Regionen. Die Möglichkeiten kultureller Teilhabe und künstlerischer Produktion sind, neben soziodemografischen Faktoren, auch regional differenziert. Auch wenn der ländliche Raum in aktuellen politischen Diskursen eine wichtige Rolle spielt, werden die strukturellen und sozialen Besonderheiten dieser europäischen Räume, und deren Relevanz für eine zukunftsweisende, europäische Kulturpolitik, selten thematisiert. Ungeachtet dessen aber zeigt besonders der ländliche Raum große Kreativität in Bezug auf funktionierende Strukturen und einen bestehenden Zusammenhalt, in dessen Ergebnis interkulturelle Projekte entstehen, die genau diese vor Ort binden und stärken. Besonders deutlich wird dies im Kontext der Aufnahme von Menschen mit Fluchterfahrung. Viele Aktionen und Projekte haben eine integrative Wirkung entfaltet. Sind vielleicht gerade die ländlichen Räume Motoren für Kreativität, künstlerische und gesellschaftliche Innovation? Wie kann man diese vorhandene Kreativität und integrative Kraft stärken und auch strukturell unterstützen? Welche spezifischen interkulturellen Handlungsfelder sind für den ländlichen Raum zu identifizieren? Lassen sich diese auf größere, europäische, Strukturen übertragen?

Unter der Fragestellung „Kunst im ländlichen Raum?!“ gab Prof. Dr. Claudia Neu, Lehrstuhl „Soziologie ländlicher Räume“ an den Universitäten Göttingen und Kassel, einen Einblick in partizipative Ansätze bildender Kunst im Rahmen der Möglichkeiten, die Kunst bietet. Sie lenkte den kritischen Blick aber auch dahin, dass Kunst auch in den Dienst genommen wird für Notwendigkeiten, die andere gesellschaftliche, politische Bereiche gerade auch im ländlichen Raum abdecken müssten.

Was heißt Kulturarbeit im Ländlichen Raum? Einen Überblick, was alles zur Kulturarbeit im Ländlichen gehört und welche Qualitäten dort vorhanden sind, darüber informierte Beate Kegler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am „Institut für Kulturpolitik“ der „Stiftung

Universität Hildesheim“. Insgesamt finden sich interessante Ansätze vor allem im Bereich der Soziokultur, denen diese Herausforderung, zwischen traditioneller, breitenkultureller Gesellschaftsgestaltung und zeitgemäßen Impulsen für eine sich wandelnde ländliche Lebenswelt, gelingt. Aber allzu häufig finden sich Konzepte aufsuchender Kulturarbeit, Künstlerkollektive, dezentrale ländliche Kulturvereine und Kooperationen ländlicher Bürgerinitiativen und urbaner Künstler*innen, nicht vernetzt und in einem Nebeneinander. Vieles geschieht vereinzelt und man weiß zu wenig von einander. Beate Kegler regte deshalb an, diese und andere vergleichbare Projekte auszuwerten und innovative Ansätze zu evaluieren. Die Beschreibung von Kulturarbeit im ländlichen Raum, die Kenntnis über Gelingensbedingungen und Qualitäten sind weder identifiziert noch evaluiert, es gibt demzufolge auch wenig Kenntnis für Transformationsprozesse.

Kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Räumen europäischer Nachbarländer waren das Thema einer Tagung der „Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung/LKJ Sachsen e.V.“ Deren Geschäftsführerin, Dr. Christine Range, lies uns mit einem ausführlichen Erfahrungsbericht zu unterschiedlichen europäischen Konzepten zur Bewältigung des demografischen Wandels teilhaben an diesen spannenden Diskursen, gerade mit Blick auf Kinder und Jugendliche und die Aufgabe der Schaffung gleichwertiger Lebensräume und -bedingungen.

Europäische Projektpartnerschaften sind eine geförderte Methode der europäischen Union zur Steigerung der gegenseitigen Kenntnisse und des Austausches der europäischen Regionen, besonders auch im ländlichen Raum. Christine Hoffmann, die Vorsitzende von „Land. Kunst.Leben e.V.“, präsentierte uns dazu einen bunten Strauß gelungener Ansätze und Erfahrungen aus dem Kunstleben auf dem Land, die sowohl das künstlerische Leben anreichern als auch mit dem Medium der Kunst das Leben auf dem Lande im europäischen Austausch thematisieren.

Auf das Gedankenspiel „Was macht der Raum mit der Kunst, und was macht die Kunst mit dem Raum? ließ Emanuela Danielewicz, Künstlerin und Aktivistin beim Bochumer Verein „Kosmopolen e.V.“, in einer kleinen Performance ihre Gedanken spielen.

Der zweite Teil des Workshops befasste sich mit der Frage, wie mit Kunst und Kultur ein Wandel im ländlichen Raum gestaltet werden kann. Wie lassen sich Kultureinrichtungen im ländlichen Raum so weiterentwickeln, dass sie als zentrale Kulturorte genutzt werden können? Im Rahmen des Programms „TRAFO“, einer Initiative der Kulturstiftung des Bundes, zeigen die beteiligten Kultureinrichtungen zwei Wege auf, ihre Häuser weiterzuentwickeln: die Weiterentwicklung zu einem lebendigen Kultur- und Begegnungsort, und zu mobilen Kulturangeboten für die Fläche, die mit den Menschen und zu ihren Themen vor Ort, also auf dem Lande, umgesetzt werden. Im Anschluss an die konkrete Projektvorstellung durch das TRFAO-Team (Samo Darian, Programmleiter, Harriet Völker, Referentin, Franziska Weber, künstlerische Produktionsleitung) und dem Künstler Jeffrey Döring entfachte sich eine spannende Diskussion, welche nachhaltige Wirkung Projekte überhaupt haben können, die die Dichotomie, einerseits der Künstler*innen aus der Stadt und andererseits der Rezipient*innen aus dem Dorf, aufbrechen.

Zufluchtsraum Land: Andere Ansätze, wie die stetige Verankerung von künstlerischen Ansätzen auch für politische Partizipation, zeigte Ursula Pehlke, „Thea Tanzt. Tanztheater“ und „Zuflucht Wendland“ auf. Hier arbeiten schon verschiedene Generationen an der Resilienz des ländlichen Raumes und seiner Bewohner*innen und Neuankommenden.

Ankommen in Neuen Räumen – mit Flügeln ohne Wurzeln? Diese filmische Dokumentation von und mit Michael Chauvistré Regisseur, Kameramann, und Drehbuchautor und Julio-Yves Waffo, Auszubildender und Protagonist, fokussierte auf die Bedingungen, unter denen Geflüchtete ankommen. Gerade im ländlichen Raum übertreten sie dabei erstmal die Grenzen des Landes. Die durch Flucht zugewanderten Menschen mit ihren besonderen Kompetenzen anzusprechen, dafür steht das „Welcome Bord“ der Initiative Musikland Niedersachsen. Musik schafft eigene Räume, unabhängig von der regionalen Verortung, dies machte Jamila Al-Yousef, Projektkoordinatorin des „Welcome Board“, mit zahlreichen Beispielen deutlich.

Zum Ende des Forums zeigte Tibor Schäfer vom Essener Verein „Atavus e.V.“ mit seinem Beitrag „Mit Wurzeln die Welt beflügeln“ den Teilnehmenden, wie man mit einem Rotkohl Farbe herstellt und damit sich sogar international vernetzen kann: Sein Projekt „sevengardens“ ist eine global agierende Netzwerkinitiative.

Basis der Arbeit von „sevengardens“ sind Färbergärten. Die Gewinnung von Naturfarben aus Färberpflanzen ist Ausgangspunkt für ein niedrigschwelliges Partizipationsmodell. Darüber initiiert „sevengardens“ vielfältige Projekte, insbesondere in den Bereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung, Erhaltung der Biodiversität und Förderung lokaler Wirtschaftskreisläufe. Der Verein setzt sich für Kunst und Kultur ein. Durch die Pflege und Wertschätzung regionaler Kulturen, durch die Beschäftigung mit diesen Handwerkstechniken und deren Zugänglichmachung über nationale Grenzen hinweg soll ein Austausch der Kenntnisse und die Weiterbildung jedes Einzelnen ermöglicht werden. Durch die Entdeckung von Gemeinsamem und die Adaption des nützlichen Fremden soll die internationale Gesinnung sowie Integration und gegenseitige Wertschätzung gestärkt werden.

Das Fachforum hatte sich zum Ziel gesetzt, Handlungsempfehlungen und strukturelle Notwendigkeiten zu benennen. Folgende Aussagen wurden gemeinsam formuliert:

- Kulturarbeit auf dem Land wird vom Ehrenamt getragen: es lohnt sich die Zeit, zu investieren
- Die eigenen Erfahrungen diskursfähig machen und an Referenzpunkten festmachen
- Dazu ist aber auch ein politischer Resonanzraum nötig, deshalb Allianzen schaffen (Politik / Verwaltung / Kultureinrichtungen)
- Alle bestehenden Strukturen nutzen und Netzwerke bilden
- Mobilität ist eines der größten Probleme und Themen
- Nur Mut, es gibt Platz und Freiraum bzw. freie Räume
- Interkulturelle Kulturarbeit ist politische Arbeit
- Ermöglicht neue Lebensformen, ermöglicht zivilgesellschaftliches Engagement, ermöglicht, ein neues „Dorf“ als gesellschaftlichen Ort zu entwickeln
- Kultureinrichtungen können gesellschaftliche Prozesse aktiv gestalten, wie Akkupunktturnadeln wirken
- Widerstandskultur schaffen, politische Botschaften formulieren (z.B. Wendland gegen Abschiebung)
- Was es braucht ist... Humor – Humor – Humor – und einen „EKKI“. Ekki war der Name einer Person in einem Projekt, der sich letztlich immer darum gekümmert hat, dass Räume geöffnet und geschlossen werden, alles funktioniert etc. ein Kümmerer mit Hausmeisterqualitäten.
- Übersetzt heißt dieses, das Ehrenamt braucht auch ein Hauptamt!

Kultur in ländlichen Räumen: „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“

Beitrag von Harriet Volker

Wie lassen sich Kultureinrichtungen in ländlichen Räumen und Kleinstädten so weiterentwickeln, dass sie als zentrale Kulturorte genutzt werden? Und wie können attraktive mobile Kulturangebote für die Fläche gestaltet werden, um den Themen und Interessen der Menschen vor Ort gerecht zu werden?

Das Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“, eine Initiative der Kulturstiftung des Bundes, unterstützt von 2016 bis 2020 sechs modellhafte Transformationsvorhaben in den Regionen Oderbruch, Südniedersachsen, in der Saarpfalz und auf der Schwäbischen Alb. Beteiligt sind Theater, Stadtbibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen, Regional- und Freilichtmuseen, Besucherbergwerke, ein Kulturzentrum sowie ein Kunst- und ein Opernfestival. Die beteiligten lokalen und regionalen Kultureinrichtungen übernehmen verstärkt Verantwortung für das Kulturleben ihrer Region. Hierfür lassen sie sich im Rahmen des TRAFO-Programms auf eine strukturelle Veränderung ein und erproben neue Angebote, Vermittlungsformate und Beteiligungsmöglichkeiten. Für das Programm stellt die Kulturstiftung des Bundes insgesamt 13,5 Mio. Euro bereit. Die beteiligten Ministerien, Landkreise und Kommunen kofinanzieren das Programm mit zehn Prozent und stellen Mitarbeiter*innen der Kommunal- oder Kreisverwaltung frei.

Im Rahmen von TRAFO zeigen die beteiligten Kultureinrichtungen zwei Wege auf, ihre Häuser weiterzuentwickeln:

1. Weiterentwicklung der Kultureinrichtung zu einem lebendigen Kultur- und Begegnungsort für die Stadt und die Region
2. Entwicklung mobiler Kulturangeboten für die Fläche, die mit den Menschen und zu ihren Themen vor Ort umgesetzt werden

Dabei gilt es, Antworten auf folgende Fragen zu geben: Wie können sich Kultureinrichtungen in ländlichen Räumen angesichts des demografischen Wandels neu aufstellen? Was brauchen sie dafür? Mit welchen Herausforderungen sind beispielsweise Theater, Museen oder Bibliotheken jenseits der Metropolen konfrontiert? Wie können insbesondere Einrichtungen, die zumeist von älteren Menschen geführt werden, wieder für die Jüngeren attraktiv werden? Und wie schaffen es Kultureinrichtungen, dass sich die Menschen vor Ort mit ihren sehr heterogenen Interessen und Hintergründen stärker mit ihren Kulturorten identifizieren, sie besuchen und nutzen?

Initiierung von Transformationsprozessen

Im Rahmen ihres Transformationsprozesses setzen die beteiligten Kultureinrichtungen verschiedene Maßnahmen um. Dazu gehören u.a.:

- Entwicklung spartenübergreifender Angebote in Kooperation und in Partnerschaften mit weiteren Akteuren der Region
- Erarbeitung neuer Vermittlungsformate für weitere Zielgruppen
- Aufbau von neuen Arbeitsformen, u.a. unter Einbeziehung von Künstlern
- Aufbau von Austauschplattformen, um gemeinsam mit Politik, Kulturakteuren, Interessierten ein gemeinsames Verständnis über die Zukunft der Kultureinrichtungen in der Region zu verhandeln.

Entwicklung künstlerischer Projekte für den ländlichen Raum

Das Thema „Interkultur“ spielt in vielen Kultureinrichtungen, die am TRAFO-Programm beteiligt sind, eine wichtige Rolle. Im Rahmen ihrer Transformationsprozesse werden daher immer wieder Antworten auf die Fragen gesucht, wie Themen, die die Menschen in den Regionen bewegen, aufgenommen werden können und in ein diversitätsoffenes kulturelles Angebot überführt werden kann.

Das Landestheater Tübingen (LTT) beispielsweise entwickelt in seiner „THEATERWERKSTATT SCHWÄBISCHE ALB“ im Rahmen von TRAFO partizipative Kunstprojekte mit den Menschen vor Ort auf dem Land. Ende 2016 zog ein junges Künstlerteam für die THEATERWERKSTATT nach Winterlingen bei Albstadt. In Kooperation mit der dortigen Kleinkunsthöhle K3 erarbeiteten sie das dokumentarische Stationentheater „Schule der Sehnsüchte“, das sich mit den Themen Heimat, Flucht und Migration befasst. Der Künstlerische Leiter Jeffrey Döring berichtet Franziska Weber vom LTT, wie es zu der Idee kam und was ihn an dem Thema interessierte.

Wie habt ihr diesen Theaterabend vorbereitet?

Jeffrey Döring: Bei unserer Recherche wussten wir, dass es thematisch um das Verhältnis zur eigenen Heimat gehen soll, gerade bei Menschen, die ihre ursprüngliche Heimat verlassen haben. Muss ich Heimat ganz neu denken, wenn ich unterwegs bin? Dazu haben wir mit Leuten gesprochen, von denen wir wussten, dass sie Migrations- oder Fluchterfahrung haben – nicht nur aktuelle, sondern auch weit zurückliegende.

Was hat dich dabei am meisten interessiert?

Jeffrey Döring: Vor allem der Moment, an dem die Berichterstattung über die eigentliche Flucht aufhört. Oft erzählt man von dem Weg, der entbehrungsreich

ist und mit menschlichen Katastrophen zu tun hat. Das war mir eine zu voyeuristische Schau auf die Wunde von Menschen. Mich hat interessiert: Was passiert, wenn die Leute in diesem Ort angekommen sind, fremd sind und sich dann irgendwie einfinden müssen. Welche Techniken entwickeln sie?

Wie bist du dann auf die Idee der „Schule“ gekommen?

Jeffrey Döring: Ich habe mich gefragt, wie man die Technik der Heimatfindung erlernt. In unserer Gesellschaft herrscht die Einstellung, wir müssen den Geflüchteten etwas beibringen, unsere Sprache und Kultur, unsere Werte – und sie müssen in die unterlegene Haltung des Lernenden gehen. Wir haben das umgedreht: Die, die sonst die Lernenden sind, sind dieses Mal die Lehrenden und erzählen dem Publikum, wie sie sich eine neue Heimat angeeignet haben.

Was ist für dich als Regisseur das Besondere an dem Projekt?

Jeffrey Döring: Die Arbeitsweise ist ganz anders als man sie von klassischen Bühnenformaten kennt. Die meisten Mitwirkenden sind keine professionellen Schauspieler und wir entwickeln auch keine Rollen oder arbeiten mit einem fertigen Stücktext, sondern haben Menschen aus Winterlingen und Harthausen eingeladen, aus ihren Biografien zu erzählen und als sie selbst aufzutreten. Die Expertinnen und Experten, wie wir sie nennen, können sich also nicht hinter einer Maske verstecken und teilen auch schmerzliche Erfahrungen mit dem Publikum. Für meine Arbeit bedeutet das, dass die Arbeitsebene und die persönliche Ebene manchmal verschwimmen, was anstrengend sein kann, aber auch sehr schön. Für die Zusammenarbeit ist ein intensiver Austausch jedenfalls sehr wichtig, um ein Vertrauensverhältnis zu schaffen. Und ich glaube, dadurch lerne ich persönlich viel mehr als bei anderen Theaterprojekten.

Was erwartet die Zuschauer*innen?

Jeffrey Döring: Die „Schule der Sehnsüchte“ ist ein Stationentheater: Das Publikum geht wie eine Schulkasse von einem Raum zum nächsten und in jedem Klassenzimmer trifft es auf eine andere Person aus Winterlingen, die ihre Geschichte erzählt. Da ist zum Beispiel ein Mann, der Uhren repariert und dabei berichtet, wie er als Kind aus der DDR geflohen ist. Oder ein Familienvater, der gemeinsam mit dem Publikum traditionelles syrisches Brot backen wird. Wir haben die Räume jeweils passend zu den einzelnen Geschichten gestaltet. Es gibt zum Beispiel eine Frau, die den Harthäuser Himmel sehr liebt und da haben wir beschlossen, diesen Himmel in den Klassenraum zu holen. Es werden also 400 Luftballons an der Decke schweben und mit

blauem Licht erleuchtet sein. Auch ein Sprechchor Jugendlicher ist mit dabei. Und der Chor cantus juvenis begleitet den Abend musikalisch. Leider können nicht alle Einzelszenen in einer Tour erlebt werden – wenn man allen Heimatexperten und -expertinnen begegnen will, lohnt es sich, ein zweites Mal zu kommen.

Warum sollte man die „Schule der Sehnsüchte“ unbedingt besuchen?

Jeffrey Döring: Es geht um Geschichten, die die Leute sich sonst nicht unbedingt erzählen. Und vielleicht wird man auch feststellen, dass man mit der eigenen Reibung an der Heimat nicht allein ist. Ich glaube, Heimat ist nicht so einfach und nicht immer wohlig. Und es geht um Gemeinschaft – man hat die Möglichkeit, in Kontakt zu kommen und sich auszutauschen und ich glaube, das ist sehr wichtig. Ich möchte zeigen, dass es nicht darum geht, sich einzueignen, sondern sich offen zu zeigen für neue Impulse und darin eine Heimat zu finden.

Fazit / Handlungsempfehlungen für interkulturelle Kulturarbeit im ländlichen Raum

Handlungsempfehlungen für interkulturelle Kulturarbeit im ländlichen Raum aus der Sicht von TRAFO:

- Voraussetzung für die Nachhaltigkeit (inter-)kultureller Kulturarbeit und gesellschaftliche Relevanz ist die Unterstützung durch eine Allianz aus Verwaltung, Politik und Kulturakteure.
- Ländlich geprägte Gegenden haben den Vorteil der räumlichen Überschaubarkeit und der sozialen Nähe. Kultureinrichtungen in ländlichen Räumen können daher soziale Orte des Austauschs schaffen, wie z.B. Erzählcafés, partizipative theatrale Aufarbeitung von Themen. Dies gelingt am besten, wenn die jeweiligen Kultureinrichtungen ihre Sparten Grenzen verlassen.
- Kultureinrichtungen müssen darin bestärkt werden, gesellschaftliche Veränderungsprozesse aktiv in den Blick zu nehmen und mit den Menschen vor Ort zu verhandeln. Sie sollten nicht nur „Wallfahrtsort für Vergangenes“, sondern Orte der Verhandlung von Vergangenheit und Zukunft sein, wie z.B. das Landestheater Tübingen, das Angebote für die Fläche partizipativ gestaltet.
- Künstlerische Interventionen geben neue Impulse in notwenige Öffnungs- und Veränderungsprozesse von Kultureinrichtungen. Sie sind auch ein wichtiger Spiegel für die bereits geleistete Arbeit und ermöglichen neue Sichtweisen auf eingefahrene Strukturen und Angebote.

FACHFORUM 3

Blick zurück nach vorn.
Für eine neue Erinnerungskultur im Migrationsdiskurs.

PAT*INNEN:

Franz Kröger, Wiss. Mitarbeiter der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn.

REFERENT*INNEN/AKTEUR*INNEN:

Ulrike Löffler, Projekt Neuausrichtung der NS-Gedenkstättenarbeit, Universität Jena, **Monty Aviel Zeev Ott**, Projektleiter für interkulturellen und interreligiösen Dialog, Liberale Jüdische Gemeinde Hannover, **Adnan Softić**, Künstler, Filmemacher, Theaterregisseur und Autor; Hamburg/Rom, **Siegfried Franz**, Stellvertr. Geschäftsführer der Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma e.V., Hannover, **Annemarie Hühne**, Leiterin des Programms „Migration und Erinnerungskultur“ bei der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (evz), Berlin, **Rainer Ohliger**, Vorstandsmitglied des Netzwerks Migration in Europa, Berlin, **Dr. Bünyamin Werker**, Studienleiter, Akademie für Kulturelle Bildung des Bundes und des Landes NRW, Remscheid, **Franz Kröger**, Wiss. Mitarbeiter der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn.

„Geschichte hat immer auch eine biografische Komponente: Wenn diesen Kontinent etwas eint, dann ist es die Erfahrung von erzwungener Migration. Von den Kolonisten des Feudalismus über die Vertriebenen der Weltkriege, den „Gastarbeiter-Strömen“ der 1960er Jahre, bis hin zu den Bürgerkriegsflüchtlingen sind Zu- und Abwanderungen Teil der europäischen Geschichte. Dieses kollektive Gedächtnis gilt es im aktuellen migrationspolitischen Diskurs aber auch im interkulturellen Alltag zu erschließen. Dabei kann es nicht darum gehen, lediglich historische Erfahrungen zu reproduzieren. Vielmehr soll die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte den Verständigungsprozess einer kulturell zunehmend diversen Gesellschaft befördern. Zugleich wird die Frage der Auswahl von existenziellen Inhalten, von „deutschen Narrativen“, evident. Was gehört zur unverzichtbaren Erinnerungskultur Deutschlands, und welche neuen Inhalte müssten dazu kommen? Schließlich: Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Kunst und Kultur als Transmissionsriemen für das kulturelle Erbe?“

So umschrieb der Ankündigungstext auf der Kongress-Internetseite Ausgangspunkt und Leitfragen des Fachforums 3. Das entsprechende Fachforum setzte dabei konzeptionell auf zwei Ebenen an: einerseits bei den historischen Grundlagen und den gesellschaftlichen Konsequenzen der Zuwanderung im Blick auf das Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland; andererseits bei der Erfahrung von Verlust, Ausgrenzung und Neuanfang, die als kollektive Erinnerung nutzbar gemacht werden könnte. Ziel ist letztlich die Herstellung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses, der offen für Veränderung ist, ohne dabei essentielle Grundlagen eines friedlichen Miteinanders infrage zu stellen.

Unter der Moderation von Ulrike Löffler, Doktorandin im Projekt „Neuausrichtung der NS-Gedenkstättenarbeit“ an der Universität Jena, ging es zunächst um die Überprüfung und Präzisierung der Ausgangsthese von der mehr oder weniger universellen neuzeitlichen Migrationserfahrung in Europa. Schnell zeigten sich dabei

widersprüchliche historische Erkenntnisse und, darauf aufbauend, unterschiedliche Interpretationsansätze, die – zusammengefasst in vier Leitsätzen – die folgenden Statements und Diskussionen prägten:

- Migration ist nicht Teil eines gemeinsamen europäischen kollektiven Gedächtnisses. Die historische Erfahrung von Verlust und Vertreibung, Krieg und Gewalt trennt eher, als dass sie ein Gefühl der Zugehörigkeit begünstigt. Es kommt daher darauf an, sich der Differenzen bewusst zu sein, ohne die europäische Vision einer demokratischen Staatengemeinschaft von Einheit in der Vielfalt aus den Augen zu verlieren.
- Vor diesem Hintergrund wird die Frage nach dem historischen Subjekt relevant. Wer konstruiert die Migrationsgeschichte, und wer definiert ihre Erfolge und Niederlagen? Und welche Rolle spielen dabei nationale Loyalitäten und ethnische Affinitäten, welche spielen Opfer und Täter*innen im Migrationsdiskurs?
- Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die organisierte Judenvernichtung ist konstitutives Element des staatlichen Neuanfangs in Deutschland nach 1945. Doch wie vermittelt man Erinnerung an die „nachgeborene“ Generation? Wie die damit zusammenhängende Staatsraison in der Zuwanderungsgesellschaft?
- Es braucht neue Orte der Erinnerung und Vermittlung an/von Geschichte. Wieso gibt es in Deutschland Museen, die sich mit Auswanderung beschäftigen, aber keines, das sich der Frage der Einwanderung stellt? Gehört nicht beides zusammen in einem Staat, der bereits seit Jahrhunderten als europäisches Transitland fungiert?

Der folgende Beitrag von Rainer Ohliger, Vorstandsmitglied des „Netzwerks Migration in Europa“, griff diese Leitideen auf und versuchte eine erste empirische Fundierung. Schnell wurde dabei deutlich, wie vielschichtig sich die Konstituierungsbedingungen von Erinnerungskultur im Migrationsdiskurs gestalten.

Grenzen der jüdischen Erinnerungskultur*

Monty Aviel Zeev Ott, Projektleiter für interkulturellen und interreligiösen Dialog in der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R.

Angesichts der Auflösung des sogenannten »Ostblocks« Ende der 1980er Jahre standen die jüdischen Gemeinden in Deutschland vor einer historisch einmaligen Herausforderung. Sie hatten die Aufgabe bekommen, eine Mehrheit von 80 Prozent in eine Minderheit von 20 Prozent zu integrieren. Bis heute wird die jüdische Community in Deutschland durch diesen Prozess geprägt, und bis heute wirkt sich diese Entwicklung auf das Selbstverständnis der in Deutschland lebenden Jüd*Innen aus.

Wie kam es zu dieser Situation? Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach dem industriellen Massenmord an Europas Jüd*Innen durch Deutschland, sah es nicht so aus, als würde sich das einst so vielfältige jüdische Leben in Deutschland und Europa jemals wieder erholen können. Von den einst 500.000 Jüd*Innen in Deutschland lebten zählten Jüdische Gemeinden 1950 (bei der Gründung des Zentralrats der Juden in Deutschland) nur ca. 15.000 Gemeindemitglieder. Während die Zahl sich in den darauffolgenden 40 Jahren zwar fast verdoppeln sollte, tauchte ein anderes Problem auf. Das Durchschnittsalter in den Gemeinden stieg immer weiter nach oben. Zweifelsohne, die jüdische Community musste sich in diesen Jahren immer wieder damit auseinandersetzen, dass, sollte es keinen enormen Zugang geben, die Gemeinschaft vor ihrem Ausstand. Diese Bedrohung wurde dadurch ergänzt, dass Jüd*Innen in Deutschland über Jahrzehnte auf den sprichwörtlich gepackten Koffern saßen.¹

Mit dem Untergang der Sowjetunion wurden die Karten neu gemischt. Die Bundesrepublik Deutschland bot Jüd*Innen aus den ehemaligen GUS-Staaten an, nach Deutschland zu kommen, um hier ohne staatliche Repressionen, die sie dort als Jüd*Innen erleiden mussten, zu leben. Viele entschieden sich, gerade mit dem Blick auf eine bessere Zukunft für ihre Kinder, das Angebot anzunehmen. Dieser Zuzug führte erst zu einem sprunghaften Anstieg der Mitgliedszahlen jüdischer Gemeinden (1990: 29.089; 2016: 98.594²), ebte allerdings im Jahr 2006 drastisch ab. In die offizielle Statistik wurden aufgrund der strengen Aufnahmepolitik jüdischer Gemeinden allerdings nur jene aufgenommen, die nachweislich jüdisch waren.

Über die offizielle Statistik der „Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)“ hinaus, leben schätzungsweise zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Deutschland, die zumindest teilweise einen jüdischen Hintergrund haben oder mit Juden verheiratet sind. Von denjenigen, die zwischen 1991 und 2009 nach Deutschland gekommen sind, hatte nur ein kleiner Teil eine profunde Kenntnis der jüdischen Religion, Kultur und Geschichte. An den Menschen, die in diesem Zeitraum nach Deutschland kamen, zeigte sich im Besonderen, dass jüdische Religion und jüdische Identität nicht fest miteinander verwoben sind. Selbst unter denjenigen, die keine Kenntnisse in religiösen Dingen vorweisen konnten, gab es viele, die einen starken Bezug zur jüdischen Gemeinschaft hatten.

Die jüdischen Gemeinden wurden zu jener Zeit besonders verpflichtet. Sie halfen ihren Mitgliedern bei der Wohnungssuche, der Berufsausbildung oder unterstützten sie finanziell. Neben diesen Unternehmungen, die zum Ziel hatten, die Neuankömmlinge an die deutschen Lebensverhältnisse anzupassen, wollten die Gemeinden ebenfalls den Kontakt zur religiösen und kulturellen Tradition und den jüdischen Wurzeln vermitteln. Die durch die deutsche Regierung und die jüdischen Gemeinden gewünschten, zumeist komplexen und widersprüchlichen, „Akkulturationsprozesse“ stellten die Neuankömmlinge vor zusätzliche Identitätsprobleme.³

Inzwischen findet seit knappen 26 Jahren gelebte Transkulturalität in jüdischen Gemeinden statt. Das kulminiert insbesondere in der immer wiederkehrenden Situation beim Kiddusch. Bei diesem Festessen zu Ehren des Shabbats sitzt die gesamte Gemeinde beisammen, isst und trinkt gemeinsam. In der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R. kommen hierbei Menschen aus 16 verschiedenen Nationen an den Tisch. Die Gegenwart der jüdischen Community in Deutschland besteht daraus, zu eruieren, wie diese Transkulturalität sich in der zukünftigen deutsch-jüdischen Identität niederschlagen wird.

Dabei wird insbesondere eine erinnerungspolitische Frage an Gewicht gewinnen: Welche Rolle wird die Shoa in der Identität kommender deutsch-jüdischer Generationen einnehmen? In der dritten Generation ist das Ereignis noch sehr nah, es ist noch Gegenwart. Doch die Zeitzeugen versterben. Gerade in dieser Übergangssituation wird es umso wichtiger zu debattieren, wie dieser tiefe Einschnitt in das jüdische Leben sich auf die Konstitution jüdischer Identitäten auswirkt. Einerseits kann die Shoa nicht einer der Hauptbausteine für eine positiv besetzte jüdische Identität sein, andererseits ist sie trotzdem ein unverrückbares Element des kollektiven jüdischen Gedächtnisses. In Deutschland ist dieses singuläre Verbrechen in der Geschichte der Menschheit Teil des nationalen Narrativs.

Daraus wiederum ergeben sich besondere Implikationen: Im öffentlichen Diskurs tauchen immer wieder Termini wie „Kapitulation“⁴, „Stunde Null“⁵ und „Befreiung“⁶ auf, welche andeuten, dass es keine gesellschaftlichen Kontinuitäten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Ende des nationalsozialistischen Unrechtsregimes geben würde. Doch seit Martin Walsers berühmter Paulskirchen-Rede hat die sog. Schlussstrichdebatte, also der sekundäre Antisemitismus, seine Salonfähigkeit in Deutschland zurück-

gewonnen. Trotz der viel beschriebenen „Stunde Null“, setzte sich die Jüd*Innenfeindschaft in der deutschen Gesellschaft fort.

In den letzten Jahren zeigte sich besonders erschreckend, zu welchen Auswüchsen der moderne Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft fähig ist (siehe Beschneidungsdebatte 2012, Gaza-Proteste 2014). Charlotte Knobloch stellte fest, dass die Koffer ausgepackt sind. Jüd*Innen sind ein Teil der deutschen Gesellschaft, und dieser Platz wird selbstbewusst behauptet. Dennoch bewegt sich die deutsch-jüdische Community weiterhin in einem Findungsprozess. Die Diversität in unseren Gemeinden und jüdischer Identitäten ist ein wichtiger Katalysator für diesen Prozess.

*Der vorliegende Beitrag enthält Auszüge der bis dato noch nicht veröffentlichten Masterarbeit „Grenzen der Erinnerungskultur im interreligiösen Vergleich“.

¹Vgl. Spiegel Online: Juden sitzen nicht auf gepackten Koffern, online verfügbar: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/knobloch-juden-sitzen-nicht-auf-gepackten-koffern-a-97153.html>.

²Anm.: Trotz des starken Zuzugs von Jüd*innen aus den ehemaligen GUS-Staaten seit 1991 ist die Mitgliederstatistik jüdischer Gemeinden, seit der Neuformulierung des sog. Kontingentflüchtlingsgesetzes im Jahr 2006, rückläufig. So sank die Zahl der Gemeindemitglieder von 2015 zu 2016 um 1.101, während sie seit dem Jahr 2006 (dem bisherigen Klimax seit 1945) sogar einen Gesamtrückgang von 9.200 verzeichnen musste. Vgl. Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland: Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland für das Jahr 2016 (Auszug), online verfügbar: http://zwst.org/cms/documents/178/de_DE/Mitgliederstatistik-2016-kurz.pdf.

Sobotka, Heide: Natürlicher Rückgang, online verfügbar: <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/28453>.

³Vgl. Lowenstein, Steven: Religion und Identität, in: Liedtke, Rainer/Schüler-Springorum, Stefanie (Hg.): Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte, S. 148f. Paderborn 2012.

⁴Vgl.: Dennis, Mike; Steinert, Johannes-Dieter: Deutschland 1945-1990: Von der bedingungslosen Kapitulation zur Vereinigung. Schwalbach am Taunus 2005.

⁵Vgl.: Berndorf, Hans R.; Tüngel, Richard: Stunde Null. Deutschland unter den Besatzungsmächten. Berlin 2004.

⁶Vgl.: Süß, Peter: 1945: Befreiung und Zusammenbruch. München 2005.

Das Programm „Migration und Erinnerungskultur“

Annemarie Hühne, Programmleiterin / Teamleiterin Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ)

In Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischen Unrechts setzt sich die Stiftung EVZ für die Stärkung der Menschenrechte und für Völkerverständigung ein. Sie engagiert sich weiterhin auch für die Überlebenden. Die Stiftung EVZ ist damit Ausdruck der fortbestehenden politischen und moralischen Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für das nationalsozialistische Unrecht. Die Stiftung EVZ fördert nationale und internationale Projekte in folgenden Bereichen:

- Auseinandersetzung mit der Geschichte
- Handeln für Menschenrechte
- Engagement für die Opfer des Nationalsozialismus

Förderprogramm „Migration und Erinnerungskultur“

Neben dem Ziel, die Geschichte der NS-Zwangsarbeit in der deutschen und europäischen Erinnerungskultur zu verankern, leistet die Stiftung auch einen Beitrag zur Entwicklung einer inklusiven Erinnerungskultur in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Zudem bringt sie die exemplarische Aufarbeitung von Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts in den internationalen Erfahrungsaustausch ein.

Die Gesellschaft in Deutschland steht vor vielfältigen Herausforderungen in einer Welt, die von Globalisierung und Migration geprägt ist. Menschen, die nach Deutschland kommen, bringen eigene Erfahrungen und Geschichten mit, die wir in die Debatte über Erinnerungskultur einbringen wollen. Es bewegt uns vor allem die Frage, wie die Verbrechen des Nationalsozialismus zukünftig im kollektiven Gedächtnis verankert sein werden, und wie die Erinnerungskultur in Deutschland gestaltet wird. Aus vielfältigen Zugehörigkeiten ergeben sich auch neue Perspektiven auf die Geschichte des Nationalsozialismus, wobei migrationsgeschichtliche, verflechtungshistorische und transnationale Zugänge an Bedeutung gewinnen. Seit einigen Jahren entstehen Bildungsangebote mit und für Menschen mit Flucht- und/oder Migrationserfahrungen, die transnationale Fragestellungen und vielfältige Geschichtsnarrative aufgreifen und damit die Erinnerungskultur in Deutschland erweitern. Ziel ist eine plurale und offene Erinnerungskultur, in der Geschichten und Perspektiven aller Menschen, die in Deutschland leben ernst genommen werden und Teil eines demokratischen Aushandlungsprozesses sind.

Das Förderprogramm wird stetig weiterentwickelt. In diesem Prozess der Entwicklung ist es uns wichtig, Ideen mit externen Expert*innen und Multiplikator*innen zu diskutieren, deren Empfehlungen für kommende Förderungen einzubeziehen und auch ganz konkret umsetzen.

Beginn des Programms war die Entwicklung von Online-Bildungsmaterialien mit dem verflechtungsgeschichtlichen Ansatz: In diesem Bereich hat im März 2016 ein Projekt der Uni Hamburg begonnen, das sich aus verflechtungsgeschichtlicher Perspektive mit Rassismen in Kolonialismus und Nationalsozialismus befasst. Jetzt im April begann ein Projekt des Vereins „erinnern.at“, dass die Verflechtung der deutschen/ österreichischen Geschichte mit dem jüdisch-arabischen Nahen Osten betrachtet und ebenfalls ein Bildungsmaterial dazu erstellt. Es ist zudem ein Material zur Verflechtung der deutschen Geschichte mit der Geschichte des Osmanischen Reiches bzw. der Türkei in der ersten Hälfte des 20. Jh. geplant.

Die aktuelle Förderlinie im Programm möchte Träger der historisch-politischen Bildung darin stärken, Zielgruppen, die bisher wenig Zugang zur Erinnerungskultur in Deutschland haben, im Sinne von Inklusion, aktiv einzubeziehen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen. Menschen mit Migrations- bzw. Fluchterfahrungen sollen gestärkt werden, sich gemeinsam mit Menschen, die hier geboren sind, im Bereich der historischpolitischen Bildung zu engagieren und ihre Perspektiven in die Erinnerungskultur insbesondere auf die Geschichte des Nationalsozialismus einzubringen.

Ziel der Ausschreibung „Projekte zur Ausbildung von Multiplikator*innen in der historischen Bildung“ ist es Menschen inhaltlich und didaktisch für die Bildungsarbeit zu qualifizieren, selbständig neue Workshop-Angebote zu entwickeln und mit Besuchsgruppen zu arbeiten. Dazu erfolgte im Herbst / Winter eine Ausschreibung, die eine große Resonanz hervorbrachte. Die Projekte beginnen dieses Jahr im Sommer.

Weitere Informationen zur Stiftung und dem Programm finden Sie unter

www.stiftung-evz.de

FACHFORUM 4

Ablehnung und Vorurteile überwinden.
Handlungsansätze in einer vielfältigen Gesellschaft.

PATE:

Jürgen Markwirth, Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg.

REFERENT*INNEN/AKTEUR*INNEN:

Daniela Krause, Diplom Soziologin, Thomas Müller, Kommunikationswissenschaftler, Golschan Ahmad Haschemi, Kulturwissenschaftlerin & Performerin, Ratschlag Kulturelle Vielfalt, Kurt Faller, MEDIUS GmbH, Sprecher Bochumer Aufruf, Kübra Gümüşay, Journalistin, Bloggerin und Netz-Aktivistin, Thomas Heppener, Leiter Referatsgruppe "Demokratie und Vielfalt" im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Cacau, Integrationsbeauftragter Deutscher Fußball-Bund.

Während die einen die Vielfalt unserer Gesellschaft schätzen und unabhängig von Herkunft oder Abstammung gemeinsam an der Zukunft arbeiten, haben aktuelle Untersuchungen und Wahlerfolge politischer Kräfte, die gesellschaftliche Vielfalt ablehnen, in den letzten Jahren gezeigt, wie verbreitet Ablehnung, Rassismus und Vorurteile gegenüber „anderen“ sind. „Rassismus und Vorurteilen entgegentreten“ ist auch eine der vom „Bundesweiten Ratschlag Kulturelle Vielfalt“ entwickelten „Impulse zur kulturellen Vielfalt“ betitelt. Das Fachforum hatte es sich vor diesem Hintergrund zur Aufgabe gemacht, auf Basis aktueller Forschungsergebnisse, erfolgreicher Praxisansätze und Erfahrungen der Forumsteilnehmer*innen den Austausch darüber anzuregen, wie Rassismus und Vorurteile überwunden werden können und gesellschaftliche Vielfalt gestärkt werden kann.

Daniela Krause, wissenschaftliche Mitarbeiterin am „Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)“ an der Universität Bielefeld, Koordinatorin der „Mitte-Studie“ der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ und Mitautorin der dazu gehörigen Publikation¹, stellte eingangs das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)“ vor, das von einer einzelne Dimensionen überwölbenden übergreifenden Überzeugung der Ungleichwertigkeit bestimmter Personen-Gruppen ausgeht. Insgesamt war die Verbreitung von GMF im Vergleich zu 2014 stabil, was aber angesichts der hohen Ausgangslage kein Grund zur Beruhigung darstellt: So stimmten 34,7 Prozent der Befragten der Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ „voll und ganz zu“ oder „eher zu“. Genau so viel vollständige oder tendenzielle Zustimmung fand der Satz „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Festgestellt wurde im Vergleich zur Vorstudie eine verstärkte Polarisierung zwischen extremer Zustimmung oder Ablehnung von Vorurteilen. Auch nahm die Zustimmung zu subtiler formulierten Vorurteilen zu. Personen mit unterem und mittlerem Einkommen und geringerer bis mittlerer Bildung waren weiterhin anfälliger für menschenfeindliche Haltungen. Problematisiert wurde die Zunahme der Gewaltbereitschaft und des generellen

Misstrauens gegenüber der Demokratie in einer kleineren, protestbereiten Gruppe und die starke Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen unter den Sympathisant*innen und Wähler*innen der AfD. Ein wichtiger Hinweis von Krause bezüglich des Umgangs mit den Ergebnissen war, bei geplanten Interventionen auch ältere Menschen in den Blick zu nehmen um die Weitergabe von Vorurteilshaltungen über Generationen hinweg zu unterbrechen.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, das an den Phänomenen der GMF ansetzt und entsprechende Strukturen, Projekte und Materialien fördert (u.a. den Bundesfachkongress Interkultur), und weitere Handlungsansätze des Ministeriums wurden vom zuständigen Referatsleiter im „Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“, Thomas Heppener, erläutert. In der Diskussion betonte Heppener die Notwendigkeit des geplanten „Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus“ (der mittlerweile im Juni 2017 von der Bundesregierung beschlossen wurde).

Thomas Müller, beim „Amt für Kultur und Freizeit“ der Stadt Nürnberg für die Koordination des „Integrationsprogramms“ der Stadt zuständig, stellte die Kampagne „Nürnberg ist bunt“ vor, die sich an der international viel beachteten „Anti Rumour Campaign“ der Stadt Barcelona orientiert und auf Basis einer umfangreichen Beschäftigung mit den Ergebnissen der Vorurteilsforschung konzipiert wurde. Zentrales Element ist die Ausbildung sogenannter „Botschafter*innen für Vielfalt“, die in die Lage versetzt werden sollen, in ihrem Umfeld auf Vorurteile adäquat reagieren zu können. Dazu wurden entsprechende Curricula und Materialien entwickelt. Ergänzend dazu wurden verschiedene Workshop-Angebote für die Arbeit mit Schulklassen, sowie Sensibilisierungs- und Begegnungsangebote konzipiert. Besonders betonte Müller die Gefahr, Vorurteile dadurch zu verstärken, dass sie zum Zweck der Widerlegung wiederholt werden.

Die Publizistin und Bloggerin Kübra Gümüşay wies in ihrem Vortrag zunächst darauf hin, dass sich Menschen, die mit Vorurteilen konfrontiert werden, dessen oft gar

nicht bewusst sind und es deshalb wichtig ist, mit anderen über Erlebtes zu sprechen, um es einordnen zu können. Strategie rechter Politik sei das ständige Wiederholen von Inhalten und Beklagen angeblicher Tabus. Damit beeinflusse sie den gesellschaftlichen Diskurs, der darauf reagiert und damit auf die kalkulierte Provokation hereinfällt. Sie plädierte deshalb dafür, wieder verstärkt eigene Narrative zu propagieren statt nur auf die Zumutungen anderer zu reagieren. Eine wichtige Rolle habe dabei Kunst und Kultur, die Haltung zeigt („Keine Unterhaltung ohne Haltung!“). Es gehe darum der Vielschichtigkeit der Gesellschaft Ausdruck zu verleihen, plurale Geschichten zu erzählen. Das Internet habe das früher verborgene hässliche Gesicht der Gesellschaft an die Oberfläche gebracht und verbreitet, soziale Medien bilden den Nährboden für eine eindimensionale, verzerrte Sicht auf gesellschaftliche Realitäten. Organisierte Kommentare in Foren vermittelten den Eindruck, sie gäben die Mehrheitsmeinung wieder und veränderten damit Wahrnehmung. Soziale Medien seien aber auch ein effektives Mittel, gegen Vorurteile anzugehen und eigene Themen zu setzen. Etliche der von der Referentin propagierten Hashtags wie #SchauHin gegen Alltagsrassismus oder #OrganisierteLiebe sind dafür eindrucksvolle Belege.

Claudemir Jeronimo Barreto alias Cacau, 23-facher deutscher Fußballnationalspieler und seit 2016 Integrationsbeauftragter des Deutschen Fußballbundes, stellte unter anderem die verschiedenen Ansätze des DFB bezüglich der Bekämpfung von Vorurteilen und Rassismus vor. Auch wenn er sich persönlich nie mit Rassismus konfrontiert sah, weiß er um die Brisanz des Themas. Das Gespräch und die Diskussion mit Cacau zeigte, dass der Sport vor denselben Herausforderungen steht wie die Gesellschaft insgesamt. Obschon jedes 5. Mitglied des DFB Migrationshintergrund hat, findet das auf der Ebene von Trainer*innen, Jugendleiter*innen oder Schiedsrichter*innen bislang nicht den notwendigen Niederschlag. Hier seien Initiativen gefragt. Auch im Sport ist es wichtig, dass sich Mandatsträger*innen und Meinungsführer*innen klar positionieren, der DFB hat diesbezüglich zahlreiche Kampagnen entwickelt. Als wichtig wurde auch benannt, dass engagiertes Handeln durch Preise u.ä. ausgezeichnet und gefördert wird. Auch die wichtige Rolle von Vorbildern – als das sich auch Cacau selbst versteht – wurde betont.

Golsan Ahmad Haschemi, Kulturwissenschaftlerin und Bildungsreferentin im Projekt „ju:an – Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit“ der „Amadeu Antonio Stiftung“, skizzierte die Arbeit ihres Projekts. „ju:an“ unterstützt Fachkräfte in der Offenen Jugendarbeit, die oft mit Beschimpfungen und verallgemeinernden Aussagen über bestimmte Gruppen konfrontiert sind, mit Konzepten. Beratung,

Fortbildung und Materialien. Sie sollen dafür qualifiziert werden, Antisemitismus und Rassismus pädagogisch zu begegnen: „Deradikalisierung beginnt im Jugendclub. Mit einem klaren Zeichen gegen allen Arten von –ismen“ (ju:an homepage). Das Projekt will auch entsprechende Fachnetzwerke aufbauen.

Ausgehend davon, dass eine vielfältige Gesellschaft kein konfliktfreier Raum ist und sein kann, es deshalb um die Entwicklung von Streitkultur und Aushandlungsprozessen geht, setzt das von dem Mediator Kurt Faller (Geschäftsführender Gesellschafter der MEDIUS GmbH Konfliktmanagement und Organisationsentwicklung) vorgestellte Projekt „Kommunales Konfliktmanagement fördern“ darauf, die in der Konfliktbearbeitung bewährte Rolle der Mediation als „dritter Partei“ für Konflikte in vielfältigen Stadtgesellschaften zu schärfen, geeignete Maßnahmen zu entwickeln und damit insgesamt den Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft zu stärken. Das Modellprojekt ist erstes Ergebnis des von Faller maßgeblich initiierten „Bochumer Appells“ zur Mediation. Bei dem von der „Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKI) in NRW“ durchgeführten Projekt sollen in 2 Jahren Schlüsselpersonen aus 16 Kommunen entsprechend qualifiziert werden und auf den Erfahrungen aufbauend ein NRW-weites Netzwerk entstehen.

Zu den im Verlauf des Forums aus dem Kreis der Teilnehmer*innen angesprochenen Themen gehörte die Forderung nach einem sensibleren Umgang mit Sprache, auch auf diesem Bundesfachkongress. Es wurde darauf hingewiesen, dass Begriffe einerseits Ausdruck vorhandener gesellschaftlicher Haltungen sind, andererseits aber auch selbst den Diskurs prägen. Erwähnt wurde der Ansatz des „Politischen Framings“ wie ihn Elisabeth Wehling¹ verfolgt, der zeigt wie über Sprache die Wahrnehmung politischer Fakten beeinflusst wird. Dabei müsste auch die Rolle der Medien bei der Verbreitung verstärkt beleuchtet werden. Gefordert wurde bei der Diskussion um Vorurteile auch eine verstärkte Reflexion von strukturellem Rassismus in unserer Gesellschaft. Diskriminierenden Alltagserfahrungen in öffentlichen Institutionen müsste mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch wiederholt betont, wie wichtig es ist, dass das Personal in öffentlichen Verwaltungen und Institutionen endlich ein Spiegelbild der Bevölkerungsvielfalt wird – ein Zustand, der meist noch in weiter Ferne liegt. Problematisiert wurde, wie sich die oft geforderte „interkulturelle Kompetenz“ des Personals äußert, wie sie gemessen und gegebenenfalls zertifiziert werden kann. Ein weiterer Aspekt in der Diskussion war die Rolle der Bildungsinstitutionen und der verwendeten Unterrichtsmaterialien bei der Verbreitung von Klischees und Vorurteilen.

Herausgearbeitet wurde auch in Anknüpfung an den Beitrag von Kübra Gümüşay, dass sich bei der Beschäftigung mit Rassismus und Vorurteilen der Blickwinkel oft nicht genug auf die Betroffenen richtet. **Golsan Ahmad Haschemi** betonte deshalb in der Diskussion die Notwendigkeit von Empowerment speziell in der Arbeit mit Jugendlichen, aber auch mit Erwachsenen. Dabei müsse jede/r ihre/seine eigene Strategie im Umgang mit Rassismus und Vorurteilen finden. Das Spektrum reicht dabei von „widerständigem“ gesellschaftspolitischem Engagement bis zum „sich davon unbeeindruckt Zeigen“. Wichtig sei auf jeden Fall, dass sich Angehörige der autochthonen Bevölkerung verstärkt ihrer eigenen Privilegierung bewusst sind, nicht Ziel rassistischer Vorurteile zu sein. In der Forumsdiskussion wurde aber auch deutlich, dass Vorurteile kein Privileg von Kreisen der autochthonen Bevölkerung sind, sondern auch unter Menschen mit Migrationshintergrund vorhanden sind. In den abschließenden Kleingruppenrunden wurde unter anderem darüber diskutiert, ob es vielleicht sinnvoller sei nach den Gründen bestimmter Haltungen zu fragen statt gegen Vorurteile zu argumentieren („Offenheit statt Belehrung“). Beklagt wurde, dass bisherige Ansätze nicht ausreichen, um hermetisch geschlossene Auffassungen aufzubrechen. Für künftige Kongresse

gewünscht wurde eine Auseinandersetzung mit Erfahrungen in anderen europäischen Staaten. Die Diskussion im Fachforum machte insgesamt deutlich, dass es zur Überwindung von Vorurteilen, Ablehnung und Rassismus auf den verschiedenen Ebenen klare, längerfristig angelegte Strategien braucht. Punktuelle Maßnahmen greifen zu kurz. Notwendig sind Anerkennung und Stärkung von Zivilcourage und Menschen, die sich für Vielfalt einsetzen, sowie konsequentes Empowerment von Menschen und Gruppen, die Ziel von Vorurteilen und Rassismus sind. Gefordert sind konsequentes Handeln von Institutionen, Verbänden usw. in Bezug auf Rassismus und eine klare Positionierung gegen Diskriminierung und für Vielfalt. Zentrale Bedeutung kommt der verstärkten Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in den verschiedensten Institutionen, insbesondere auch in Leitungsfunktionen zu. Internet und soziale Medien tragen einerseits zur Verbreitung von Vorurteilen und rassistischen Haltungen bei, sie könnten und sollten aber auch verstärkt für deren Bekämpfung genutzt werden. Abschließend anknüpfend an den Beitrag von Kübra Gümüşay im Forum: „Wir dürfen uns die Themen nicht länger von Populisten bestimmen lassen, sondern die Diskurse wieder selbst in die Hand nehmen!“

Links zu den Akteuren und Inputs des Forums:

- <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/www.fes.de/de/gespaltene-mitte-rechtsextreme-einstellungen-2016/>
- www.demokratie-leben.de
- www.nuernberg-ist-bunt.de
- ein-fremdwoerterbuch.com/
- www.dfb.de/vielfaltanti-diskriminierung/integration/integrationsbeauftragter/
- www.projekt-ju-an.de/
- www.medius-gmbh.de
- www.stiftung-mercator.de/de/projekt/kommunales-konfliktmanagement

¹ Vgl. Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause (Hg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn 2016.

² Vgl. Eliabeth Wehling: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln 2016.

INTERVIEW

Jürgen Markwirth im Gespräch mit Cacau

Claudemir Jeronimo Barreto alias **Cacau**, Integrationsbeauftragter des Deutschen Fußball-Bundes (DFB)

J. Markwirth: Wer sich für Fußball interessiert, kennt Sie als ehemaligen Fußballnationalspieler. Seit Herbst 2016 sind Sie der Integrationsbeauftragte des Deutschen Fußballbundes. Im Kontext der Frage „Wie gestalten wir unsere vielfältige Gesellschaft? Wie schaffen wir das Miteinander? Wie arbeiten wir Vorurteilen entgegen?“, spielt auch die Welt des Sports eine wichtige Rolle. Was macht man als Integrationsbeauftragter des Deutschen Fußballbundes?

Cacau: Was kann Fußball für Integration bewirken? Welche Verantwortung hat der Fußball auch dort? Um Antworten darauf zu finden, besuche ich viele Projekte von Fußballvereinen, die sich schon mit Integration und Vielfalt beschäftigen. Wir haben dazu auch vor kurzer Zeit eine Konferenz gehabt, an der viele Vereine und Landesverbände teilgenommen haben. Wir versuchen, diesen Input aufzunehmen, um entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Und natürlich bringe ich auch meine eigenen Erfahrungen. Es gibt auch Hauptamtliche in diesem Bereich, die dann entsprechende Konzepte erarbeiten und versuchen, die guten Ideen auch umzusetzen.

J. Markwirth: Ich habe gelesen, dass jedes fünfte Mitglied im DFB Migrationshintergrund hat. Das entspricht ja insgesamt durchaus der Zusammensetzung der Bevölkerung. In den großen Städten haben wir bei Jugendlichen einen Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund von 50 Prozent und mehr. Beschäftigt Sie auch gerade die Frage der Jugendarbeit im Fußball oder auch des Fußballs jenseits der ersten und zweiten Liga?

Cacau: Ja vor allem. Einige wussten auch nicht, was es bedeutet Integrationsbeauftragter zu sein, und haben gefragt „Was machen Sie, um die Profis zu integrieren?“ (Lachen im Saal). Darum geht es ja gar nicht, sondern vor allem um den Fußball an der Basis, jenseits vom Profifußball, und vor allem im Breitensport und der Jugendarbeit in kleinen Städten. Was sind die Schwierigkeiten eines Vereins in einem Dorf, und was sind die Schwierigkeiten eines Vereins mitten in Berlin? Da ist Jugendarbeit ein ganz wichtiger Schwerpunkt, an dem man ansetzen kann. Fußball ist ein Platz der Begegnung ist. Fußball wird auf der ganzen Welt gespielt. Es sind die gleichen Regeln überall. Deswegen hat der Fußball auch einen gewissen Vorteil für einen ersten Kontakt. Obwohl aber so viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund Fußball spielen, gibt es in Deutschland sehr wenige Menschen mit Migrationshintergrund in anderen Positionen, als Trainer, Jugendleiter oder vor allem auch im Ehrenamt. Das ist auch etwas, woran wir arbeiten. Die große Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die Fußball spielen, muss auch dort zu sehen sein. Es ist auch ein Thema für den DFB, dass bei vielen Mädchen, die gerne Fußball

spielen würden, die Eltern nicht das Vertrauen in den Trainer oder die Verantwortlichen haben. Wenn aber Menschen mit Migrationshintergrund auch dort sind und arbeiten, dann kann das den Kontakt erleichtern.

J. Markwirth: Das ist tatsächlich ein Punkt, an dem die Welt des Sports und der Kultur und der Gesellschaft insgesamt voneinander lernen können. Wir hatten heute Vormittag ja auch die Frage, wie es mit Menschen mit Migrationshintergrund in Ministerien oder Universitäten aussieht. Wir sind in vielen Bereichen weit von der Repräsentanz entfernt, und gleichzeitig ist es wahnsinnig wichtig, dass sich die Bevölkerungsvielfalt überall widerspiegelt, und sich damit auch Wahrnehmungen ändern. Wie wichtig ist jemand wie Sie als Vorbild? Was bekommen Sie diesbezüglich rückgespiegelt?

Cacau: Ich habe viel positives Feedback bekommen, was diese Position und meine Person angeht. Weil man da glaubhaft etwas vermitteln kann, was wichtig ist. Ich kann von „beiden Seiten“ sprechen. Und ich habe auch immer versucht, meine eigenen Erfahrungen weiterzugeben und Menschen zu beeinflussen, weil auch ich einige Vorbilder habe, die für mich sehr wichtig waren und meinen Weg geprägt haben. Deswegen möchte ich auch Vorbild sein – nicht nur für die Kinder, sondern auch für Menschen, die neu nach Deutschland kommen und etwas erreichen wollen. Damit sie sehen, „Okay, wenn er das in seinem Bereich erreicht hat, kann ich das in meinem Bereich auch erreichen“. Ich finde es sehr schön, diese Haltung weiterzugeben. Es gibt noch viele Hürden, das ist in der Tat so, aber es ist möglich. Es ist für mich dabei auch wichtig, auf Augenhöhe miteinander zu sprechen.

J. Markwirth: Wir sehen, dass die Diskussionen, die im Sport oder im Fußball geführt werden, vielfach die gleichen sind, die wir auch anderswo in der Gesellschaft führen. Ein Thema ist dabei auch die Würdigung von Engagement. Auch der DFB macht das. Es gibt verschiedene Preise: den „DFB-Integrationspreis“ oder den „Julius Hirsch Preis“.

Cacau: Ich war erst vor kurzem in Düsseldorf zum 10. Jubiläum des DFB-Integrationspreises. Ich finde sehr wichtig, dass Menschen, die üblicherweise nicht im Vordergrund stehen und in ihrer täglichen Arbeit wenig Aufmerksamkeit erleben, eine Bühne bekommen, auf der ihre Arbeit gesehen wird, und dass sie diese Auszeichnungen erhalten. Sie machen das ja nicht, um einen Preis zu bekommen, aber sie sind froh darüber, weil es eine Anerkennung für ihr Engagement ist. Wenn man sieht, was da alles gemacht wird, und welche Impulse auch vom Fußball ausgehen, dann ist das sehr beachtlich und etwas, das man noch mehr nach außen zeigen muss. Ich möchte den Fokus auf diese Menschen lenken, die jeden Tag daran arbeiten, zu helfen und Integration und Vielfalt zu fördern.

J. Markwirth: Das Motto des Integrationspreises heißt „Viele Kulturen, eine Leidenschaft“. Der DFB positioniert sich mit vielen Aktionen und Resolutionen sehr eindeutig gegen Rassismus. Auf der Homepage des DFB heißt es „Diskriminierung in Form von Beleidigungen, Benachteiligungen und Ausgrenzungen dürfen im Fußball keinen Platz haben“. Dennoch gibt es sie. Wie erleben Sie selbst das Problem von Ausgrenzung und Vorurteilen? In einem Interview haben Sie einmal gesagt, das sei nicht das Deutschland, das Sie kennen. Aber Sie wissen sicherlich auch von anderen Kolleg*innen, ich erinnere mich zum Beispiel an Gerald Asamoah, die sehr massiv unter rassistischen Handlungen und Äußerungen gelitten haben.

Cacau: Ich muss in der Tat sagen, dass ich immer herzlich empfangen wurde. Als ich das erste Mal im Juli 1999 für zwei Monate nach Deutschland kam, haben einige Menschen auch zu mir gesagt, obwohl sie noch nie in Deutschland waren, „Pass auf! In Deutschland ist es sehr gefährlich mit Rassismus und Diskriminierung.“ Ich muss sagen, ich habe das Gegenteil erlebt. Aber, wie Sie sagen, ich weiß auch, dass es andere Seiten gibt, auch von Gerald Asamoah. Ein gutes Beispiel. Ich habe ihn auch beim Integrationspreis gesehen und getroffen. Er hat von seinen Erfahrungen berichtet, die sehr verletzend waren. Und deshalb gilt es, dagegen zu arbeiten. Ob es mehr oder weniger geworden ist? Vielleicht war es irgendwie versteckt und kommt jetzt heraus. Und vielleicht, das sage ich jetzt so ein bisschen provokativ, ist es auch gut, dass es herauskommt. Zu-

mindest sieht man, dass es da ist, und versucht nicht, so zu tun, als ob alles gut wäre. Aber ich glaube viel wichtiger ist es, dass die Menschen, die anders denken und die aus meiner Sicht auch deutlich in der Mehrheit sind, auch herauskommen und sagen, „Wir sind für Vielfalt. Wir sind für Integration. Und wir sprechen das auch aus“. Wir haben auch eine Stimme und wir müssen lauter sein als die Anderen, weil die Anderen sind vielleicht nicht so viele, aber sehr laut. Man muss dagegenhalten. Das finde ich sehr wichtig.

J. Markwirth: Was haben Sie sich für die nächsten ein, zwei Jahre als Integrationsbeauftragter des DFB vorgenommen?

Cacau: Es gibt bereits viele Impulse und Ideen, die auf die Umsetzung warten. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit Menschen und Vereine auch in diesem Bereich gut arbeiten können. Ein Thema ist für mich die Frage der Schiedsrichter*innen. Es gibt bisher sehr wenige Schiedsrichter*innen mit Migrationshintergrund und insgesamt überhaupt zu wenige Schiedsrichter*innen. Ich denke man sollte die Ausbildung für Menschen erleichtern, die in der deutschen Sprache nicht so auf der Höhe sind, weil die Sprache, die in der Ausbildung benutzt wird, sogar für viele Deutsche schwierig ist. Wie kann jemand, der erst zwei, drei, vier Jahre hier lebt, das schaffen? Es ist ja nicht so, dass die Menschen keine Sprache können, sie beherrschen nur die deutsche Sprache noch nicht perfekt. Aber sie miteinander kommunizieren und reden, und das ist das, was ein Schiri braucht. ●



FACHFORUM 5

Gemeinsam Gesellschaft gestalten. Mehrfach-Identitäten in einer diversen Solidargemeinschaft.

PAT*INNEN:

Breschkai Ferhad, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes NeMO, Netzwerke von Migrantenorganisationen und **Rolf Graser**, Geschäftsführer des Forums der Kulturen Stuttgart e. V.

REFERENT*INNEN/AKTEUR*INNEN:

Annika Reich, Schriftstellerin und Essayistin, Journalistin und Dozentin, **Idil Baydar**, Schauspielerin und Comedian, **Oswald Marschall**, stellv. Vorsitzender Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma, **Leila El-Amaire**, Projektleiterin i,slam, **Prof. Dr. Riem Spielhaus**, Leiterin Abteilung Schulbuch und Gesellschaft am Georg-Eckert-Institut, Leibniz-Institut für Internationale Schulbuchforschung, **Dr. Gregor Rosenthal**, Geschäftsführer des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, **Markus Priesterath**, Bundesministerium des Innern Referat GZ4: Politische Stiftungen, Bürgerschaftliches Engagement, Zeitgeschichtliche Aufarbeitung, **Ümit Kosan**, Vorstandsvorsitzender Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen, **Gari Pavkovic**, Integrationsbeauftragter der Landeshauptstadt Stuttgart, **Dr. Jens Schneider**, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Osnabrück.

THEMENSTELLUNG DES FACHFORUMS

Deutschland hat den Übergang zur Einwanderungsgesellschaft in weiten Teilen verbal vollzogen und doch erscheint es noch als ein langer Weg, diesen auch tatsächlich zu leben: Eine scheinbar unübersichtliche Vielfalt an Lebensentwürfen, deren kulturelle Identität nicht auf dem Entweder-oder-Prinzip beruht, sondern sich im Zusammenspiel unterschiedlicher Wertvorstellungen und kultureller Prägungen findet. Klare ethnische Zuordnungen werden immer schwieriger, Mehrdeutigkeiten und Mehrfach-Identitäten immer wichtiger. Die „Mehrheitsgesellschaft ohne Mehrheiten“ muss sich neu erfinden, Diversität vorwärtsgerichtet diskutiert und Zukunftsmodelle eines „Zusammenhalts von Verschiedenen“ entwickelt werden. Wie finden wir zu einem Gemeinwesen, das Vielfalt in all ihrer Widersprüchlichkeit und Konfliktträchtigkeit anerkennt und Teilhabe, Chancengleichheit und Solidargemeinschaft – nicht nur als Worthülsen – für alle Mitglieder ermöglicht? Was ist die gemeinsame Basis für ein solidarisches Miteinander in einem Land, das vielleicht bald nur noch aus „Minderheiten“ besteht? Welchen Beitrag können Kunst und Kultur in diesem Prozess leisten? Und nicht zuletzt: Wie verträgt sich die jeweilige Pflege von „kulturellem Erbe“ und die Sehnsucht nach „Heimat“ mit dem Kreieren neuer transkultureller Lebensentwürfe und Ausdrucksformen?

PROGRAMM UND ABLAUF DES FACHFORUMS

Vortrag von Dr. Jens Schneider, Ethnologe, Universität Osnabrück: **„Wie geht Einwanderungsland? Deutsches und Superdiversität in der mehrheitlich Minderheiten Gesellschaft“.**

Vortrag von Dr. Riem Spielhaus, Islamwissenschaftlerin, Georg Eckhart Institut, Braunschweig: **„Von Zuschreibungen und anderen Lästigkeiten der Identitätspolitik“**

Mit einer provokativen kabarettistischen Improvisation zum Thema führte die Kabarettistin Idil Baydar ein in ein Podiumsgespräch mit Leila El-Amaire, Projektleiterin „i,slam“, Dr. Gregor Rosenthal, Geschäftsführer des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, Oswald Marschall, stellv. Vorsitzender des Dokumentationszentrums Deutscher Sinti und Roma, Dr. Ümit Kosan, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Netzwerke von Migrantenorganisationen und Annika Reich, Schriftstellerin und Initiatorin von *mirmachendas.jetzt*.

In dem von Breschkai Ferhad und Rolf Graser moderierten Gespräch wurde anhand der Biographien und persönlichen Erfahrungen der Gesprächsteilnehmer*innen deren vielfältigen Identitätsbezüge thematisiert und diskutiert, wie sie mit Diversität, Zuschreibungen und den gesellschaftlichen Reaktionen auf Mehrfach-Identitäten umgehen.

Danach intervenierte die Bloggerin und Aktivistin Kübra Gümüşay unter dem Titel „Visionen für heute“ mit Anregungen zu einem Perspektivwechsel bzgl. eindimensionaler Zuschreibungen und Vorurteilen.

Danach fanden sechs moderierte thematische Arbeitstische statt:

1. Staat und Verwaltung

mit Markus Priesterath, Bundesministerium des Innern, und Ümit Kosan, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Netzwerke von Migrantenorganisationen

• Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft. Aber noch lange nicht spiegelt sich das in allen Arbeitsbereichen, Verwaltungen, Stiftungen und Köpfen wider. Welche Offensiven kann der Bund hierfür entwickeln? Wie soll, kann, muss Verwaltung divers aufgestellt werden?

2. Zivilgesellschaft

mit Annika Reich, Schriftstellerin und Initiatorin von *wirmachendas.jetzt* und Prof. Dr. Riem Spielhaus,

Islamwissenschaftlerin, Georg Eckhart Institut, Braunschweig

• Gesellschaftliches Engagement ist unabhängig vom vermeintlichen Migrationshintergrund. Doch wie vielfältig sind die jeweiligen zivilgesellschaftlichen Bündnisse aufgestellt? Wie offen sind sie? Braucht es neue Narrative eines gesellschaftlichen Engagements?

3. Kunst und Kultur

mit Leila El-Amaire, Projektleiterin *i,slam* und Idil Baydar, Kabarettistin

• Hat Kunst eine Religion, eine ethnische Zugehörigkeit und bedarf es einer Identität? Können, sollen, müssen Zuschreibungen und Schubladendenke überwunden werden?

4. Stadtgesellschaft

mit Gari Pavkovic, Integrationsbeauftragter der Stadt Stuttgart und Dr. Jens Schneider, Ethnologe, Universität Osnabrück

• Was muss gegeben sein, damit die Stadt als Gemeinwesen funktioniert und ein Fundament hat, das gleichberechtigte Teilhabe und Freiheit ermöglicht? Was ist die gemeinsame Basis in einer Stadt, die nur aus Mehrfach-Identitäten besteht?

5. Identität und Werte

mit Rolf Graser, Forum der Kulturen Stuttgart e.V. und Oswald Marschall, stellv. Vorsitzender des Dokumentationszentrums Deutscher Sinti und Roma

• Was bedeuten Wertevorstellungen und kulturelle Prägungen für unsere Gesellschaft? Wie gelingt es, Unterschiedlichkeiten zu akzeptieren?

6. Freie Themenwahl

mit Breschkai Ferhad und Josefine Jochum, Bundesverband Netzwerke der Migrantenorganisationen

SPOTLIGHTS UND ERGEBNISSE...

... aus der Arbeit dieser Thementische: Eine bei weitem nicht vollständige, subjektive Sammlung einzelner Diskussionsbeiträge.

• Kein Mensch kann reduziert werden auf nur eine prägende Identität, weder auf die einer „Herkunftskultur“, noch auf die einer ethnischen Zugehörigkeit. Dabei verbirgt sich hinter der viel zitierten „Herkunftskultur“ meist ein künstliches Konstrukt, das wiederum selbst aus unzähligen Identitäten besteht und sich nie auf einzelne „typische“ Merkmale wird reduzieren lassen. Ebenso wie auch die Zugehörigkeit z.B. zu einer Religionsgemeinschaft äußerst facettenreich ist und unterschiedlichst gelebt wird: vielfältig sind die Ausle-

gungen der jeweiligen „Schrift“, ebenso vielfältig sind Intensität, Art und Umfang der religiösen Praxis. Und natürlich definiert sich jeder Mensch neben solchen kulturellen und religiösen Prägungen und Praktiken auch durch Geschlecht, Beruf, soziales Umfeld, Freizeitaktivitäten, Stellung im Familiengefüge und viele, viele „Identitäten“ mehr.

• Wichtig ist es, plurale Geschichten zu erzählen, keine eindimensionalen.

• Die Stadtgesellschaft ist der Ort, an dem die Realität der Mehrfach-Identitäten im Alltag in Erscheinung tritt, wo Menschen mit unterschiedlichsten Biographien, Interessen und Prägungen aufeinandertreffen, miteinander leben – und streiten. Deshalb gilt es gerade in der Kommune, Teilhabegerechtigkeit, Zugehörigkeit und Zugänge zu gewährleisten und zu sichern („Wir alle sind Berliner, Hamburger, Stuttgarter, etc.“). Es gilt Räume der Begegnung, des Austausches, der Auseinandersetzung zu schaffen, in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Quartieren.

• Nicht zuletzt „seit Köln“, seit den Ereignissen in der dortigen Silvesternacht 2016, ist eine sogenannte „Wertediskussion“ entflammt. Forderungen nach einer „Leitkultur“, deren Nichteinhaltung geahndet werden soll, nach „Leitplanken“ und „Stoppschilder“, die „nicht zur Diskussion stehen“, werden zunehmend erhoben. Doch wer definiert diese Werte, wer setzt die „Stoppschilder“, wer legt die Sanktionen fest? Wer definiert wem gegenüber, was „universellen Werte“, was positiv und was negativ zu bewerten, was „qualitativ hochwertig“ und welche Ästhetik die richtige ist? Stets geht es auch um Deutungshoheit, um Machtkonstellationen, letztlich um Macht.

• Wert- und Moralvorstellungen sind nicht das Produkt oder die Folge einer bestimmten Kultur, sondern spiegeln vielmehr konkrete gesellschaftliche und persönliche Begebenheiten und Befindlichkeiten wider, die ihrerseits wiederum äußerst multipel, divers und vielschichtig konditioniert und nie monokausal zu erklären sind. Die Gründe, weshalb bestimmte Werte, Verhaltensmuster und Auffassungen entstehen oder zeitweise gar mehrheitsfähig werden, lassen sich eher im sozialen Kontext finden, in demographischen, geo- oder machtpolitischen Konstellationen (also in Konstellationen, die selbst in ständiger Veränderung begriffen sind). All dies gilt auch für Kunst und Kultur und deren jeweiligen künstlerische Produkte und Ausdrucksformen, aber auch für derzeit stark diskutierte Themen, wie Sexismus oder die Verherrlichung von Gewalt: Erklärungsmuster, die vor allem entlang von Begriffen wie „Kultur“, „Nation“, „Ethnie“ oder „Religion“ nach Antworten suchen, sind nirgendwo zielführend.

• Eine Auseinandersetzung um Werte, Normen und Moral erfordert die Bereitschaft und die Fähigkeit

zum Dialog, zu Verstehen und Respekt, aber auch die Fähigkeit sich selbst und die eigenen Maxime in Frage zu stellen. Während also ein „Wert an sich“ stets zur Diskussion gestellt werden kann, müssen dessen praktische Auswirkungen, sofern sie gegen Gesetze, Menschenwürde etc. verstoßen, juristisch „geahndet“ werden.

- Es gilt, Brücken zu bauen, statt Grenzen zu ziehen. Differenzen dürfen nicht zementiert, sondern müssen ausgehalten und ausgehandelt werden. Probleme und Konflikte gilt es, nicht ordnungs- sondern sozialpolitisch zu lösen, Kategorisierungen, Vorurteile und Verallgemeinerungen gilt es zu vermeiden. Statt Konflikten zu kulturalisieren oder zu ethnisieren, muss den realen Ursachen von Konflikten differenziert nachgespürt und nach entsprechenden Lösungen gesucht werden.

- Kritisch ist nicht die jeweilige Kultur, sondern die Reduzierung einer Persönlichkeit, einer Identität auf diese Kultur, letztlich also deren Verabsolutierung.

- Das Hochhalten bzw. das Beharren auf einer bestimmten „eigenen“ Identität („proud to be...“) ist, ebenso wie das Verleugnen und Verbergen einer Identität, nicht selten auch eine Reaktion auf massive Diskriminierungserfahrungen.

- Jede Art von Ausgrenzung behindert eine offene Auseinandersetzung.

- Die Diversität unserer Gesellschaft, mit ihren vielfältigen Identitäten und transkulturellen Ausprägungen, spiegelt sich völlig unzureichend in Institutionen, Gremien, Verwaltung und Politik wider. Eine entsprechend stärkere Repräsentanz muss offensiv forciert werden, muss zur zentralen Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft werden.

- In der öffentlichen Wahrnehmung ist zivilgesellschaftliches Engagement immer noch vorwiegend ein Engagement weißer, herkunftsdeutscher Mittelständler*innen, meist mit Rückhalt und Unterstützung großer traditionsreicher Verbände (Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Umweltorganisationen, Sportverbände etc.), wobei die interkulturelle Öffnung hier vielfach noch in den Anfängen steckt oder womöglich noch gar nicht als Notwendigkeit erkannt ist. Gleichzeitig existiert, von den Medien und der breiten Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen, ein umfangreiches bürgerschaftliches Engagement von migrantisch geprägten Organisationen und Vereinen, von der Bildungs-, Eltern- oder auch Seniorenarbeit, über das Engagement für Geflüchtete, bis hin zu einer sehr vielschichtigen Kulturarbeit. Oft wird dies als reine „Selbsthilfe“ abgetan, als Engagement „nur“ für die eigene Community, dabei ist dieses Engagement ein zentraler Beitrag für den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft.

- Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten ebenso von Bedeutung, wie das Ergründen von Dissens. Es kann sinnvoll sein, Gegensätze auch mal hintenan zu stellen und sich auf gemeinsame gesellschaftliche Ziele und Aufgaben zu konzentrieren. Standpunkte müssen hierfür nicht aufgegeben werden, aber durch die Orientierung auf gemeinsame Ziele wird „Dampf aus dem Kessel“ genommen, um überhaupt in einen gemeinsamen Prozess eintreten zu können, der das Ziel des gegenseitigen Verständnisses, Respekts und Toleranz verfolgt.

- Es ist wichtig Räume zu schaffen, wo Gemeinsamkeiten entwickelt, Vorurteile abgebaut und Differenzen ausgehandelt werden können: Orte der Begegnung, des Kennenlernens und des Miteinanders. Menschen müssen die Gelegenheit bekommen, Erfahrungen zu machen mit Menschen, die gegebenenfalls andere Wertvorstellungen haben. Hieraus kann sich auch ein Prozess gegenseitiger Veränderung ergeben, ein Voneinander Lernen, und damit auch ein gegenseitiges Verschieben/Relativieren bisheriger Wertevorstellungen. ●

Wie geht Einwanderungsland? Deutschsein und Superdiversität in der mehrheitlich Minderheiten-Gesellschaft.

Jens Schneider

Dass in großen Metropolen in klassischen Einwanderungsländern wie USA, Kanada und Australien viele „ethnisch-kulturelle“ Minderheiten existieren, wird niemanden überraschen. Neu ist allerdings, dass viele dieser Städte in den letzten Jahren so genannte majority-minority cities (mehrheitlich Minderheiten-Städte) geworden sind, soll heißen: Es gibt dort keine „ethnisch-kulturelle“ Mehrheit mehr, die mehr oder weniger selbstverständlich das Sagen hat. In New York und Los Angeles zum Beispiel stellen die berühmten WASPs (White Anglo-Saxon Protestants) keine numerische Mehrheit mehr. Ähnliches gilt, analog, für Toronto in Kanada und für Melbourne in Australien.

Weit weniger bekannt ist, dass diese demographische Entwicklung auch in Europa schon längst angekommen ist: London und Amsterdam sind schon seit 2013 „mehrheitlich Minderheiten-Städte“. Auch diese beiden Städte gelten als Global Cities, die global vernetzt sind und Menschen aus der ganzen Welt anziehen. Inzwischen sind weitere Städte gefolgt: Brüssel, Wien, Rotterdam, Genf... Sie werden deshalb majority-minority cities genannt, weil an die Stelle der bisherigen keine neue Mehrheit tritt. In keiner dieser Städte nimmt eine der später eingewanderten Minderheiten mehr als 20-25 Prozent der Bevölkerung ein, in der Regel sogar deutlich weniger, eine z.B. „Islamisierung“ im Sinne einer neuen Mehrheitsreligion findet also nicht statt.

Und in Deutschland? Zahlen darüber zu erhalten, ist gar nicht so einfach, weil die deutschen Melderegister eigentlich nur ausländische und deutsche Staatsangehörigkeiten erfassen, darüber hinaus den Geburtsort, und ob jemand eingebürgert wurde. Anhand eines bestimmten Auswertungsverfahrens namens „Migra-Pro“ kann nun aber für viele Kommunen, zumindest annäherungsweise, der Anteil der Einwohner*innen „mit Migrationshintergrund“ bestimmt werden, und siehe da: Auch Deutschland hat bereits seine mehrheitlich Minderheiten-Städte!

Bei den Großstädten verwundert es nicht, dass Frankfurt am Main an erster Stelle steht. Hier wurde die 50 Prozent-Grenze beim Anteil der Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“ in 2015/2016 überschritten. Überraschender dürfte für viele allerdings sein, dass dann nicht etwa die „üblichen Verdächtigen“ wie Berlin, Hamburg, Köln oder das Ruhrgebiet kommen, sondern Nürnberg, Augsburg, Stuttgart und München, alles süddeutsche Städte, die im Krisendiskurs zu „Integrationsproblemen“ und „Migrantenströmen“ keine sehr prominente Rolle spielen. Ebenfalls eher überraschend dürfte sein, dass es in Deutschland auch gar nicht die Großstädte, und anerkanntermaßen internationalen Metropolen, wie Frankfurt sind, die diese demographische Entwicklung anführen: Ganz

vorne liegen eher mittlere Städte wie Offenbach (61 Prozent) oder Sindelfingen (52 Prozent) oder Heilbronn (51 Prozent).

Hintergrund dafür ist ein weiteres wichtiges Merkmal dieser Entwicklung: Es sind nicht aktuelle Neuzuwanderer, die sie hervorrufen. Der demographische Effekt etwa der großen Fluchtbewegung nach Mitteleuropa zwischen 2014 und 2016 bewegt sich im einstelligen Prozentbereich, selbst in Städten, die überdurchschnittlich viele Geflüchtete aufgenommen haben. Einen deutlichen Hinweis gibt uns die Alterspyramide: je jünger desto vielfältiger. Bei den unter 18-jährigen liegt der Anteil der Personen „mit Migrationshintergrund“ in den mehrheitlich-Minderheiten-Städten bei über 70 Prozent, bei den unter 6-jährigen sind es noch mehr. Gleichzeitig ist die weit überwiegende Zahl dieser Kinder und Jugendlichen bereits in Deutschland geboren, zwischen 80 und über 90 Prozent!

Mehrheitlich-Minderheiten-Städte entstehen vor allem in den industriellen Zentren, die inzwischen schon eine längere Geschichte der Arbeitsmigration haben, also z.B. schon seit den späten 1950er Jahren viele „Gastarbeiter“ angezogen haben. Und die auch heute noch wirtschaftlich prosperieren, weil sie Standort einer erfolgreich global agierenden Industrieproduktion sind. Gleichzeitig kennen alle deutschen Großstädte „mehrheitlich Minderheiten-Situationen“ in inzwischen als „Migrantenquartieren“ bekannten ehemaligen Arbeitervierteln. Teile von Neukölln und Kreuzberg in Berlin, Stadtteile wie Wilhelmsburg oder Billstedt in Hamburg usw. verfügen über eine ähnliche Bevölkerungsstruktur. Aber auch hier sind es eben mehrheitlich Minderheiten: Selbst in stark „ethnisch markierten“ Stadtteilen wie etwa der Veddel in Hamburg, die als „türkisch dominiert“ gilt, stellt die entsprechende Bevölkerungsgruppe kaum mehr als ein Drittel der Bevölkerung.

Insbesondere die jugendliche Bevölkerung, die aus Familien kommt, die im Zuge der Anwerbeabkommen der 1950er und 1960er Jahre nach Deutschland gekommen sind, stellt inzwischen die dritte Generation dar: Sie sind weit überwiegend die Enkel der damaligen Arbeitsmigrant*innen. Damit gehen aber Prozesse der intergenerationalen sozialen Mobilität einher. Damit gehen auch räumliche Veränderungen einher: Die gut gebildeten Nachkommen der eingewanderten Arbeiterfamilien ziehen in Viertel, die einen höheren Lebensstandard ermöglichen. Deshalb können wir noch einen weiteren demographischen Effekt beobachten, der in der öffentlichen Diskussion bisher kaum wahrgenommen wird: Auch die Mittelschichtsviertel werden immer vielfältiger, in nicht wenigen hat schon über ein Drittel der Kinder und Jugendlichen eine familiäre Einwanderungsgeschichte aus dem Ausland, ohne dass

dies spürbare Auswirkungen auf das Mietniveau oder ein nachlassendes Interesse an Eigentumswohnungen hätte.

Gleichzeitig erhält die Vielfalt in den mehrheitlich-Minderheiten-Städten oder -Stadtteilen eine neue Qualität, die inzwischen häufig mit dem Begriff „Superdiversität“ beschrieben wird. Der Begriff will damit ausdrücken, dass nicht nur die „horizontale Vielfalt“ deutlich zunimmt, also etwa die Zahl der Herkunftsländer, der gesprochenen Sprachen und religiösen Zuordnungen, sondern auch die „Verschränkungen“ und „Überschneidungen“. Besonders einfach nachvollziehbar ist das in der wachsenden Zahl bi-kultureller oder bi-nationaler Familien, in denen Kinder häufig mit zwei elterlichen Herkunftssprachen und möglicherweise sogar zusätzlich Deutsch als Umgangs- und Bildungssprache aufwachsen.

Zu Superdiversität gehören aber auch subkulturelle Gemeinsamkeiten, wie z.B. eine „türkische“ Lesben- und Schwulenszene, und die wachsende Bedeutung von Aufenthaltstiteln, mit dem Effekt, dass Begriffe wie „Migrationshintergrund“ und ethno-nationale Zuschreibungskategorien zunehmend an Bedeutung verlieren: Wenn über die Hälfte der Bevölkerung einen „Migrationshintergrund“ hat und dies Neuzugewanderte genauso bezeichnet, wie die hier geborenen Enkel von ehemaligen „Gastarbeitern“, dann tendiert die Aussagekraft dieser Feststellung gegen Null. Gleichzeitig hat sich aber genau dieser Begriff quasi verselbstständigt und wird in der Integrationsdebatte heute ebenso selbstverständlich verwendet wie in der Bevölkerungsstatistik. Und kaum jemand weiß, was damit eigentlich genau gemeint ist.

Hintergrund ist ein gesellschaftlicher Diskurs, für den die Gegenüberstellung von „Deutschen“ hier und „Ausländern“ dort noch immer konstitutiv, und dies (noch) nicht aufzugeben bereit ist. „Migrationshintergrund“ klingt moderner und korrekter, meint aber letztlich funktional dasselbe: Es gäbe „richtige“ Deutsche, die irgendwie eben doch „einheimischer“ sind als diejenigen, die zwar auch hier geboren und aufgewachsen sind und „Akzentfreideutsch“ sprechen und so weiter, aber eben den „Makel des Fremden“ in ihrem Namen und/oder Aussehen und/oder der Familie tragen. Daraus erwächst auch der fundamentale Widerspruch, der der Forderung nach „Integration“ innewohnt, weil sie letztlich nicht erfüllbar ist, zumindest in ihren häufig eher impliziten Erwartungen von kultureller Angleichung. Als implizites Ideal steht hinter „Integration“ die Nichtunterscheidbarkeit, die nur dummerweise von Personen mit Namen nicht-deutschen Ursprungs oder gar einem als „fremd“ definierten Aussehen gar nicht geleistet werden kann.

Die interessante Frage ist nun, was es mittel- und langfristig bedeutet, wenn aber genau diese Personen anfangen, eher die Regel als die Ausnahme zu sein, wie dies etwa in städtischen Kindergärten und Grundschulen schon beinahe überall der Fall ist? Oder andersherum gesagt, wenn diejenigen, die für das Ideal sozusagen die „Benchmark“ sind, die „Biodeutschen“, die „deutschen Deutschen“, die „wahren Germanen“, selbst nur noch eine Minderheit neben vielen anderen sind? Oder noch einmal anders formuliert: Wie funktionieren Identität und Zugehörigkeit unter den demographischen Bedingungen der Superdiversität?

Hier können wir dann doch wieder einiges lernen von Ländern und Städten, die sich schon lange, oder gar schon immer als Einwanderungsländer verstanden haben. Dazu gehört zuallererst die Unterscheidung zwischen der ersten Generation der eigentlichen Einwanderer*innen und der zweiten und folgenden Generationen ihrer im Land aufwachsenden Kinder und Enkel usw. So sind die Anforderungen und Voraussetzungen für „Integration“ im Sinne von struktureller Teilhabe und einem Gefühl der Zugehörigkeit bei Menschen, die im erwachsenen Alter migrieren, fundamental unterschiedlich zu denen ihrer, im Land geborenen Nachkommen. „Integration“ bedeutet in der ersten Generation vor allem „Ankommen“, dazu gehören zuallererst arbeiten und wohnen, danach die Bildung für die Kinder und schließlich das Erlernen der Sprache auf einem Niveau, das Teilhabe möglich macht, aber auch leistbar sein muss. Dem sind in der Regel klare Grenzen gesetzt, weitere Limitationen ergeben sich aus fehlenden oder nicht anerkannten Bildungstiteln, beruflichen Qualifikationen und Arbeitserfahrungen. Häufig findet so genanntes „De-Skilling“ statt, also ein Einstieg ins Arbeitsleben unterhalb der Qualifikation und Möglichkeiten, die aus dem Heimatland mitgebracht werden. Für dieses Ankommen ist die Infrastruktur der so genannten „ethnischen Ökonomien“ sehr häufig von großer Bedeutung: als Anlaufpunkt und erster Arbeitsmarkt, aber auch in sehr vielen Fällen als Ausgangspunkt für die weiteren Schritte in die Gesellschaft hinein. An die Zugehörigkeitsgefühle von Einwanderer*innen stellen erfahrene Einwanderungsländer dagegen keine allzu großen Erwartungen, weil sie wissen, dass die Kindheitserinnerungen, die zurückgebliebenen Familienangehörigen und sozialen Netzwerke immer von Bedeutung bleiben werden. Es ist eigentlich schon alles gut, wenn die neuen Mitbürger*innen möglichst bald ihr eigenes Geld verdienen, Steuern zahlen und ihre Kinder zur Schule schicken. Bei allem oben beschriebenen demographischen Wandel ist dieser Aspekt nicht aus den Augen zu verlieren: Es wird weiterhin und immer Neuzuwanderung nach Deutschland und in unsere Städte geben! Der zeitweise Kollaps der

staatlichen Strukturen in Reaktion auf die Fluchtbewegung nach Europa im Sommer 2015 hat gezeigt, dass diese auf diese Normalität nicht eingerichtet waren und vermutlich auch noch immer nicht sind, selbst wenn die Zahl der Gekommenen zwischen 2014 und 2016 verhältnismäßig hoch war.

In der zweiten Generation sieht das ganz anders aus, hier muss „Integration“ volle Teilhabemöglichkeiten und ungeteilte Zugehörigkeit bedeuten. Die zweite Generation ist einheimisch und lebt im nur für die Eltern neuen Land. In erfahrenen Einwanderungsländern bekommen sie mit der Geburt die Staatsangehörigkeit und man erwartet, dass sie sich auch als vollwertige Angehörige des Staats und der Nation fühlen und entsprechend verhalten. Gleichzeitig ist klar, dass die Herkunftskultur der Eltern auch für die zweite Generation noch eine Rolle spielen wird: Mit ihr wachsen sie auf, die Sprache der Eltern ist in der Regel auch die Familiensprache, die Eltern erwarten und erhoffen Loyalität gegenüber der Herkunft und die Pflege der verwandtschaftlichen Beziehungen ins Heimatland. Damit ist aber auch klar, dass es keine tragfähige „ethnische“ Definition von Zugehörigkeit im Einwanderungsland geben kann.

Und damit kommen wir zu einem zweiten wichtigen Aspekt: In superdiversen Gesellschaften müssen Zugehörigkeitsgefühle jenseits von „ethnischen“ Kategorisierungen funktionieren, Deutsch-Sein oder Frankfurter-Sein muss oberhalb anderer Zugehörigkeiten angesiedelt sein und darf diese nicht ausschließen. Im städtischen Diskurs funktioniert dies schon heute deutlich besser als auf der nationalen Ebene. In vielen Städten ist die Vielfalt der Bevölkerung Teil des Marketings, und es wird die Gemeinsamkeit in der Vielfalt betont. Untersuchungen zu Zugehörigkeitsgefühlen in der zweiten Generation zeigen, dass in der Tat fast überall in Europa die nationale Zugehörigkeit als ambivalent, die lokale aber uneingeschränkt angenommen wird, nicht selten sogar noch stärker als bei der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte.

Für diese lokalen Gefühle von Gemeinsamkeit über „ethnische Grenzen“ hinweg braucht es überbrückende soziale Beziehungen, die wiederum von einem Mindestmaß an interkulturellen Kompetenzen erleichtert werden. Und hier sind die Angehörigen der zweiten Generation ihren Altersgenoss*innen „ohne Migrationshintergrund“ in der Regel weit voraus, weil sie in viel höherem Maße in vielfältigen Stadtteilen wohnen, auf vielfältige Schulen gegangen sind und schon durch ihren familiären Hintergrund Mehrsprachigkeit und „code switching“ von klein auf als Normalität erlebt, und entsprechende überbrückende Praxen und Kompetenzen gelernt und entwickelt haben. Je besser gebildet sie sind, umso vielfältiger sind die Freundes-

kreise, und umso positiver sind die Sichtweisen auf die Vielfalt der Stadt. Das ist in der bisherigen Mehrheitsgesellschaft genau andersherum, hier sind es die höher Gebildeten und besser Verdienenden, die die wenigste Alltagserfahrung mit Vielfalt haben und diese auch grundsätzlich am häufigsten kritisch sehen. „Integrationsarbeit“ muss oder müsste eigentlich zunehmend diejenigen in den Blick nehmen, die keine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte haben...

Die Debatte fordert in der Tat die Gesellschaft als Ganze heraus und es muss als Versagen der Politik gewertet werden, wenn dies aktuell auf die Fragen der Sicherung der Außengrenzen und der Beschränkung der Zuwanderung reduziert wird. An der oben skizzierten demographischen Entwicklung wird dies nichts ändern, deshalb ist eine Debatte überfällig, die das Selbstverständnis der Gesellschaft auf den Prüfstand stellt. Für ein Gelingen ist dabei vor allem erforderlich, bestimmte Gegebenheiten als eben solche zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren. Dazu gehört zuallererst, dass Gesellschaften keine abgeschlossenen Container sind und Migration kein Krisenmoment, sondern der Normalzustand ist. Von erfahrenen Einwanderungsländern und den oben benannten Global Cities können wir zudem lernen, dass superdiverse Gesellschaften sehr gut funktionieren können, wenn man sie lässt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass strukturelle Teilhabe tatsächlich möglich ist und nicht aktiv verhindert wird, z.B. durch eine extrem restriktive Praxis der Vergabe von Aufenthaltstiteln. Ein gesicherter Aufenthalt und der schnelle Zugang zur Staatsangehörigkeit sind als Voraussetzung für „gelungene Integration“ zu betrachten und nicht als eine Art „Belohnung“ dafür. Dazu gehört auch ein langer Atem und eine ruhige Hand: „Integration“ ist Frage von Generationen und der Zahl der erfolgreich besuchten Sprachkurse.

Und dazu gehört auch, deutsche Eigendefinitionen endlich vom „Abstammungsballast“ der Vorkriegszeit zu befreien und sie stattdessen „republikanisch“ zu definieren: Deutsch ist, wer hier geboren wurde und wer sich zu den demokratischen Errungenschaften der Nachkriegsgeschichte bekennt. Schon da sind bei manchen selbst ernannten „Hüter*innen der deutschen Kultur“ Zweifel angebracht. Dazu gehört übrigens auch, dass Deutschland laut Grundgesetz ein pluralistischer und kein laizistischer Staat ist, die Demokratie also aus dem Nebeneinander, dem Wettstreit und dem Aushalten von Unterschiedlichkeit erwächst und vorherrschende Normen und Werte daher immer wieder neu verhandelt und ggf. verteidigt werden müssen. ●

FACHFORUM 6

Kann man Wirkung messen? Evaluation als Strategie und Instrument für die Gestaltung kultureller Vielfalt.

PATIN:

Sabine Schirra, Kulturamt der Stadt Mannheim.

REFERENT*INNEN/AKTEUR*INNEN:

Torsten Wiegell, Geschäftsführer Steinhaus e. V., Bautzen, **Monika Bayr (†)**, Politikwissenschaftlerin, **Karin Heyl**, Leitung "Corporate Citizenship" der BASF SE, **Prof. Dr. Dieter Haselbach**, habilitierter Soziologe.

Während in der Bildungspolitik Evaluation zur Messung von Wirkung ein gängiges Verfahren ist, werden Kunst- und Kulturprojekte nur in Ausnahmefällen systematisch auf die Erreichung von Zielen und ihre Wirkung hinterfragt. Ob und in welcher Weise Evaluation als Strategie und als Tool für eine nachhaltige Gestaltung kultureller Vielfalt sinnvoll sein kann, wurde in diesem Fachforum anhand zweier eher theoretischer Inputs und zweier praktischer Beispiele vorgestellt und diskutiert.

Der Einführungsvortrag von Dieter Haselbach fragte grundsätzlich nach der Notwendigkeit von Zielen in der Kultur. Kunst an sich könne nicht gemessen werden, aber es könne gemessen werden, ob Betriebe in der Kultur gut arbeiteten. Zur Messung würden Kennzahlen definiert, wobei es in der Praxis nach wie vor schwierig sei, Kennzahlen zu erheben und sie zum Benchmarking heranzuziehen. Kennzahlen an sich bewirkten aber gar nichts, erst durch die Interpretation, d.h. durch die Formulierung von Hypothesen, erschließe sich ihr Sinn. Kennzahlen zur Betriebssteuerung seien auch im Kunst- und Kulturbereich notwendig.

Die Messung von Wirkung sei ein schwieriges Feld, da in der Praxis Zusammenhänge zwischen Ursachen und Wirkungen weder immer sichtbar noch eindeutig seien. Nur wenn man wisse, welche Wirkungen durch kulturelle Aktionen oder Institutionen erzielt werden sollten, könne man diese Wirkungen auch messen. Methodisch schwierig werde die Untersuchung von Wirkungen dann, wenn weitgesteckte Wirkungsbehauptungen formuliert würden, die in der Realität aber kaum belastbar nachgewiesen werden könnten. Der Nachweis sei aufwändig und schwierig und, mangels Langzeitstudien mit Kontrollgruppen, nahezu unmöglich. Als Beispiel führte Dieter Haselbach die Wirkungsbehauptung an und widerlegte sie gleichzeitig, dass Musikunterricht die Intelligenz und das Ensemblespiel wesentliche soziale Kompetenzen nachhaltig fördere. Auch hier könne kein eindeutiger kausaler Zusammenhang hergestellt werden, der einer wissenschaftlichen Überprüfung standhielte.

Für die Evaluation und Wirkungsforschung bedeute dies: Projektziele müssten unterschieden werden, in messbare und überprüfbare Ziele einerseits, und andererseits in Formulierungen, die eher in die politische Lyrik der Projektargumentation gehörten. Seriöse Wir-

kungsforschung sollte mit Auftraggebern und Projektbeteiligten Aussagen zu Zielen sortieren und jeweils sachgemäß bearbeiten. „Wo als Ziel eine gesellschaftliche oder persönliche Entwicklung der Teilnehmenden insgesamt formuliert werde, ist Projekterfolg nur zu glauben, aber nicht zu belegen, weil kausale Zusammenhänge nicht zu klären sind. Gesellschaftliche und individuelle Entwicklungen von Menschen erfolgten immer in einem komplexen sozialen Kontext. Solche Entwicklungen oder Erlebnisse und Erfahrungen könnten durch eine Wirkungsanalyse weder erfasst noch ausgeschlossen werden“. Resümierend hält Dieter Haselbach fest, dass ohne klar formulierte Ziele keine seriösen Aussagen über die Zielerreichung und ihre Wirkung möglich seien.

Nach diesem, eher theoretischen Vortrag über den Zusammenhang von Zielen, Wirkungen und deren Messbarkeit folgte mit „Evaluation in der Entwicklungszusammenarbeit“ von Monika Bayr eine konkrete Anleitung, wie Evaluation in der Praxis durchgeführt werden kann. Evaluation werde in der Entwicklungszusammenarbeit als wirkungsorientierte Evaluation betrachtet, als ein Instrument des Lernens, des Austauschs und der Rechenschaftslegung. Fünf Fragen schnitt Monika Bayer in ihrem Vortrag an: Wozu Evaluation? Wann evaluieren? Wer evaluiert? Was wird evaluiert? Wie wird evaluiert?

Evaluation diene, auf Seiten der Förderer der Rechenschaftslegung, auf Seiten des Projekts dem Austausch und dem Lernen. Vom Grundsatz sei es möglich, ein Projekt in seinem gesamten Zeitablauf zu evaluieren. Es müsse geklärt werden, welche Fragen konkret mit der Evaluation beantwortet werden sollten. Sie präsentierte die verschiedenen Typen von einer exakten Evaluation, einer Zwischenevaluation, einer Abschlussevaluation bis hin zu einer ex-post Evaluation. Eine Evaluation könne von denjenigen durchgeführt werden, die das Projekt erdacht haben (Selbstevaluation), oder durch Kollegen aus derselben Organisation erfolgen, die nicht an der Durchführung beteiligt gewesen seien (interne Evaluation). Es könnten unabhängige externe Gutachter beauftragt werden (externe Evaluation) oder ein Austausch mit Experten aus anderen Organisationen oder der Wissenschaft (Peer Review) stattfinden. Theoretisch könne, von einzelnen Projektkomponenten über Gesamtprogramme, Instru-

mente, Ansätze, Förderbereiche bis zu den Organisationen, alles evaluiert werden. Dabei sollte nach Relevanz, nach Effektivität, nach Effizienz, nach Wirkungen und Nachhaltigkeit gefragt werden. Brot für die Welt orientiere sich an den Evaluationsstandards der DeGEval: Nützlichkeit, Durchführbarkeit, Fairness, Genauigkeit. Zur Evaluation gehöre auch die Kommunikation der Ergebnisse, sowie eine verbindliche Absprache über deren Umsetzung.

Torsten Wiegell berichtete von seinen Erfahrungen mit der Evaluation in der Soziokultur. Auf der Grundlage des Kulturraumgesetzes des Freistaates Sachsen sei in einem mehrstufigen beteiligungsorientierten Entscheidungsverfahren in den Regionen eine Bewertungsmatrix Soziokultur entwickelt worden. Damit sollten Förderentscheidungen nach innen und nach außen qualifiziert kommuniziert werden, die Qualitätsentwicklung in den soziokulturellen Zentren der Region gefördert und eine Grundlage für kulturpolitische Entscheidungen und Aushandlungsprozesse geschaffen werden. Als Arbeitsinstrument sei ein Statistiktool entwickelt worden, das quantitative und qualitative Aspekte institutionalisierter Soziokulturarbeit verbinde, und damit eine Entscheidungsgrundlage im Förderverfahren sei. Dieses Tool enthalte die Kategorien Personal, Mitgliedschaft in Fachverbänden, Vernetzungsgrad, Raumangebot und technische Ausstattung, spartenübergreifendes Profil, generationsübergreifende Angebote, Öffentlichkeitsarbeit und Rentabilität. Soziokulturelle Zentren müssten einen Antrag stellen, der nach Vorprüfung inhaltlich durch die Facharbeitsgruppe quergeprüft werde (wechselseitige Einrichtungsbesuche). Die Diskussion des Gesamtantrags in der Fachgruppe führe dann zu einer Förderempfehlung an den Beirat und Konvent. Durch dieses Verfahren sollten die Fachlichkeit in den Zentren und die Vergleichbarkeit zwischen den Einrichtungen gestärkt werden, anstehende Veränderungsprozesse begleitet, eine Weiterentwicklung der Qualität ermöglicht und, last but not least, eine Transparenz nach innen und außen geschaffen werden.

Anhand des transkulturellen Jugendprojektes „WIR!“ stellte Sabine Schirra die Evaluation eines komplexen Projektes vor, das vom Geldgeber, der Stadtspitze und allen Projektbeteiligten mit hohen Erwartungen belegt worden sei. Da das Projekt zudem über erhebliche Mittel (Stiftung) verfügte, sei ein externes Consultingunternehmen beauftragt worden, mit dem die Projektverantwortlichen vor dem Projektstart gemeinsam das Zielsystem und die Entwicklung einer Meisterzählung zu erarbeiten. Das zweijährige Projekt sei fortwährend an den erarbeiteten Zielen gespiegelt, und am Ende durch umfängliche Gespräche mit allen Beteiligten bewertet worden. Das Projekt selbst verfolgte pädä-

gogische, künstlerische und kulturpolitische Ziele. Zu Projektbeginn fanden Gruppen- und Einzelinterview statt, in der Mitte und am Ende des Projektes standen Interviews mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern, mit Stakeholdern, dem Projektteam, dem Lenkungsteam sowie der Politik. Einzelne Veranstaltungen wurden hospitiert. Die daraus von dem Gutachter entwickelten Thesen seien mit Lenkungsausschuss und Projektteam diskutiert und schriftlich als Abschlussbericht der Stiftung, der Stadtspitze und dem Projektteam zur Verfügung gestellt worden. Das Verfahren habe für das Kulturamt weitreichende Konsequenzen, im Bereich des Managements zukünftiger Projekte einerseits, und der Schärfung des inhaltlichen Profils bei interkulturellen Aktivitäten andererseits, gehabt.

Als Resümee hält Sabine Schirra fest, dass die Evaluation dieses komplexen Projektes in vielfältiger Weise für alle Beteiligten und auf allen Zielebenen sinnvoll gewesen sei und zu nachhaltigen Veränderungen geführt habe.

Evaluation in der Entwicklungs-
zusammenarbeit – ein facetten-
reiches Lerninstrument.

In den Anfängen der Entwicklungszusammenarbeit war die Leitfrage von Evaluationen normalerweise: Haben wir das, was wir geplant haben, auch umgesetzt? Doch über die Jahre hat ein Lern- und Diskussionsprozess stattgefunden, sodass heutzutage

- unterschiedliche Evaluationsformen gängig sind – von der externen Evaluation bis hin zur Selbstevaluation
- zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Projektverlauf – vor, während und nach dem Projekt – evaluiert wird
- auch Querschnittsthemen wie Gender, Umwelt und kulturelle Fragen berücksichtigt werden
- das Projekt bezüglich verschiedener Fragestellungen bewertet wird
- ob es relevant ist für die Zielgruppe,
- ob Veränderungen auch nach Projektende fortbestehen werden,
- welche Veränderungen das Projekt bewirkt hat, positive und negative, intendierte und nicht-intendierte
- ob die Ziele erreicht worden sind und
- ob die Ziele auf wirtschaftliche Art erreicht worden sind.
- gewisse Standards eingehalten werden müssen, das heißt unter anderem, die Ergebnisse müssen glaubwürdig und die Empfehlungen umsetzbar sein, die Sichtweise unterschiedlicher Akteure berücksichtigt und ein fairer Umgang mit allen Beteiligten gewährleistet werden.

● **Monika Bayr (†)**
Politikwissenschaftlerin

Warum Ziele in der Kultur?

Dieter Haselbach

EINLEITUNG

- Ziele in der Kultur, ist das überhaupt ein Thema? Kunst ist doch ein Ziel in sich! Wozu brauchen wir dann Ziele, womöglich dann auch noch die Messung von Wirkungen u.a.m. Einleitend zum Workshop möchte ich über einige Begriffe nachdenken
- Was sind künstlerische Ziele?
 - Was unterscheidet Ziele kultureller Institutionen von diesen?
 - Wie definiert sich Best Practice in der Kultur?
 - Was sind Wirkungen, wie sind sie zu messen?
 - Wie mit Fehlern umgehen?

Dann kommen die praktischen Beispiele – für mich auch ein Test meiner allgemeinen Ausführungen. Menschen handeln, weil sie Ziele haben. Es gibt viele Ziele. Unterschiedliche Menschen verfolgen unterschiedliche Ziele. Alle Menschen verfolgen zu unterschiedlichen Zeiten verschiedene Ziele. Mal hat man Hunger, mal braucht man Urlaub, dann möchte man reich werden, aber nur, wenn man geliebt wird. Also erst essen, dann lieben, dann reich werden? Oder eben sparen, reich werden, dann gut essen? Eine Teilmenge menschlicher Ziele sind künstlerische Ziele. So kann sich Handeln auf ein Bild, eine Operninszenierung, eine Musikaufführung richten. Oder darauf, ein Museum oder eine Opernaufführung zu besuchen oder auch einem Konzert zu lauschen. Antrieb zum Handeln ist immer jenes Ziel. Wer keine Ziele hat, handelt nicht, sondern verhält sich allenfalls. Wer sich Zielen Anderer unterwirft, verfolgt deren Ziele. Manchmal ist das schwer zu unterscheiden: Ist es mein Ziel, ein iPhone zu nutzen oder ist es das Ziel der Firma Apple, mir genau dies zu suggerieren?

Wie dem auch sei. Ebenso wie künstlerische kann es beispielsweise auch soziale, ökologische oder wirtschaftliche Ziele geben: auch dies sind Teilmengen möglicher Ziele. Beispiel für ein soziales Ziel ist das Wohlergehen von Mitmenschen, oder gar – ganz groß gespannt „Gerechtigkeit“, ein ökologisches die Beschäftigung von Kohlearbeitern in den USA. Ein wirtschaftliches Ziel mag sein, aus eigener Arbeit den Lebensunterhalt zu erzielen. Dann schneidet ein Friseur die Haare nicht, weil er schön geschnittene Haare in seiner Umgebung möchte, sondern um davon Essen und Miete zu bezahlen. Oder eine Künstlerin verkauft ein Bild, eine Schauspielerin steht auf der Bühne und denkt ans Honorar, vom künstlerischen Wert der Inszenierung vielleicht nicht ganz überzeugt.

ZIELE VON KULTUR, KUNST, INSTITUTION

Kultur will so einiges sein. Vor allem will sie einzigartig sein, außergewöhnlich, anders als die Anderen. „Wir

sind einzigartig!“, ist der Lockruf, dem die kulturaffine Besuchermenge folgen soll. Aber: Ist es nicht den folgenden Generationen vorbehalten, Einzigartigkeit festzustellen, indem kulturelle Aktivitäten eingeordnet und zugeordnet, Epochen konstruiert und Zusammenhänge hergestellt werden?

Eher geht es in der kulturellen Praxis um Alleinstellung von Kulturproduktionen. Die Kulturpolitik hat zwar das bürokratische Monstrum der „kulturellen Grundversorgung“ erfunden, die allen Menschen in der Republik zustehen soll, solche Grundversorgung zum Glück aber noch nicht eingeführt, würde sie der Alleinstellung doch direkt zuwiderlaufen. Jede Kommune und jede Kultureinrichtung versucht sich so noch an der Alleinstellung. Es mag zwar „überall dasselbe“ herauskommen, gewollt sind Vielfalt und Unterschied.

Akzentuierter die Kunst. Kunst erhält ihre Eigenart und ihren Eigensinn daraus, dass sie unbeirrbar das ihr Ziel festhält, Werke, Kunstwerke in die Welt zu bringen. Wegen dieser Orientierung aufs Werk kennt Kunst keine Kompromisse und besteht auf ihrer radikalen Autonomie. Deswegen wehrt sie sich gegen Ökonomisierung, gegen Instrumentalisierung. Versucht man, Kunst zu evaluieren, stößt man sofort auf Erstaunen, ja Widerstand von Künstler*innen: Das Werk entzieht sich der Bewertung oder gar einer Messung. Wäre das nicht so, wäre der Wesenskerns von Kunst negiert.

Etwas Anderes ist es, wenn Kunst und Kultur von der Öffentlichen Hand betrieben oder gefördert werden. Dann geht es nicht nur um künstlerische Ziele, also Werke, sondern um die Ziele der Förderer. Öffentliche Kulturbetriebe sind Betriebe unter der Kontrolle Öffentlicher Hände. Sie verfolgen zumindest in den Bereichen, in denen sie Förderung erhalten, einen öffentlichen Auftrag, die Ziele der Förderer eben.

Es wird nicht selten bezweifelt, dass Öffentliche Hände bei der Förderung von Kultur eigene Ziele verfolgen dürfen. Ich denke, sie dürfen nicht nur, sondern müssen sogar. Gäbe es keine öffentlichen Ziele, was sollte denn in der Kultur gefördert werden? Ansprüche auf Kulturförderung sind grenzenlos. Hinter jeder geförderten Aktivität steht eine weitere, die auch gefördert werden möchte und gefördert werden könnte. Was wäre das Kriterium, nach dem die Öffentliche Hand fördert, oder auch ihre Förderung begrenzt? Die Mittel jedenfalls sind immer begrenzt. Für die Ansprüche der Künstler*innen ist die Sache klarer: Wenn es bei der Kunst um das Werk als Ziel geht, dann sind alle Mittel willkommen, Werke möglich machen.

Es gibt so keine öffentlichen Institutionen oder Förderungen, die kein Ziel hätten, mag es auch manchmal nicht explizit sein. Das ist bei der Kultur nicht anders als im Sozialen, in der Erziehung oder im Straßenbau. Auch hier gibt es Ziele.

Interessant ist hier, den Begriff des Haushalts einmal näher zu betrachten. Ein Haushalt organisiert seine Mitglieder. In einem wie immer gearteten Prozess, durch den Haushaltsvorstand, durch ein demokratisches Entscheidungsverfahren, nach Gewohnheit, werden deren Ziele so abgestimmt, dass einige davon aus den vorhandenen Mitteln erreicht werden können. Mindestens muss es fürs Überleben der Mitglieder reichen. Schön ist, wenn es noch etwas dazu gibt. Das Ideal eines Haushalts ist das Wohlergehen seiner Mitglieder. Mit der Führung eines Haushalts wird ein gutes Leben in den Blick genommen, also eine Abwägung unterschiedlicher, sogar konkurrierender Ziele. Eine Förderentscheidung steht für die Realisierung eines oder einiger der Mittel. Der Haushalt erfährt Knappheit als ein Überschießen der Ziele über die Mittel, sein Wirtschaften ist ein Haushalten, ein Umgang mit konkurrierenden Zielen.

Anders eine geförderte Einrichtung oder eine öffentliche Institution. Auftragsgemäß ist sie einseitig, sie hat das eine Ziel oder Zielbündel im Blick, für das die Förderung fließt. Sie wird alles tun, um dieses Ziel zu erreichen, was auch Versuche einschließt, mehr Mittel zu erlangen, um ihr Ziel besser zu erfüllen.

Sinnfällig wird der fundamentale Unterschied von Haushalt und geförderter Einrichtung oder Betrieb immer dann, wenn Betriebe und Haushalte darüber verhandeln, wieviel Geld die Betriebe bekommen sollen. Zwei unterschiedliche soziale Logiken stoßen aufeinander. Für den Haushalt wird ein Ziel neben anderen unter dem Gesichtspunkt des Wohlergehens erwogen, für den Betrieb geht es ums Ganze, um die Existenz, mindestens um die Fähigkeit, sein Ziel zu erfüllen. Der abwägenden Haltung dort steht die fordernde Dringlichkeit hier entgegen. Die Handlungen der je anderen Seite sind mit der eigenen Handlungslogik nicht verstehbar.

Bei künstlerischen Betrieben beschränkt sich der Auftrag der öffentlichen Hand, das von der Öffentlichen Hand vorgegebene Ziel, auf eine generelle Beschreibung des künstlerischen Feldes und ungefähre Leistungsgrößen; er ist meist nicht im künstlerischen Detail ausformuliert. Inhaltlich beanspruchen öffentliche Betriebe in der Kultur die in der Verfassung kodifizierte künstlerische Freiheit. Sie tun recht daran, denn ohne diese Freiheit gibt es keine Kunst, womit auch der öffentliche Auftrag nicht erfüllt wäre.

Haushalte jedenfalls werden in der Regel darauf bestehen, dass Betriebe, die von ihnen gefördert werden, wirtschaften, also mit den Fördermitteln sorgsam umgehen. Angesichts der vielen Ziele, die in Haushalten verfolgt werden müssen, um Wohlergehen zu erreichen, sind aus Sicht des Haushalts die Mittel für jedes der ausgewählten Ziele knapp. Die Betriebe sollen so

handeln, dass sie möglichst wenige der Ressourcen der Haushalte brauchen. Dieser begriffliche Zugang löst ein Missverständnis auf, das gerade bei künstlerischen Betrieben immer wieder aufkommt, und das ein großer kulturpolitischer Aufreger ist: Muss ein Betrieb wirtschaftliche Ziele anstreben? Nein, er muss nicht. Dafür gibt es ja die Förderung. Aber er muss wirtschaften. Hier zeigt sich der begriffliche Sinn einer Unterscheidung zwischen Wirtschaften als Modus und wirtschaftlichen Zielen: Jeder Betrieb muss bestrebt sein, sich so zu organisieren, dass seine Ziele im wirtschaftlichen Modus erreicht werden.

BEST PRACTICE

Kunst kann nicht gemessen werden. Aber es kann gemessen werden, ob Betriebe in der Kultur gut arbeiten. Als Kriterien für die Messung der guten Praxis werden die öffentlichen Ziele herangezogen, unter denen geförderte Betriebe arbeiten. In der Regel ist es möglich, Kennzahlen zu definieren, mit denen eine solche Messung erfolgen kann. Auch Vergleiche zwischen Betrieben können mit Kennzahlen möglich sein. Schwieriger ist es in der Regel, solche Kennzahlen auch zu erheben, verfügbar zu machen. Die Arbeit mit Kennzahlen krankt sehr häufig daran, dass Informationen nicht verfügbar sind, die aussagekräftig wären, so dass dann ersatzweise wirtschaftliche Kennzahlen gebildet werden (die Daten hier sind meistens verfügbar) und danach beobachtet wird.

Außerdem wird oft vergessen, dass Kennzahlen nicht mehr als ein Rohmaterial sind. Erst durch Interpretation, durch ein Aufsuchen von Gründen, durch die Formulierung von Hypothesen zu Zusammenhängen erschließt sich ihr Sinn. Erst dann kommt man in den Bereich, in dem Aussagen zu guter Praxis gemacht oder ein Betrieb in seiner Performance gesteuert werden kann. Fakten sprechen nicht für sich selbst. Kennzahlen sind voraussetzungsreiche Konstruktionen. Benchmarks müssen sinnvoll sein. Dies wird spätestens dann sinnfällig, wenn mit Kennzahlen in den Fremdvergleich gegangen wird. Hier vervielfältigt sich in der Regel das Problem der Verfügbarkeit von Daten, und es stellen sich komplexe Fragen nach der Vergleichbarkeit. Zudem werden in solchen Benchmarking-Übungen Kennzahlen leicht unter der Hand zu einer Norm, einer Anforderung, es so wie die scheinbar Besten zu tun, ohne dass die inneren Zusammenhänge in einem Betrieb verstanden sind.

Gegen den Einsatz relevanter Kennzahlen zur Betriebssteuerung ist auch in Kunst und Kultur nichts einzuwenden. Im Gegenteil, sie sind notwendig. Relevant sind Kennzahlen und Kennzahlenbündel, wenn sie einen Bezug zu Zielen eines kulturellen Betriebs haben.

Auch das Studium von Best Practice, oder besser formuliert: das Lernen von anderen Betrieben, darf und muss einen prominenten Platz im Kulturmanagement haben. Allerdings bedarf der Vergleich von Kennzahlen zwischen Betrieben eines umsichtigen und fachlich verantwortungsbewussten Vorgehens, bei dem gut gewählte und aussagefähige Zahlen tatsächlich auf ein gleiches Maß gebracht werden, und nicht irgendetwas gemessen wird, weil die Zahlen halt da sind. Das aber ist leider die häufigere Praxis.

WIRKUNG UND WIRKUNGSMESSUNG

Noch schwieriger als die Messung von Performance und Best Practice ist die von Wirkung. Zunächst hängt wieder alles an den Zielen. Nur wenn man weiß, welche Wirkungen erzielt werden sollen durch eine kulturelle Aktion, Praxis oder Institution, kann man diese Ziele auch messen.

Zunächst möchte ich den Begriff der Wirkung ein wenig genauer bestimmen. Wirkungen haben Ursachen. Spricht man über Wirkungen, so meint man immer „Wirkung von Ursachen“. Manche Zusammenhänge zwischen Ursachen und Wirkungen sind sinnfällig. Nehme ich ein Wasserglas und lasse es auf einen Steinfußboden fallen, dann ist das Zerspringen des Glases samt des nassen Fußbodens (Wirkung) das Zusammentreffen von Aufprall von Glas auf harten Boden. Das ist leicht nachzuvollziehen. Bei einem Weichplastikbecher oder einem Teppichboden gäbe es nur einen nassen Fleck. Ursache des Falles ist die Schwerkraft als Naturkonstante. Wenn man nach beeinflussbaren Wirkungen sucht, sind die Nebenursachen interessanter, denn nur sie sind zu beeinflussen, nicht aber die Schwerkraft.

In der kulturellen Praxis sind eindeutige Zusammenhänge zwischen Ursachen und Wirkungen nicht immer leicht zu konstruieren. Gehen wir einen Fall durch, einen Theaterworkshop für geflüchtete Kinder. Ziel ist sprachliche und kulturelle Kompetenzerweiterung. Der Besuch eines Theaterworkshops durch geflüchtete Kinder ist schon eine Wirkung, nämlich davon, dass dieser Theaterworkshop angeboten wurde. Gäbe es ihn nicht, könnten die Kinder ihn auch nicht besuchen. Das ist banal. Ebenso sind die Gebühren für den Besuch dieses Workshops, also Einnahmen der Trägerorganisation, Wirkung des Angebots. Man könnte nun skalieren, den ausverkauften oder mehrmals ausverkauften Workshop als eine bessere Wirkung bewerten, als den nur mühsam zustande gekommenen etc.

Methodisch schwierig wird es aber mit der Untersuchung von den Wirkungen, die von Zuschussgebern für einen solchen Workshop normalerweise erwartet werden. Es mögen für diesen Theaterworkshop z.B.

bessere Deutschkenntnisse bei den Teilnehmerinnen oder auch eine Vertrautheit mit dem kulturellen Bestand in der deutschen Gesellschaft erwartet werden. Mit der Überprüfung der Wirkung Deutschkenntnisse mag es ja noch angehen. Man kann einen Test vor und am Ende der Maßnahme durchführen und feststellen, ob sich die Kenntnisse verbessert haben. Nur, es lässt sich keine eindeutige Ursache-Wirkungsbeziehung konstruieren. Die besseren Deutschkenntnisse müssen ja nicht „Wirkung“ des Theaterworkshops sein, sondern können sich schlichter aus der Dauer des Aufenthalts, oder aus anderen Lernerlebnissen mit der deutschen Sprache, ergeben haben. Möglicherweise wäre mit einem positiven Testergebnis gezeigt, dass der Workshop nicht geschadet hat, wenn die Deutschkenntnisse tatsächlich besser geworden sind, aber selbst diese Aussage ist methodisch nicht sicher. Noch schwieriger ist die Vertrautheit mit der Kultur Deutschlands zu messen. Da entsteht, zusätzlich zur unklaren Zuordnung, auch noch das Problem, wie man so etwas messen könnte.

Gerade in der Kultur werden Ziele oftmals als weit gesteckte Wirkungsabsichten formuliert. Als Begründungen für den Einsatz öffentlicher Mittel werden Wirkungsbehauptungen aufgestellt, die sich auf eine jeweils erwartbare Veränderung bei den Nutzern von Kultur richten. Teilnehmende an Maßnahmen sollen hiernach nicht nur die kulturellen Inhalte lernen, sondern eine umfassende menschliche Bildung erfahren, etwa Kernkompetenzen stärken, in ihrer Persönlichkeit insgesamt entwickelt werden. Oder es wird gleich ein ganzes gesellschaftliches oder wirtschaftliches Bild gezeichnet: Ein Projekt fördere Demokratie und Partizipation, mache Kultur, wie wir sie kennen, erst nachhaltig oder trage wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung am Standort des geförderten Projekts bei.

Klassiker ist hier die seit Jahrzehnten aus den Musikschulen zu hörende Wirkungsbehauptung, dass Musikunterricht die Intelligenz fördere und das Ensemblespiel wesentliche soziale Kompetenzen nachhaltig fördere. Zum Beleg werden Untersuchungen zitiert, wonach Musikschülerinnen nach einiger Zeit in der Musikschule intelligenter und sozial kompetenter sind als vorher. Das ist alles schön und gut, aber leider kein Beleg für die Wirkungsbehauptung. Denn es ist ja nicht überraschend, dass Kinder, die hier untersucht wurden, mit dem Älterwerden an Intelligenz und sozialer Kompetenz zunehmen. Das Gegenteil wäre überraschend. Es könnte ja auch sein, dass dieselbe erfreuliche Entwicklung stattgefunden hätte, wenn die Kinder ihre Zeit mit Computerspielen, Gartenarbeit oder Sport verbracht hätten. Selbst eine überdurchschnittliche Entwicklung der infrage stehenden Kompetenzen

müsste nicht Folge des Musikunterrichts sein. Man bedenke, dass Musikschulen ihre Klientel vor allem in den Mittelschichten rekrutieren. Hier ist, nach allem was wir wissen, die Lernförderung des Nachwuchses meist intensiver als in anderen sozialen Vergleichsgruppen.

Ob es den behaupteten Wirkungszusammenhang tatsächlich gibt, könnte nur eine sehr aufwendige Untersuchung erweisen, die durchzuführen verständlicherweise noch nicht einmal in Erwägung gezogen wird: Es müssten zwei hinreichend große Gruppen mit identischem sozialen Hintergrund den gleichen Lern- und Lebensbedingungen ausgesetzt sein mit dem einzigen Unterschied, dass die eine Musikunterricht erhält und die andere nicht. Dann müsste eine Messung stattfinden, ob es einen signifikanten Unterschied in der Kompetenzentwicklung gibt. Und wenn man schon dabei ist: Es sollte dann auch gemessen werden, welche Unterschiede Computerspiele, Gartenarbeit, Sport u.a.m. machen. Nachvollziehbar, dass eine solche Untersuchung nicht durchgeführt werden wird. Es gibt ethische Grenzen der Forschung.

Systematisch haben wir es in der Wirkungsuntersuchung mit einer Zuordnungslücke zu tun. Systemisch ist sie so zu beschreiben, dass es eine Wirkung (hier: Kompetenzzuwachs) gibt, sie aber keiner Ursache eindeutig zuzuordnen ist. Je systemischer die erwarteten oder behaupteten Wirkungen, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine solche Zuordnungslücke auftut. Korrelationen, also das Parallel-Laufen von Entwicklungen beweisen nichts: Wenn der Margarine-Verbrauch mit der Scheidungsrate korreliert (das hat kürzlich ein Forscher für einen US-Bundesstaat nachgewiesen), dann heißt das nicht, dass Margarineverbraucher sich häufiger scheiden lassen. Auch nicht, dass ein Margarinemangel Ehen stabilisiert, auch wenn das eine interessante familienpolitische Perspektive wäre.

In Evaluation und Wirkungsforschung steht man hier vor dem Problem, Projektziele in messbare und überprüfbare auf der einen, und auf der anderen solche zu unterscheiden, die in der Projektargumentation zur politischen Lyrik gehören. Seriöse Wirkungsforschung wird mit Auftraggebern und Projekt die Aussagen zu Zielen sortieren und jeweils sachgemäß bearbeiten, auch wenn damit die schönste Wirkungslyrik verlorengehen:

- Die konkrete Maßnahmenebene: Hier stellen sich die Fragen, für wen oder was an welchem Ort welches Geld zu welchem Zweck eingesetzt wurde oder wird und welche Leistung dafür erbracht wurde oder wird. Die Leistung bemisst sich auf dieser konkreten Projektebene in Stunden, Teilnehmerzahlen, konkreten Bildungsinhalten, Betreuungsschlüsseln u.a.m.

- Die Zielebene: Ziele, auch Programm- oder Projektziele, beziehen sich unmittelbar auf das einzelne Programm oder Projekt. Sie stehen in einem nachvollziehbaren, kausalen Zusammenhang mit den eingesetzten Maßnahmen, die aus den Zielen abgeleitet wurden oder werden. Ziele können aus einer Defizitanalyse entstehen. In diesem Fall soll ein Programm oder Projekt einem vorhandenen Mangel oder einer Fehlentwicklung gegensteuern. Wichtig ist dann, die Defizite zu benennen. Ziele können einen Versorgungsgrad erhöhen, dann wäre der zu erreichende Versorgungsgrad zu nennen. Oder Ziele können einen anderen beobachtbaren Unterschied betreffen, dann wäre dieser Unterschied zu beschreiben und, wo dies möglich ist, zu quantifizieren.

- Die Ebene politischer Argumente und Visionen: Programme und Projekte werden in der Regel mit politischen oder gesellschaftlichen Zielen verknüpft, die eingebunden sind in ein politisches oder gesellschaftliches Weltbild und Werteverständnis. Es handelt sich dabei um generalisierende Aussagen, die Entscheider bei einem gemeinsamen Wertverständnis abholen wollen. Aus ihnen lässt sich aber nicht schlüssig ein einzelnes Programm oder Projekt ableiten.

Diese letztgenannten politischen Argumente sind natürlich in ihrem Feld völlig legitim. Aber sie übersteigen die Möglichkeiten von Evaluation und Wirkungsanalyse. Wo als Ziel eine gesellschaftliche oder persönliche Entwicklung der Teilnehmenden insgesamt formuliert wird, ist Projekterfolg nur zu glauben, aber nicht zu belegen, weil kausale Zusammenhänge nicht zu klären sind. Gesellschaftliche und individuelle Entwicklungen von Menschen erfolgen immer in einem komplexen sozialen Kontext. Solche Entwicklungen oder Erlebnisse und Erfahrungen können durch eine Wirkungsanalyse weder erfasst und ausgeschlossen werden.

Also muss hier mit Plausibilitäten gearbeitet werden. Wo aber es einmal gelungen ist, durch theoretische oder empirische Arbeit gesellschaftliche und wirtschaftliche Ursache-Wirkungsbeziehungen zu erhärten, können hieraus Leistungsindikatoren entwickelt werden, die ohne weitere theoretische Ableitung angewandt werden können. Für Evaluation und Projektcontrolling wäre es dann möglich, sich mit einem vom Wirkungsgedanken inspiriertes Leistungscontrolling zu behelfen.

Ein weiteres ist auch plausibel: Es kann davon ausgegangen werden, dass gut gemanagte Prozesse wirkungsvoller sind als Prozesse, die weniger gut gemanagt sind. Es gibt einen Wirkungszusammenhang zwischen gutem Management und guten Leistungen. Management bezieht sich hier nicht nur darauf, einen Rahmen für bestimmte Leistungen herzustellen, sondern da-

rauf, diese Leistungen zu gestalten. Alle Dimensionen des Qualitätsmanagements gehören zu diesem umfassenden Managementbegriff.

Gutes Management allerdings setzt wieder voraus, dass es klare operative Ziele gibt, nach denen gemanagt werden kann. So schließt sich der Kreis: Ohne klar formulierte Ziele geht gar nichts. Aber klar formuliert müssen sie sein und nicht ein wolkiges „Alles-oder-nichts“. Sonst sind sie nicht handlungsleitend.

FEHLERKULTUR

Ein Thema sei noch angeschnitten. Ebenso wichtig wie Ziele ist, wie mit Fehlern und Misserfolgen in einem kulturellen Projekt umgegangen wird. Eine gute Fehlerkultur hat weder in der Projektführung noch in der kulturellen Evaluation eine Tradition. Fehlerkultur heißt, dass Scheitern mehr noch als der Erfolg als Lernchance gesehen wird. Wesentlicher Grund hierfür ist, dass im System öffentlicher Projektfinanzierung mit einer gegenseitigen Erwartung gearbeitet wird, die dem zielbezogenen Lernen leicht entgegenläuft.

Jede und jeder möchte erfolgreich sein. Denn vom Erfolg hängt die Förderung ab. Also werden Erfolge dargestellt. Es werden positive Verläufe betont, schwierige Ergebnisse in einer stillschweigenden Operation in den Hintergrund geschoben. Evaluator*innen machen meist mit, präsentieren ein möglichst positives Bild.

Gerade in der Kultur aber und immer wieder in Projekten wird in einer Weise gearbeitet, wo nicht alles schon bekannt und gebahnt ist. Warum wird nicht eine zweite Frageschleife angehängt? Warum werden Probleme nicht benannt, die Frage nach dem Warum gestellt? Warum waren einzelne Programmteile und Projektmaßnahmen nicht erfolgreich? Was hat überrascht? Überraschende Ergebnisse bedürfen der Nacharbeit. Wo gut gearbeitet wurde, sind sie ein positives, kein negatives Ergebnis, denn aus ihnen kann gelernt werden. Dies sollten Förderer wie Geförderte wissen. Und sie sollten sich nicht verkrampfen, wo Fehler analysiert werden müssen.

Die Zerreißprobe

Von Lamya Kaddor

2015 war das Jahr der Einwanderung und des Terrors in Europa. Man könnte auch sagen: Es war das Jahr des Verschlafens. Etwa eine Million Schutzsuchende und Einwander*innen kamen nach Deutschland. Mit großer Herzlichkeit und überwältigender Hilfsbereitschaft empfing ein Teil der Gesellschaft die Neuankömmlinge. Und plötzlich wurden wir Deutschen weltweit für unsere vermeintliche Willkommenskultur gelobt und gerühmt. Die Welt bewunderte uns, weil wir Menschlichkeit in Zeiten der Unmenschlichkeit zeigten, Empathie und Toleranz in Zeiten der Intoleranz. Die Bewunderung hielt nur kurz. Allzu kurz danach brannten Asylunterkünfte und mehrten sich Angriffe und abfällige Äußerungen über die Menschen, die da gekommen waren.

Es gab und gibt immer auch einen nennenswerten Teil unserer Gesellschaft, der gegen Flüchtlinge, Fremde, Muslim*innen lautstark Stimmung macht. Jäh reißt dieser Teil das schöne Bild unserer Gesellschaft ein. Das Schlagwort der „Willkommenskultur“ wird zur reinen Blendung. Von „Willkommenskultur“ reden heute vor allem die, die eben jene „Willkommenskultur“ aus tiefem Herzen ablehnen. Die Existenz einer Willkommenskultur vorausgesetzt lässt sich nämlich auf Seiten national-konservativer Intellektueller und Deutschomanen, wie ich sie nenne, prima dazu auffordern, jetzt doch bitte schön auch mal „kritischer“ im Umgang mit Flüchtlingen zu sein.

Hüten wir uns vor der Schutzbehauptung, diese National-Konservativen und Deutschomanen seien nur jene Anhänger*innen und Mitglieder von NPD, Die Rechte, Pro NRW, AfD oder kämen vom äußerst rechten Rand der CSU. Nein, sie finden sich in allen Parteien, vorneweg in den großen Volksparteien CDU und SPD, aber ebenso bei FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke etc.. Will sagen: die Problematik geht uns alle an.

Deutschomanen sind keine klassischen Rechtsradikalen. Die traditionellen politischen Kategorisierungen sind ebenso passé und in Auflösung begriffen, wie Rechtsradikale heutzutage nicht mehr mit Glatze, Bomber-Jacke und Springerstiefel herumlaufen. Deutschomanen sind Bürger*innen, die vor allem die völkischen Elemente des klassischen rechtsextremen Denkens übernommen haben, aber Demokratie und Gewaltlosigkeit (zumindest äußerlich) akzeptieren. Deutschomanen sind Bürger*innen aus unserer Mitte, die wahnhaft dem „Ideal“ einer vermeintlich homogenen deutschen Gesellschaft anhängen, wie sie ihren Vorstellungen zufolge nach dem Zweiten Weltkrieg und vor der Zeit der „Gastarbeiter“-Anwerbung bestanden haben soll. Dabei verkennen sie, ob bewusst oder unbewusst, dass bereits heute jeder zehnte Deutsche einen Migrationshintergrund hat und Deutschland unter den OECD-Ländern nach den USA bereits

zum zweitbeliebtesten Einwanderungsland geworden ist – deutlich vor den klassischen Einwanderungsländern Kanada und Australien. Deutschomanen geben sich als rechts- und verfassungstreu. Partizipieren an den Rechten und Pflichten sollen aber ihrer Auffassung nach nur die, die sie selbst für geeigneter achten. Grundrechte erkennen sie bestimmten Gruppen nach Belieben zu oder ab. Derzeit fallen vor allem Flüchtlinge und Muslim*innen aus ihrem Raster heraus. Doch das kann sich je nach Zeitgeist ändern und im Handumdrehen auch gegen andere Gruppen richten. Das gegenwärtig bekannteste Beispiel für diesen Grundrechte-Selektionsismus ist die Religionsfreiheit für Anhänger*innen der zweitgrößten Weltreligion, des Islam, denen man mal Vorschriften über ihre Kleidung (Stichwort: Burka, Kopftuch) machen, mal den Bau von Minaretten verbieten oder mal die Erteilung von Religionsunterricht in Schulen einschränken will.

Um die vermeintlich sachlichen Argumente für solche Haltungen abzugreifen, grasen Deutschomanen und ihre Helfershelfer*innen selektiv negative Medienberichte, Spekulationen, Halbwahrheiten und Lügen im In- und Ausland ab. So funktioniert die Hetze 2.0. Seit Jahren lässt sich diese Strategie beobachten.

Im Nachbarland Frankreich kam es im vergangenen Jahr zu zwei furchtbaren, gewaltigen Terroranschlägen, und uns allen stockte der Atem. Seither wird der Riss durch unsere Gesellschaft immer deutlicher, und auch Angela Merkels Worte „Wir schaffen das“ konnten ihn nicht überwinden. Vollends manifestiert hat sich dieser Riss zur Jahreswende 2016, in der Silvesternacht. Ein Mob von vermutlich tausend Männern, vornehmlich aus Nordafrika stammend, fiel geradezu über Frauen auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz her. Die Opfer wurden berührt, angemacht, beraubt und sexuell belästigt.

Laut dem Innenministerium in Nordrhein-Westfalen wurden in Köln 1.527 Straftaten erfasst. Sie wurden von 1.218 Opfern angezeigt, 626 Menschen zeigten Sexualdelikte an. Die Wut, die Empörung ist verständlich. Diese widerlichen, sexistischen Straftaten müssen dringend aufgearbeitet werden. Doch statt sich auf die kriminalistische und juristische Aufarbeitung dieser Verbrechen zu konzentrieren, wurden die Opfer von deutschomanen Interessengruppen instrumentalisiert. Von geifernden Männern, die vorgeben, mit ihrem Aktivismus Frauen beschützen zu wollen, aber Feministinnen mit anderen Meinungen ohne zu zögern eine Gruppenvergewaltigung an den Hals wünschen. All jene, die „schon immer gewusst haben“, dass Nordafrikaner und Araber ein grundsätzliches Problem mit Sexualität und Frauenbildern haben, fühlten sich bestätigt. Denn der arabische Mann ist in ihrer Wahrnehmung selbstverständlich „gewaltaffin und frauenver-

achtend“. Entscheidende Details und Informationen spielten bei dieser Bewertung kaum eine Rolle. Vielen spielte der Vorfall in die fremdenfeindlichen Karten. Dabei trugen sie ihre Vorurteile so erfolgreich in die Öffentlichkeit, dass ein Großteil der, an sich wichtigen, Debatte über Frauenverachtung von rassistischen Grundgedanken geprägt wurde. Fünf Wochen lang diskutierte Deutschland darüber, ob und wie es zu den Ereignissen der Kölner Silvesternacht kommen konnte. Obwohl der tatsächliche Informationsfluss und die Erkenntnis selbst nach zwei Wochen eher gering ausfielen, überschlug sich die Öffentlichkeit geradezu mit Spekulationen.

Zu Recht haben wir das Vorgehen der Kölner Polizei verurteilt, die zunächst die Herkunft der Täter nicht bekannt gab, und so die Debatte um die Herkunft der Täter noch intensiviert. Aber davon einmal abgesehen: Hätten wir nicht dieselbe Herkunftsdebatte geführt, wenn wir von Anfang an gewusst hätten, dass die Täter überwiegend Nordafrikaner waren? Hätten Rechtspopulisten diesen Vorfall dann weniger für ihre Zwecke benutzt? Nein, hätten sie nicht!

Wir haben dieselben rassistischen Ausfälle nach den Gewaltakten in München, Würzburg und Ansbach erlebt. Und da wurde unmittelbar, zum Teil schon während der Tat, über die Herkunft der Täter gesprochen. Und wieder hoben all jene, denen die grausamen Taten und deren Opfer im Grunde völlig egal waren, vorwiegend auf die Herkunft der Täter ab, um so auf die Motive zu schließen. Als in München klar wurde, dass ein Deutsch-Iraner die Tat begangen hat, war für viele der Vorhang bereits gefallen. Die einfache Gleichung lautete: Iran=Islam, Täter=Islamist! Dass es nachher darauf hinauslief, dass wir es offenbar mit einem rechtsradikalen Breivik-Verehrer und AfD-Sympathisanten zu tun hatte, der Türken und Araber hasste, zeigt, wie vorurteilsbeladen unsere öffentlichen Debatten zum Teil sind.

Klar ist: Wir haben ein Rassismus-Problem in Deutschland und das nicht erst seit 2015. Auf eine Welt, die sich rasch und massiv zu ändern scheint, reagieren die Menschen mit Angst. Sie suchen nach Erklärungen, nach Möglichkeiten, ihre neue Situation zu erfassen. An dieser Stelle werden ihnen nun Sündenbocke angeboten. Nach dem Krieg waren es die Vertriebenen aus Ostpolen, dann kamen die Gastarbeiter, wahlweise unterteilt in „Itaker“, „Polacken“ oder „Kümmeltürken“, in den neunziger Jahren kam dann die „Asylanten-Flut“, seit den nuller Jahren sind es die Muslim*innen und heute die Flüchtlinge.

Die Geschehnisse der vergangenen Monate waren von viel Leid und Schmerz und starken Emotionen geprägt. Zweifelsohne war 2015 ein sehr aufwühlendes Jahr, eines, das die Gemüter erhitze – und gespalten

hat. Die Ereignisse rund um die Silvesternacht stellen einen „turning point“ in unserer neueren deutschen Geschichte dar. Diese Ereignisse waren der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und die AfD, die politischen Stellvertreter*innen der Deutschomanen par excellence, weiter nach oben spülte. Die Debatten wurden danach deutlich aggressiver, die Stimmung angespannter. Menschen, die sich sonst bei gemeinhin polarisierenden Themen, wie Einwanderung, Nahost, Religion, zurückgehalten hatten, wunderten sich, wie sie auf einmal verbal attackiert wurden, wenn sie aus Versehen das „Falsche“ zu den Ereignissen in Köln gesagt hatten. Die schweren Anschläge in Europa und den USA in Brüssel, Orlando und Nizza 2016 beförderten diese Entwicklungen, und genau das ist das perfide Kalkül der Terroristen. Die Spaltung der westlichen Gesellschaft, das Schüren von Hass aufeinander, das ist ihr Ziel. Hass ist der Treibstoff der Terroristen. Ein Teil der deutschen Bevölkerung ist dazu übergegangen, den Terrorist*innen als Adjutanten zu dienen und ihnen beim Verbreiten ihres Hasses zu sekundieren. Die einen haben sich somit Muslim*innen und Einwanderer als Opfer ausgeguckt, die anderen Christen und alteingesessene Deutsche.

So verwundert es nicht, dass 2015 auch das Jahr war, das den Hass im Internet zu einem breiten Thema machte. Während früher der Hass der Massen darauf angewiesen war, dass ihnen Medien oder bekannte Persönlichkeiten Stimme und mithin Öffentlichkeit verliehen, kann heute jeder selbst seinen Hass kundtun: auf Facebook, bei Twitter, in sämtlichen Kommentarspalten, die sich so bieten. Als im September 2015 in Österreich ein Lkw an der Autobahn abgestellt wurde, in dem sich die Leichen von 59 Männern, acht Frauen und vier Kindern befanden, konnte man im Internet folgende Kommentare lesen: „Österreich hat ein Gammelfleischproblem, auf der Autobahn wurde ein Lkw sichergestellt mit mindestens fünfzig Klumpen syrischem Gammelfleisch. Die Regierung von Österreich ist gerade am Überlegen, ob sie das Gammelfleisch zu Lasagne verarbeitet und dann als Spende an die Flüchtlinge schickt ...“ „Sachsen macht’s richtig. Raus mit diesem Schweinepack.“ Oder auch: „Gas rein, bis Ruhe ist!“

Ich würde insbesondere denjenigen, die das Gammelfleisch-Posting gemacht haben, gerne die Ausgabe vom 4. August 2016 des Magazins „Stern“ unter die Nase halten. Der Autor Felix Hutt hat darin zusammen mit Ghofran Fetaiti in einem Akt vorbildlichem Journalismus die Lebensgeschichten dieses syrischen „Gammelfleisches“ recherchiert: Die Geschichten von echten Eltern, echten Mädchen, echten Jungen, echten Geschwistern, echten Freunden, echten Bekannten, die einmal voller Freude, Hoffnungen, Ängste, Sorgen

gelebt haben und deren Leben durch skrupellose Menschenhändler in jenem Lkw endete als „verwesende Körper, ineinander versunken, aneinander gelehnt, als stünden sie in einer überfüllten U-Bahn und wären eingeschlafen“; „ihre Füße bis zu den Knöcheln in einem Gemisch aus Kot, Urin und Leichenflüssigkeit“; ein Geruch, den Bergungsbeteiligte als unmöglich zu beschreiben bezeichneten.

Natürlich würde es keine Läuterung bringen, den „Gammelfleisch“-Poster*innen die „Stern“-Ausgabe unter die Nase zu halten. Im Zweifelsfall würden sie ihre Postings nämlich relativieren: Es sei ja nicht ernst gemeint gewesen. Außerdem stürben anderswo auch Menschen. Wer weiß, ob die Toten nicht auch Verbrecher*innen gewesen seien. etc. pp. Es ist diese Abgestumpftheit, Empathielosigkeit und Uneinsichtigkeit, die maßgeblich für das Leid in der Welt verantwortlich sind. Zugleich spiegelt es die Hilflosigkeit des Rests der Gesellschaft gegenüber diesem Hass wider.

Wir erleben den Hass allerorten. Erst kocht die Wut virtuell im Netz hoch, dann real auf der Straße, wie brennende Unterkünfte oder geifernde Brüllangriffe auf verängstigte Flüchtlinge in einem Bus im sächsischen Clausnitz illustriert haben. Deutschland scheint in Teilen zu einer Hassgesellschaft zu verkommen. Man schwadroniert offen über das Anheizen der Verbrennungsöfen in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten, von der Wiedereröffnung von Treblinka, von Majdanek, von Auschwitz: wieder im Internet wie auch auf offener Bühne. Anfang Oktober 2015 spielte der Autor Akif Pirinçci bei einer Pegida-Kundgebung in Dresden mit folgendem Gedanken: „Es gäbe natürlich andere Alternativen. Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb“, sagte er und stellte damit die Gegner der deutschen Asylpolitik auf eine Stufe mit den Verfolgten und Ermordeten des NS-Regimes. Dafür bekam er Applaus. Ungestört redete er weiter, sammelte weiteren Applaus und Jubelrufe seiner Zuhörer ein. Natürlich bleiben Äußerungen wie die von Pirinçci nicht ungestraft, auch das gehört zur Wahrheit: Akif Pirinçci hat mit dieser Rede seine berufliche Zukunft aufs Spiel gesetzt und sich isoliert, selbst Freunde und Mitstreiter distanzieren sich von ihm.

Die Staatsanwaltschaft verfolgt erste Hassparolen auf Facebook. Menschen verlieren ihren Job, ihren Ausbildungsplatz, weil sie gegen Menschengruppen gehetzt haben. Medien stellen Personen öffentlich an den Pranger, die Flüchtlingen Tod und Verderben an den Hals wünschen. Das sind erste Schritte, um deutlich zu machen: Stopp! Es gibt Grenzen. Aber: Ist es nicht schlimm genug, dass immer mehr Bürger*innen überzeugt sind, es sei legitim, solche Äußerungen zu tätigen? Dass es Bürger*innen gibt, die so etwas für „Meinung“ halten?

In jeder öffentlichen Debatte, die den Gedanken an eine völkische deutsche Nation entlang ethnischer und religiöser, sprich christlicher Linien auch nur am Rande berührt, stößt man heutzutage unweigerlich auf diese Hetze. Wir erleben Menschen, die vorgeben zu diskutieren, aber nicht diskutieren wollen, sondern ganz im autoritären Sinne ihre Meinung zur Richtschnur erheben sehen. Demokratie ja, aber nur, wenn sie der eigenen Meinung zum Triumph verhilft. Und wenn das geschafft ist, werden anderslautende Stimmen ausgeschaltet. Ein klassisch diktatorisches Denken. Diese Menschen wollen ihre Grenzen abstecken, und alles, was jenseits dieser Grenzen liegt, wird abgelehnt.

Es fällt schwer, hier von einer Diskussions-„Kultur“ zu sprechen, es handelt sich eher um eine Diskussions-„Dekadenz“. Wir erleben eine Agonie des demokratischen Austauschs. Menschen haben sich zum Teil derart verrannt in ihre Überzeugungen, dass kein Zugang zu ihnen mehr möglich ist. Wie konnte es dazu kommen? Warum betrifft dies Menschen aus nahezu allen sozialen Schichten? Warum sitzen auch Oberstudienrät*innen, Ingenieur*innen, Ärzt*innen und Professor*innen bei der AfD in der ersten Reihe und klatschen frenetisch, wenn eine Großgruppe von Menschen pauschal herabgewürdigt wird?

Natürlich betrifft das nur eine Minderheit in Deutschland. Die AfD etwa steht in Wahlumfragen irgendwo zwischen zehn und 25 Prozent. Das heißt 75 bis 90 Prozent wählen derzeit keine AfD. Aber mit dieser Erkenntnis ist das Problem nicht erledigt, denn diese Minderheit der Autoritären injiziert ihr Gift in den breiten politischen Diskurs. Und dieses Gift wirkt weit über die eigentliche Gruppe dieser Aktivist*innen hinaus.

Bundesjustizminister Heiko Maas, die Bundeskanzlerin und Facebook-Gründer Mark Zuckerberg haben sich des Hasses angenommen und denken zumindest schon einmal laut über Gegenmaßnahmen nach. Bereits im Jahr 2000 wurde als Ergebnis einer internationalen Konferenz mit dem Titel „Verbreitung von Hass im Internet“ eine „Berliner Erklärung gegen Fremdenfeindlichkeit und Hass im Internet“ veröffentlicht. Dort hieß es: „Wir sehen jedoch gleichzeitig mit großer Sorge, dass das Internet auch dazu genutzt werden kann und zunehmend genutzt wird, (...) Hass gegen Einzelpersonen und gegen Teile der Bevölkerung, insbesondere gegen Minderheiten zu verbreiten und zu schüren, und damit das friedliche Zusammenleben zwischen den Menschen zu zerstören oder in Gefahr zu bringen, nicht allein in der Gesellschaft eines Landes, sondern auch über die Grenzen hinaus.“

Seit der Berliner Erklärung ist allerdings nicht viel passiert. Das, was wir heute erleben ist eine unmittelbare Folge des lange missachteten Hasses im Netz. Warum haben wir also so lange die Realität verweigert und die

Dinge einfach laufenlassen? Wieso sind wir sogar hingegangen und haben den bürgerlichen Stichwortgeber*innen dieses Hasses so breiten öffentlichen Raum gegeben, sie mit Preisen für die Fortentwicklung freiheitlicher Ziele und Werte bedacht und als couragierte Bürger*innen gelobt, die es wagen Klartext zu reden? Warum haben wir den Hass nicht schon viel früher thematisiert, statt abzuwarten, bis er aus dem Internet herausquillt und sich über die Straßen ergießt? Bis dieser Hass im Wahlerfolg einer Partei resultiert, die in ihrem Parteiprogramm „Islamfeindlichkeit“ quasi als politischen Schwerpunkt festgelegt hat? Gerade der Aufstieg der AfD ist zu einem großen Teil das Ergebnis dieser frühen fremdenfeindlichen Bewegungen im Internet unter dem Deckmantel einer vermeintlichen „Islamkritik“. Heute meinen bereits viele dieser Hater*innen, dass sie sich mit ihrem Hass nicht einmal mehr verstecken müssen. Denn sie haben angesehene Menschen, die sie sich zum Vorbild nehmen können.

Der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch erklärte bereits vor zwei Jahren dem Rheinneckar-Blog: „Die derzeitige Rhetorik der CSU, die das Grundrecht auf Asyl infrage stellt und ständig von ‚Obergrenze‘ spricht, führt diese Verrohung des öffentlichen Diskurses konsequent fort.“ Und weiter: „Wenn selbst führende Politiker demokratischer Parteien wie Horst Seehofer sagen, man werde sich ‚bis zur letzten Patrone‘ gegen Einwanderung in die Sozialsysteme wehren, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn junge Menschen denken, Gewalt gegen Migranten wäre in Ordnung.“ Kommt es dann zu Anschlägen wie in Ansbach oder Würzburg, wird die Gefahr noch größer. Expert*innen war es schon lange klar, dass es irgendwann auch in Deutschland zu Anschlägen kommen wird. Ebenso klar war es, dass es irgendwann zu Racheakten an Migrant*innen kommt. Nur wo soll das enden? Wollen wir wirklich den Einstieg in die Gewaltspirale fördern? Wollen wir wirklich, dass wir uns von Politiker*innen, denen es bloß um den schnellen Profit bei Wahlen geht, dorthinein drängen lassen?

Das Beispiel Seehofer zeigt auch, dass die Dynamik zugleich in die andere Richtung wirkt: Etablierte Kräfte lassen sich von den radikalen Stimmungen treiben, nicht unbedingt direkt, offen heraus, bewusst. Politiker*innen, Journalist*innen, Intellektuelle: Für alle ist diese neue Radikalität im Netz und auf der Straße eine Herausforderung. Und es gibt unterschiedliche Formen, damit umzugehen. Eine Strategie ist der Versuch der „widerspenstigen Zähmung“. Man versucht, die Radikalen einzufangen, indem man ihnen teilweise nach dem Mund redet, sie als „besorgte Bürger*innen“ tituliert, nicht als Rassist*innen, wie es viele von ihnen in Wahrheit sind. Eine andere Herangehensweise ist die der Stigmatisierung: Radikale werden als solche bewusst aus-

geschlossen aus den gesellschaftlichen Verhandlungen. Aus meiner Sicht ist die Idee des Appeasements ein fataler Trugschluss: Erkennen wir an, dass man nicht mit allen Menschen reden kann. Es wird immer welche geben, die sich dem gesamtgesellschaftlichen Konsens der Mitte verweigern. Es gab sie auch schon immer. Aber seit uns das Internet Live-Berichterstattungen und Standleitungen zu den Stammtischen der Republik liefert, fühlen wir uns dazu gedrängt, daran teilzuhaben, darauf eingehen zu müssen. Nur: Rassistisches Gedankengut gehört als solches benannt. Niemand kann und sollte mit überzeugten Radikalen diskutieren, denn ihrer ist der sachliche Dialog nicht. Sie wollen nur eines, die Oberhand gewinnen. Hier bleibt nur noch, sich dagegen zu positionieren. Diese Positionierung zielt weniger auf die Radikalen selbst, sondern auf den großen Teil der Mitte der Gesellschaft. Die Menschen in dieser Mitte müssen davon abgehalten werden, aufgrund von überbordender Propaganda und Gruppendruck einzuknicken. Dazu müssen aber auch die echten freiheitlich-demokratisch gesinnten Kräfte aktiv werden. Dafür müssen sie zum Teil dorthin, wo es schmutzig ist, wo es weh tut.

Von Friedrich Nietzsche stammt die Idee des „feinen Schweigens“, der Historiker Fritz Stern hat sie dann in seinem gleichnamigen Buch aufgegriffen. Das „feine Schweigen“ beschreibt die vornehme, gewiss auch bequeme Haltung gebildeter und gut sitzierter Menschen (Nietzsche nahm sich Goethe zum Beispiel), über das Vulgäre, Proletarische des gemeinen Volkes lieber hinwegzusehen. Fritz Stern nahm diesen Gedanken auf und übertrug ihn auf das Bürgertum der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als dieses sich pikiert von dem Theater, das die junge NSDAP auf den Straßen aufführte, abwandte – in der guten Hoffnung, der Spuk würde schon bald wieder vorübergehen.

Im Mai 2016 griff der Spiegel online-Kolumnist Georg Diez in seinem Beitrag „Sie taten liberal“ auf diese Gedanken zurück und formulierte sie anklagend gegen das die gesellschaftliche Mitte, deren Vertreter wieder nur zusehen: „Sie weigerten sich, laut zu werden, sie waren sich zu gut dafür, in den Streit der Meinungen einzugreifen, sie überließen das Feld den Geiferern, sie taten liberal und hatten doch nicht gelernt, für diese Liberalität zu kämpfen.“

In der Praxis heißt dies aus meiner Sicht zum Beispiel: Wir müssen Politiker*innen und Personen, die sich deutschoman äußern, öffentlich darauf festnageln, was das Ziel ihrer Vorstellungen ist, wie sie dieses erreichen wollen. Unsere öffentlichen Debatten krankten oft daran, dass jemand nur sagt, was sie/er nicht will. Da wird kritisiert, polemisiert, beschimpft, aber konstruktive und realistische Vorschläge zur Beseitigung von Problemen hört man nicht. Warum wird da nicht mehr

nachgehakt? Weniger Schwammiges, mehr Konkretes – das benötigen unsere politischen Debatten: Was wollen Deutschomanen am Ende mit den Millionen Menschen mit Migrationshintergrund machen? Reicht es ihnen aus, wenn Burka und Minarette verboten sind? Oder geht es dann weiter? Weil ein/e Populist*in bekanntlich immer neues Futter braucht, da er sonst nicht funktioniert.

Wenn jemand sagt, er wolle nur die Einwanderung begrenzen, dann muss man nachfragen, wie es denn mit den „Fremden“ ist, die bereits im Land sind? Und dabei sollte man selbstverständlich berücksichtigen, dass die Vordenker der Bewegung stets darauf bedacht sind, seriös und bürgerlich zu erscheinen. Deutschomanen Wählern*innen recht es nämlich nicht, dass „nur“ die Einwanderung abgestellt wird. Was ist mit Bezirken wie Berlin-Neukölln oder Duisburg-Marxloh und anderen Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil? Sind die Wähler*innen von AfD und die Anhänger*innen von Pegida etwa damit einverstanden? Aufgabe von Journalist*innen und Politiker*innen ist es, solche Fragen immer wieder zu stellen und rassistisches Gedankengut so zu entlarven.

Wir müssen den grassierenden Rassismus im Land offen ansprechen. Die Zeit des beredten Schweigens, aus Angst vor Wähler*innen oder Mehrheitsbevölkerung, ist vorbei. Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, wohin dieser Weg führt. Wir müssen uns auf unsere demokratischen Verantwortlichkeiten besinnen, sie ganz klar abstecken und von jedem Mitglied der Gesellschaft einfordern. Mit der permanenten Verhandlung darüber, was man von Minderheiten in diesem Land fordern darf und muss, gelangen wir nicht zum Ziel. Es besteht längst Einigkeit, dass die Sprache gelernt und die Gesetze dieses Landes von Neuankömmlingen eingehalten werden müssen. Niemand bestreitet das. Nein, wir müssen endlich darüber sprechen, was unsere Bringschuld ausmacht. Und eine solche haben wir de facto. Es ist deutsche Politik gewesen, „Gastarbeiter“ ins Land zu holen. Sie und ihre Nachkommen arbeiten nun hier, zahlen Steuern, tragen zum Wohlstand bei. Sie sind keine Gäste mehr. Sie sind es ebenso wenig, wie es die Übersiedler aus der ehemaligen DDR Gäste sind. Ferner tragen wir als Gesellschaft Verantwortung für die Menschen, die bei uns in Deutschland Schutz suchen – und zwar rechtlich und moralisch, denn wir sind mit unsere Außen- und Wirtschaftspolitik nun einmal nicht ganz unschuldig an der Misere in vielen Ländern der Welt – vor allem in Afrika.

Und es ist Aufgabe der Politik, diese Dinge zu erklären. Wenn sich eine Parole wie „Wir schaffen das“ festsetzt, dann ist es die Aufgabe der Politik, klarzumachen, was sie bedeutet. Aus Bequemlichkeit oder aus Furcht bloß darüber hinwegzugehen, trägt zur Radikalisierung bei.

Es hilft auch nicht, die Veränderungen lediglich abzulehnen oder sie einfach nur laufenzulassen. Der Soziologe Wolfgang Lepenies warnte in seinem Essay „Profiteure der Angst“ in Die Welt: „Der Angst vor einem Wandel kultureller Selbstverständlichkeiten kann man nicht damit begegnen, dass man den Wandel emphatisch begrüßt und sich vor Freude nicht zu halten weiß, dass ‚unsere Welt eine andere werden wird‘.“ Genauso wenig ergibt es einen Sinn, Populismus mit Populismus zu begegnen. Das führt nur dazu, noch mehr Menschen in die Arme der anderen Seite zu treiben oder diejenigen, die schon in der Nähe stehen, noch weiterzutreiben, entweder aus einer Opferhaltung heraus, aus Wut oder Trotz. Die gegenwärtigen Entwicklungen müssen nüchtern aufgezeigt werden, emotional nähergebracht und erfahrbar gemacht werden.

Und wenn die bisherigen Mittel und Wege der Politikvermittlung hier nicht mehr zum gewünschten Ziel führen, müssen sich die Politik- und PR-Berater*innen etwas Neues einfallen lassen. Seit Jahrzehnten wird darüber geklagt, dass die Politik der EU den Menschen so fern ist, und nichts ändert sich daran. Statt in Floskeln und bunten Bildern zu reden, müssen die Menschen wieder ernst genommen werden. Politik ist kein Showbetrieb. Seriöse Politiker*innen brauchen eine Haltung, zu der sie stehen. Das bedeutet dann auch, einzusehen, dass man nicht mit jedem reden kann und sollte. Ehrlicher Meinungs Austausch setzt voraus, dass Menschen auch gewillt sind, zuzuhören und mitzumachen. Eine De-Radikalisierung erzwingen, kann man nur mit unlauteren Methoden. Nicht jeder Mensch wird am Ende dazu bereit sein, im Zweifelsfall auch Gegenargumente zuzulassen und diese zu bedenken. Nicht jedes Mitglied der AfD ist bereit, seine Position zur Debatte zu stellen. Nicht jedes Mitglied der NPD ist nicht bereit, seine Position zur Debatte zu stellen. Es muss also zunächst geklärt werden, ob jemand offen für Argumente ist. Erst dann sollte man reden oder verhandeln, gerne auch öffentlich, sodass andere Menschen an dem Austausch der Argumente teilhaben und davon lernen können.

Klar ist: Die Herausforderungen, die auf uns als Gesellschaft zukommen, sind immens und müssen allen in aller Deutlichkeit und Schonungslosigkeit aufgezeigt werden. Wir müssen über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Deutschomanie sprechen, über all das, was permanent vor unseren Augen geschieht und doch nicht ernsthaft, sondern allenfalls oberflächlich thematisiert wird. Das schlimmste politische Instrument ist der Populismus. Der wirkt maximal für den Urheber positiv zum Wahltermin hin und richtet spätestens danach nur noch Schaden an, weil sich dann zeigt, dass Populisten keine Lösungen parat haben, sondern nur Phrasen.

Anfang 2016 spürte ich einen Respekt gegenüber Angela Merkel, den ich mir zuvor nicht hätte träumen lassen, nachdem ich die Kanzlerin aufgrund ihrer Volten, etwa bei der Energiewende oder ihres penetranten Schweigens oder ihrer nichtssagenden Worte zu vielen wichtigen Dingen, vor allem für einen reinen Machtmenschen ohne persönliche Überzeugungen gehalten hatte. Doch in der Flüchtlingsfrage stellte sie sich gegen große Teile der eigenen Partei, nahm Verluste in der Wählergunst hin, musste sich harten Attacken aus der Schwesterpartei CSU erwehren und setzte doch konsequent ihren Weg fort. Selbst nach den Anschlägen in Ansbach und Würzburg wich sie keinen Deut von ihrem Kurs ab. Sie wiederholte die Worte „Wir schaffen das!“. Ihr muss klar gewesen sein, dass dies Schaum vor dem Mund ihrer Gegner*innen erzeugen würde.

Und tatsächlich, einem Pawlowschen Reflex gleich, folgten auf dem Fuße die ersten „kritischen“ Stimmen, die sich diesen Satz „beim besten Willen nicht zu eigen machen“ können. Als ob man ernsthaft glauben wollte, eine Bundeskanzlerin im 11. Dienstjahr sage einen solchen Satz gedankenlos naiv daher und gehe davon aus, die Probleme würden sich nach kurzer Zeit von selbst lösen. Aber was zählt im Politbetrieb schon Logik, wenn man allein mit drei Worten bei den Wähler*innen hausieren kann?! Das muss aufhören.

Ich muss in diesen Polit-Zeiten immer wieder an Gerhard Schröder denken. Man mag mit seiner Politik nicht einverstanden gewesen sein, aber die Geradlinigkeit und die Konsequenz, mit der er für seine Überzeugungen eingestand hat – sowohl das Nein zu Bushs Angriffskrieg auf den Irak 2003 als auch die Hartz IV-Reformen, nötigte mir damals ebenfalls Respekt ab.

Ich glaube in mir und vielen anderen Bürger*innen existiert eine Sehnsucht danach, dass Politiker*innen wieder für eine Haltung einstehen und bereit sind, dafür auch Nachteile in Kauf zu nehmen. Belanglose Politik, der es sicht- und hörbar nur um Stimmenfang geht, ist furchtbar ermüdend, frustrierend, ärgerlich. Wenn Menschen wieder mehr Vertrauen in Politik bekommen sollen, dann brauchen wir mehr Politiker*innen mit Rückgrat, die Stürmen trotzen, gerade im Zeitalter des Internets mit seinen Shitstorms und in der Gegenwart, wo der Populismus so vielen Menschen den Geist vernebelt. Kaum etwas ist schlimmer, als wenn etablierte Parteien, sich dieser teuflischen Verlockung anschließen und selbst versuchen, durch populistische Avancen ein paar Prozentpunkte mehr einzuheimsen. Nirgends sind die Tretminen gegenwärtig breiter gestreut als auf dem Gebiet der Einwanderungs- und Integrationspolitik. Entsprechend sind politische Tugenden hier ganz besonders gefragt.

Land in Sicht

Laura-Helen Rüge

Die „Land in Sicht“ Kongressteilnehmerinnen und Teilnehmer waren herzlich eingeladen, ihre eigenen Experimente der „Landgewinnung“ im Slam-Format vorzustellen, das heißt: Neue Projekte, Ideen, Denkanstöße in sehr kurzen fünf Minuten zu präsentieren – knackig, informativ, reduziert aufs Wesentliche, unterhaltsam. Ca. 20 Projekte aus der ganzen Bundesrepublik haben daraufhin ihre Arbeit anhand von Texten, Einspielen oder gebastelten Elementen dem Publikum im Städtischen Museum Braunschweig vorgestellt. Der Intercultural Slam war die Chance, sich zu präsentieren, Netzwerke aufzubauen oder auch neue (Forschungs-) Fragen zu formulieren. Er bot einen Einblick in die Braunschweiger Szene und ließ Platz für Projekte aus anderen Städten und Regionen.

Durch den Slam führte Wissenschaftskommunikator Simon Hauser.

• www.hauser-kommunikation.de

Club der Visionäre

Laura-Helen Rüge

Der Club der Visionäre war ein Kongressausklang der besonderen Art: Die Inhalte des dreitägigen Kongresses wurden durch die Improvisationstheatergruppe *Theatersport* aus Berlin auf der Bühne dargestellt. Diese entwickelt aus dem Moment heraus theatrale Geschichten, ohne Skript oder Teleprompter, während das Publikum dazu aufgerufen war, spontan, präzise und streitbar ihre Visionen für eine interkulturelle Zukunft einzubringen. Insbesondere sollten die Visionen von Menschen mit diverseм Hintergrund eingebracht werden: Keine wissenschaftlichen Analysen oder politische Statements, sondern Wünsche oder praktische Erfahrungen von Personen, die in sehr unterschiedlicher Weise im gesellschaftlichen Diskurs eingebunden sind. Neben den Vorträgen und Diskussionen am Vortag zielte das Format auf die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen. Die Themen und Fragestellungen der ca. 150 Teilnehmenden führten am Schluss zu einer humoristischen Oper über die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis mit einem ironischen Blick auf die Bürokratie deutscher Behörden.

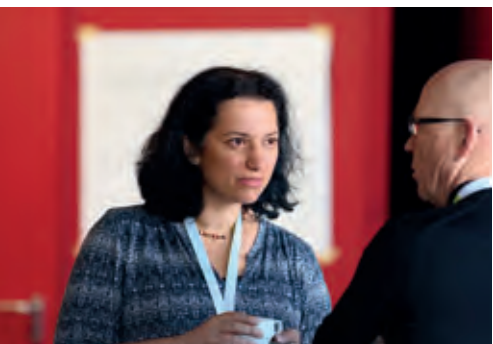
• <http://www.theatersport-berlin.de/>

LAND IN SICHT

Fotografische Impressionen des Kongresses und des kulturellen Rahmenprogramms.

Fotos von Ivano Polastri und Yvonne Salzmann





AKTEUR*INNEN UND REFERENT*INNEN

Priya Bathe

ist Mitglied bei den Neuen deutschen Medienmachern. Einem bundesweiten Zusammenschluss von Medien-schaffenden mit Migrationshintergrund. Sie war von 2011 bis 2014 im Vorstand des Vereins. Als Veranstaltungsmoderatorin hat die Stuttgarterin die Schwerpunkte politische Migrationsprozesse und Bildungs-politik in Deutschland. Vor zwei Jahren hat sie bereits den 5. Bundesfachkongress Interkultur in Mannheim moderiert.

Idil Baydar

geboren 1975 in Celle, ist eine deutsche Schauspielerin und Comedian. Ihre klischeehaft angelegten Kunstfi-guren, die Berlinerin Gerda Grischke und Jilet Ayse, eine 18-jährige Kreuzberger Türkin, wurden über YouTube bekannt. Sie wuchs bei ihrer alleinerziehenden Mutter in Celle auf. Die Schule beendete sie mit dem Abitur. Heute lebt sie als Schauspielerin und Comedian in Ber-lin und arbeitete hier auch für Jugendeinrichtungen.

Monika Bayr (†)

geboren 1973, Politikwissenschaftlerin mit Postgra-duiertenstudium „Internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung“ an der HU Berlin. Entwick-lungshelferin in der Dominikanischen Republik, Mo-sambik und Ecuador; ab 2013 Referentin für Monitoring und Evaluation bei Brot für die Welt, mit Schwerpunkt Vorbereitung und Begleitung von Evaluationen, Bera-tung und Training von Kolleg/innen und Partnerorga-nisationen.

Sabine Bornemann

betreut das Creative Europe Desk KULTUR in Bonn, die Nationale Kontaktstelle für europäische Kulturförde-rung, Ansprechpartner in Deutschland für das Teil-programm Kultur, und schafft damit für viele Kultur-schaffende Deutschlands die Zugangsmöglichkeit zu europäischer Kulturförderung.

Michael Chauvistré

geboren 1960 in Aachen, Studium der Geschichte und Philosophie in Aachen und Konstanz, Regiestudium an der Hochschule für Fernsehen und Film in München. Produktion eigener Dokumentarfilme (Happy Endings Film) für Kino und TV. Arbeit als Regisseur, Kamera-mann und Drehbuchautor. Werkstattfilme mit Kindern und Jugendlichen.

Breschkai Ferhad

geboren in Berlin, ist Kulturmanagerin und arbeitet seit vielen Jahren im Themenfeld Integration sowie Demokratie und Toleranzförderung. Sie arbeitet als stellvertretende Bundesgeschäftsführerin beim Bun-desverband der Netzwerke von Migrantenorganisati-onen in Berlin.

Siegfried Franz

ist Stellvertr. Geschäftsführer der Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma e.V., Hannover. Neben seiner Leitungstätigkeit in der Beratungsstelle Mitglied im Vorstand des Niedersächsischen Verbands Deutscher Sinti e.V. Er ist u.a. verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit und repräsentiert Sinti und Roma auf verschiedenen Veranstaltungen.

Rolf Graser

geboren 1954 in Stuttgart, gelernter Verlagsbuchhänd-ler, war über 20 Jahre lang im Kosmos-Verlag tätig, da-nach freier Grafiker und ist seit Gründung des Forums der Kulturen Stuttgart e. V. im Mai 1998 dessen Ge-schäftsführer. Ehrenamtlich ist Rolf Graser seit 35 Jah-ren Vorsitzender des soziokulturellen Zentrums „Labo-ratorium“ in Stuttgart und dort auch heute noch aktiv.

Golschan Ahmad Haschemi

ist Kulturwissenschaftlerin. Sie arbeitet an der Schnitt-stelle zwischen künstlerischer, politischer und wissen-schaftlicher Theorie & Praxis zu (Anti-) Rassismus, Fe-minismus und (Post-)Kolonialismus. Für die Amadeu Antonio Stiftung ist sie Bildungsreferentin der Praxis-stelle »ju:an«. Hier berät, schult und coacht sie Multi-plikator*innen bei der Umsetzung nachhaltiger antise-mitismus- und rassismuskritischer Jugendarbeit.

Prof. Dr. Dieter Haselbach

Habilitierter Soziologe. Seit mehr als 20 Jahren Kultur-berater und Kulturforscher. Arbeitete als Hochschul-lehrer in Kanada, England, Österreich und Deutschland. Geschäftsführer des Zentrums für Kulturforschung, Business Partner der Integrated Consulting Group, apl. Prof. für Soziologie an der Philipps-Universität in Marburg. Zertifizierter systemisch-interaktiver Coach. Sorgte für Furore als Co-Autor des Buchs „Der Kultur-infarkt“.

Simon Hauser

Geschichts- und Literaturstudium in Heidelberg und Berlin. Seit 2014 Promotion in Marburg. Seit 2012 Science-Slam-Coach und Moderator. Auftragsreden, Coaching-Workshops, Veranstaltungskonzeption und -organisation für renommierte Auftraggeber aus For-schung, Politik und Wirtschaft.

Thomas Heppener

geboren 1966, leitet die Referatsgruppe "Demokratie und Vielfalt" im Bundesministerium für Familie, Seni-oren, Frauen und Jugend. Er ist Lehrer und Betriebswirt und war bis 2014 Direktor des Anne Frank Zentrums.

Karin Heyl

geboren 1960 in Leverkusen, leitet seit 2012 die Einheit „Corporate Citizenship“ der BASF SE. Zuvor war sie u. a. als Leiterin der Abteilung Kultur und Wissenschaft der Dresdner Bank AG, als Vorstandsmitglied der Jür-gen-Ponto-Stiftung und der Kulturstiftung Dresden der Dresdner Bank sowie als Geschäftsführerin der Crespo Foundation tätig. Von 2004 bis 2006 war sie Geschäftsführerin des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im BDI e. V. und des Arbeitskreises Kultur-sponsoring.

Stefan Horn

leitet den Berliner Stadtkunstverein urban dialogues und arbeitet zudem international als Kurator, Projekt-manager, Ausstellungs- und Theaterdesigner. Er stu-dierte Theaterwissenschaft, Philosophie, Soziologie und Politikwissenschaft in Wien und Berlin.

Annemarie Hühne

geboren 1987 in Dresden, Historikerin und seit Juli 2016 Leiterin des Programms „Migration und Erinnerungs-kultur“ bei der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Nach dem Studium der Geschichtswis-senschaft, mit Schwerpunkt der Geschichte West-asiens und Europa an der Universität Erfurt und der Boğaziçi University Istanbul sowie dem Masterstudi-engang „Public History“ an der FU Berlin, arbeitete sie im Anne Frank Zentrum Berlin als Bildungsreferentin.

Jean Hurstel

Elsässer seit Generationen, einer der Väter der französi-schen und dann europäischen Soziokultur, Gründer und Leiter des soziokulturellen Zentrums „Laiterie“, Gründer und Präsident der europäischen Vereinigung „Banlieues d’Europe“.

Tina Jerman

Geschäftsführerin, M.A., Studium der Kunstgeschich-te, Philosophie und Literaturwissenschaft in Bochum, Wien und Essen. Lehraufträge u.a. an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, der HWP Hamburg. Seit 1982 Geschäftsführerin der EXILE-Kulturkoordinati-on. Gründungs- und Vorstandsmitglied des Eine Welt Netzes NRW. Mitbegründerin und Sprecherratsmit-glied im Bundesweiten Ratschlag Kulturelle Vielfalt.

Mohammed Jouni

ist Sprecher der politischen Selbstorganisation „Jugend-liche ohne Grenzen“. Außerdem setzt er sich als Vor-stand des Bundesfachverbands unbegleiteter minder-jähriger Flüchtlinge (BumF) und im Berliner Landes-beirat für Integration und Migration für die Rechte (junger) Geflüchteter ein.

Lamya Kaddor

Islamwissenschaftlerin, wurde 1978 als Tochter sy-rischer Einwanderer in Ahlen/NRW geboren. Nach ihrem Magisterstudium an der Universität Münster arbeitete sie dort als Wissenschaftliche Mitarbeiterin. Sie ist Ideengeberin und Mitherausgeberin der ersten Schulbuchreihe für den islamischen Religionsunter-richt „Saphir“. Lamya Kaddor gründete 2010 den Libe-ral-Islamischen Bund e.V., der sich für ein progressives Islamverständnis einsetzt.

Dr. phil. Dorothea Kolland

Lange Jahre Leiterin des Kulturstamts Neukölln hat Do-rothea Kolland Erfahrung im Bereich multikulturelle Stadtteilkulturarbeit. Sie arbeitete in europäischen Netzwerken und Projekten, so in der Steuerungsgrup-pe von PIE (Platform for Intercultural Europe), und als Sachverständige für EU-Kommissionen.

Daniela Krause

Diplom Soziologin, Studium der Soziologie in Potsdam und Bielefeld. Seit 2008 arbeitet sie als wissenschaft-liche Mitarbeiterin am IKG an der Universität Bielefeld. Sie ist Mitautorin der FES-Publikationen „Gesplante Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstel-lungen in Deutschland 2016“ sowie „Wut, Verachtung, Abwertung. Aktuell forscht sie in einem DFG-Projekt zum Thema Jugendgewalt.

Franz Kröger

Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte an der Universität Bielefeld; seit 1986 freie Mitarbeit und ABM, seit 1990 feste wissenschaftliche Tätigkeit bei der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn beziehungs-weise beim Institut für Kulturpolitik in den Bereichen Projektmanagement, Regionalarbeit und Mitglieder-betreuung, Redaktionsmitglied der „Kulturpolitischen Mitteilungen“.

Prof. Dr. Burkhard Küstermann

Professor an der Universität Cottbus und vertritt die „European Community Foundation Initiative“. Diese Initiative versucht, europäische Bürgerstiftungen zu vernetzen und eine internationale Kommunikations-plattform aufzubauen: Ziel ist die Stärkung des Europa der Bürger.

Ulrike Löffler

Studium der Erziehungswissenschaften, Geschichte und Englisch an der Universität Jena und der University of California, Berkeley. Ab 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am interdisziplinären „Europäischen Kolleg“ Jena mit einer Promotion zum Thema: Zwischen »Betroffenheit«, »Schuldeinsicht« und »radikaler Überwindung des Faschismus«.

Réka Lörincz

ist Geschäftsführerin und Projektleiterin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY). Die gebürtige Ungarin ist neben der Integrationsarbeit freiberuflich als Mediatorin und Coach sowie in der Menschenrechtsarbeit tätig.

Jürgen Markwirth

leitet das Amt für KULTur und Freizeit der Stadt Nürnberg, dessen Arbeitsschwerpunkte soziokulturelle Stadtteilarbeit, kulturelle Bildung und Interkultur sind. Das Amt ist innerhalb der Stadtverwaltung auch für verschiedene integrationspolitische Gremien zuständig. Er ist Mitglied im Sprecherrat des Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt.

Kyra Mevert

geboren 1991 in Braunschweig, hat einen Vater am Bosphorus und eine Mutter an der Oker. Türkisch kann sie trotzdem nicht. Sie hat Darstellendes Spiel und Kreatives Schreiben fast fertig studiert und arbeitet seit 2010 als Performerin und Pädagogin am LOT-Theater und TPZ Braunschweig.

Christian Miess

ist Netzwerkkoordinator bei Citizens For Europe. Initiativen und Projekte zu verbinden und damit Transparenz und Übersicht herzustellen bilden für ihn die zentralen Voraussetzungen, um für alle zugängliche Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

Thomas Müller

ist Stabsmitarbeiter für die Koordination des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg im Amt für Kultur und Freizeit der Stadt. Er war im Rahmen seiner Tätigkeit verantwortlich für das Projekt „Stimme für Vielfalt. Wissen gegen Vorurteile“ und für die Kampagne „Nürnberg ist bunt“.

Prof. Dr. Claudia Neu

Lehrstuhl Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel. Von 2009 – 2016 war sie Professorin für Allgemeine Soziologie und empirische Sozialforschung an der Hochschule Niederrhein. Zuvor

arbeitete sie am Johann Heinrich von Thünen-Institut in Braunschweig. Aktuell beschäftigt sie sich mit den Themen Demographischer Wandel, Zivilgesellschaft sowie Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen.

Rainer Ohliger

geboren 1967, Sozialwissenschaftler und Historiker (Univ. Freiburg/Univ. of Michigan), ist Vorstandsmitglied des Netzwerks Migration in Europa e.V. Seine Arbeitsgebiete umfassen Forschung, Beratung und Informationsvermittlung zu den Themen Migration, kulturelle Vielfalt und Minderheiten in internationaler und historischer Perspektive.

Sharon Dodua Otoo

geboren 1972 in London, lebt in Berlin. Sie ist Schwarze Britin, Mutter, Aktivistin und Autorin. Sie ist zudem Herausgeberin der englischsprachigen Buchreihe »Witnessed« in der edition assemblage. Sie hat mit dem Text »Herr Gröttrup setzt sich hin« den Ingeborg-Bachmann-Preis 2016 gewonnen.

Monty Aviel Zeev Ott

Projektleiter für interkulturellen und interreligiösen Dialog in der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R. Im Master-Studium hat der freischaffende Journalist und Referent sich mit der soziologischen (sozialpsychologischen) und religionswissenschaftlichen Perspektive auf Judentum und Islam im kulturellen Kontext beschäftigt. Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und Mitbegründer von KOMM-ENT.

Gari Pavkovic

geboren 1959 in Mostar/Jugoslawien (heute Bosnien-Herzegowina), seit 1969 in Deutschland, 1979 Abitur, Studium der Psychologie – Diplom 1986, 1986 – 2001 als Berater in der Suchthilfe und in der Jugendhilfe/Erziehungsberatung in Stuttgart tätig, verheiratet, zwei Kinder. Seit 2015 ist er ehrenamtlich aktiv im Verein „Transkulturelles Forum Humboldt 7 e.V.“ zur Vermittlung und zeitgemäßer Implementierung von Weisheitslehren aus anderen kulturellspirituellen Traditionen in unsere Gesellschaft.

Prof. Dr. Heribert Prantl

geboren 1953 in Nittenau/Oberpfalz, Dr. jur., Honorarprofessur an der juristischen Fakultät der Universität Bielefeld, Studium der Rechtswissenschaften, der Geschichte und der Philosophie. Erstes und Zweites Juristisches Staatsexamen, juristische Promotion bei Professor Dr. Dieter Schwab, juristisches Referendariat. Parallel dazu journalistische Ausbildung. Von 1981 bis Ende 1987 Richter an verschiedenen bayerischen Amts- und Landgerichten sowie Staatsanwalt.

Annika Reich

Berlin, Schriftstellerin und Essayistin, Journalistin und Dozentin. Sie veröffentlichte bisher vier Romane, zuletzt „Die Nächte auf ihrer Seite“ (2015, Hanser Verlag) sowie ein Kinderbuch „LOTTO macht was sie will“ (2016, Hanser Verlag) und publizierte zahlreiche Radio-Essays. Sie arbeitet als Gastdozentin an unterschiedlichen Universitäten und Akademien und ist Mitgründerin von WIR MACHEN DAS.

Laura-Helen Rüge

seit dem 1. Oktober 2016 Referentin für interkulturelle Projekte der Kulturbehörde Hamburg. Zuvor war sie die persönliche Referentin der Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler. Während Ihrer Studienzeit arbeitete sie in Berlin und Hamburg für Kultureinrichtungen wie dem Deutschen Theater, dem Theatertreffen, dem Deutschen Schauspielhaus und im medialen Bereich für arte in Paris und das ZDF Hauptstadt Studio.

Sabine Schirra

studierte Französisch und Kunstwissenschaft in Bochum, Aachen, Dijon und Paris. Seit 1992 leitet sie das Kulturamt der Stadt Mannheim. Die Vielfalt der Kulturen und der Stadtgesellschaft sichtbar und erlebbar zu machen, ist eines der Wirkungsziele der Arbeit. Sie ist Mitglied des Sprecherrats der Initiative Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt.

Christine Schmid

ist leitende Superintendentin des Kirchenkreises Lüneburg. Als Teil der Kirchenleitung hat sie sich nicht nur um den seelsorgerischen Bereich zu kümmern, sie ist eingebunden in das gesellschaftliche Engagement der Kirche in deren zivilgesellschaftlicher Funktion.

Gabriela Schmitt

geboren 1964 in Duisburg, Staatsexamen in Biologie, Geographie und Pädagogik, wiss. Mitarbeiterin in internationalen Forschungsprojekten zu kulturellen Kontexten von Umweltbildungsprozessen, von 2001 bis 2005 wiss. Mitarbeiterin der Eine-Welt-Beauftragten der Landesregierung NRW, anschließend Referentin für Internationale Zusammenarbeit, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Seit Juni 2007 pädagogische Mitarbeiterin bei Arbeit und Leben DGB/VHS NRW für internationale und europäische Studienseminare und interkulturelle Professionalisierungsprogramme. War beauftragt mit dem Aufbau der Zukunftsakademie NRW – Interkultur, Kulturelle Bildung und Zukunft von Stadtgesellschaft. Entwicklung von Diversitätskonzepten für Kultureinrichtungen. Mitglied im Sprecherrat Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt.

Adnan Softić

floh während des Bosnienkrieges nach Deutschland, wo er Film und Ästhetische Theorie an der Hochschule für Bildende Künste Hamburg studiert hat. In seinen Werken befasst er sich mit historischen und erinnerungspolitischen Themen. Er ist mit zahlreichen installativen, multimedialen Ausstellungen im In- und Ausland vertreten. Der Wahlhamburger lebt zurzeit als Stipendiat in der Villa Massimo in Rom.

Dr. Bünyamin Werker

Studienleiter, Akademie für Kulturelle Bildung des Bundes und des Landes NRW, Promovierter Erziehungswissenschaftler. War mehrere Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut sowie am Lehrstuhl Allgemeine Erziehungswissenschaft und Historische Bildungsforschung der TU Dortmund tätig. Als Lehrbeauftragter am Institut für Erziehungswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum beschäftigte er sich mit Themen der interkulturellen Bildungsarbeit.

Torsten Wiegel

Studium Sozialwissenschaften, Geschäftsführer Steinhäus e.V. (Soziokulturelles Zentrum), Vorsitzender des Landesverbandes Soziokultur Sachsen e.V.. Seine Arbeitsschwerpunkte sind internationales Projektmanagement, Projektentwicklung, Finanzakquise und Bewirtschaftung, Projekte der künstlerischen Nachwuchsförderung in Ostdeutschland, Gremienarbeit auf lokaler, regionaler und Landesebene.

IMPRESSUM

INHALT FACHFOREN UND PODIEN

Fachforum 1 | Dorothea Kolland und Christian Miess
Fachforum 2 | Gabriela Schmitt
Fachforum 3 | Franz Kröger
Fachforum 4 | Jürgen Markwirth
Fachforum 5 | Rolf Graser und Breschkai Ferhad
Fachforum 6 | Sabine Schirra

PROGRAMMKOORDINATION

Rolf Graser, Tina Jerman, Gabriela Schmitt

GRAFISCHE UMSETZUNG

Hinz & Kunst GmbH
Konzept · Design · Werkstatt
Braunschweig
www.hinzundkunst.com

DANKE

Der Dank geht an alle, die mit ihrer Unterstützung dazu beigetragen haben, den 6. Bundesfachkongress Interkultur 2017 erfolgreich durchzuführen.

VERANSTALTER UND ORGANISATOREN

Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt
Haus der Kulturen Braunschweig e.V.
Forum der Kulturen Stuttgart e. V.

BILDNACHWEISE

Die Bildrechte liegen, soweit nicht anders angegeben, bei den jeweiligen Künstlern bzw. Institutionen.

Stand 4/2019